

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Monatliches Preis: 1.00 Mark, vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mark, einschließlich 25 Pfg. Post- und Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die (schwarz)gedruckte Zeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Verordnungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (schwarzgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Knebelung der russischen Volksvertreter.

Petersburg, 31. Dezember. (Fig. Ver.)

Der Dezember ist der Monat der großen politischen Prozesse geworden, wie sie Rußland noch nicht gesehen hat. Die Reaktion will eben alles liquidieren aus der Epoche der versprochenen Reformen. Der versprochenen Reformen; denn zu wirklichen Reformen kam es ja nicht!

Sind es nun aber Rechtsmittel, mit denen die Regierung gegen die Abgeordneten der ersten und der zweiten Duma vorging, sind es Rechtsnormen, auf denen die Anklage basiert wurde, ist es die rechtliche Staatsgewalt, die die ersten beiden Volksvertretungen auf die Anklagebank gesetzt hat? Nein, es ist eine politische Partei, die sich die Gerichtsloggia umgeworfen hat, und nicht nach Recht wird da Urteil gesprochen, sondern nach niedrigsten Zweckmäßigkeitsgründen.

Man braucht nur einen Blick auf die zu Beginn des Dezember veranstaltete Gerichtskomödie gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma zu werfen, um zu sehen, daß in der Tat die Regierung den Weg der Gewalt geht und nicht nach den Rechtsregeln eines Rechtstribunals handelt. Wer waren denn die Richter gegen Jeretel und seine Fraktionsgenossen? Ehemalige Direktoren des Polizeidepartements! Die Witsch, Swoljanski, Deutrich — alles Namen, die in Rußland soviel bedeuten wie Polizeimäpkel, Polizeihund, Polizeidiener. Unter solchen Umständen kann es sich natürlich nicht um Rechtsprechung handeln — das wird die russische Regierung niemand einzureden instande sein. Die Prozesse gegen die erste und zweite Duma sind und seien denn Gewaltakte, geschmückt mit der ganzen Heuchelei einer verkommenen Sippe.

Das Urteil in der Sache gegen die sozialdemokratische Fraktion ist bekannt. Die Volksvertreter dieses Frühjahrs sind jetzt Sträflinge! Man hat ihnen Ketten angelegt, sie sind auf dem Wege zu den sibirischen Bergwerken. Und wegen welchen Verbrechen? — Ja, das wissen die einzelnen Verurteilten selber nicht! Die ganze sozialdemokratische Fraktion soll der Verbrecher sein. Die Regierung machte ja die Sache kurz ab. Hinter verschlossenen Türen war sie der „Richter“. Nichts vernahm und sah die Öffentlichkeit als nur das Urteil und ein Regierungs-Beschluß, in dem alle Lügen wiederholt wurden. Es genügt zu sagen, daß die russische Presse, die noch nicht ganz im Stumpfe steht, das „Gericht“ als eine Gerichts-Komödie aufgefaßt hat.

Jetzt haben wir nun den zweiten Prozeß hinter uns. Es ist bekannt, daß am 8. (21.) Juli 1906 die erste Duma aufgelöst wurde, die Abgeordneten der Opposition nach Wyborg (Zuuland) führten. Hier wurde der „Wyborger Aufruf“ verfaßt, der die Bevölkerung zum passiven Widerstand aufforderte. Die Regierung hat kein Recht, so erklärten jene in dem Aufruf, von dem Lande Steuern zu erheben oder Soldaten zu nehmen ohne Einwilligung der Duma. Die Regierung hat die Duma aufgelöst. Das Volk hat jetzt das Recht, Soldaten und Steuern zu verweigern. Wird die Regierung Anzeichen aufnehmen, so sind diese — als von der Duma unbefähigt — angefeindet, und sie werden nicht bezahlt werden!

Dieser Aufruf wurde von 160 Volksvertretern der verschiedenen Parteien unterzeichnet und fand in Rußland die weiteste Verbreitung, obgleich diese Verbreitung auf das schwerste verfolgt wurde.

Einige Tage nach dem Erscheinen des Aufrufes, also vor anderthalb Jahren, begann die Regierung die Anklageaktion. Alle Unterzeichner des Aufrufes wurden in Anklagezustand versetzt. Es war die Blüte der ersten Duma, der auf diesem Wege die Möglichkeit genommen werden sollte, in die zweite Duma gewählt zu werden! Immer wieder hieß es, daß der Prozeß zur Verhandlung kommen solle, immer wieder wurde er aber aufgeschoben, weil es für die Regierung wichtig war, die Angeklagten auch von den Wahlen zur dritten Duma fernzuhalten! Nun hat man das nicht mehr nötig, da die Duma der Reaktion fertig ist.

Als Richter im Prozeß der ersten Duma fungierten ebensolche verächtlichen Bureaukratenfiguren — wenn auch in etwas besser gebogelter Verfassung — wie jene Spitzgallisten aus der Polizeiwelt, die über die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma zu Gericht sahen. Die 160 Männer auf den Anklagebänken aber bildeten diesmal eine buntere Gesellschaft. Auf den Anklagebänken im überfüllten alten Gerichtssaal, in dem auch über den Deputiertenrat der Petersburger Arbeiter abgeurteilt worden ist, saßen diesmal nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Vertreter der Bourgeoisie, der besitzenden Klassen. Es war, als ob die erste Duma von den Toten auferstanden wäre. Auch das ganze Präsidium, mit Prof. Muromzew, Fürst Dolgorosski u. a. an der Spitze, sah da, und dann die besten Redner der ersten Duma: Winawer, Petraschitski, Kotoschwin, bekannte Verteidiger in politischen Prozessen wie Pergament, Raskatoff, Genosse Stokoff u. a. m.

Schon in der ersten Sitzung kam es zu Reibungen mit den „Richtern“. Bei Nennung der verstorbenen Abgeordneten Bersensstein und Schirloff nämlich erhoben sich sämtliche An-

geklagte! Dasselbe geschah, als der Name des Präsidenten der ersten Duma, Muromzew, vom Gerichtstisch her ertönte. Den Vorsitzenden brachte das auf. Zwischen ihm und Muromzew kam es zu einer Auseinandersetzung, in welcher der Präsident der ersten Duma das Gericht mit heftigem Sarkasmus seine ganze Verachtung fühlen ließ. . . .

Am zweiten Tage begann die Beweisaufnahme, und das gab den Angeklagten Gelegenheit, in längeren Erklärungen ihr Vorgehen bei der Unterzeichnung des Wyborger Aufrufes zu begründen. Als erster sprach Petrunowitsch. „Wir haben“, so führte er u. a. aus, „den Aufruf unterschrieben aus voller Ueberzeugung, und wir haben die Verantwortung nicht gescheut. Hier soll und jetzt das ganze Land hören: Der Wyborger Aufruf bezweckte nicht Unordnung und Gesetzlosigkeit, er wollte der Geschlichkeit zum Siege verhelfen! Am Tage der Auflösung der ersten Duma war der Laurische Palast mit Militär umstellt, man jagt, es seien sogar Kugeln spritzen dagewesen. Der Eindruck war allgemein: Das ist nicht die Auflösung der Duma, das ist der Staatsstreich!“ Der Redner wies im weiteren nach, daß die Handlungsweise der Abgeordneten nicht in Widerspruch mit der Konstitution stand, und schloß mit den Worten: „Für uns ist die wichtigste Frage das Urteil des Landes.“

Nach Petrunowitsch sprach Kotoschwin, der den Wyborger Aufruf in engere Verbindung mit der großen Kette der historischen Ereignisse in den letzten zwei Jahren brachte: „Die erste Duma wollte Rußland stark und frei machen durch die Entwicklung seiner Kulturkräfte. In diesem Bestreben vereinigten sich die verschiedensten Klassen. Die Regierung wollte aber von Reformen nichts wissen. Das Auflösungsdekret erschien ohne Gegenzeichnung des Ministers, es bestimmte auch nicht den Einberufungstermin der neuen Volksvertretung! . . . Als Jurist könnte ich dem Gericht beweisen, daß die Anklage auch einer streng juristischen Kritik nicht standhält, doch ich will davon nicht sprechen. Wenn das Gericht sich aber auf den Standpunkt stellt, daß der Sieger immer im Recht ist, auch darauf sind wir gefaßt. Unser persönliches Ungemach bedeutet nichts gegen das Meer von Leiden, in das Rußland versinkt.“

Rabusoff erklärte: „Den Umständen nach war die Auflösung der ersten Duma der erste Schlag gegen die Volksvertretung in Rußland. Die erste Duma hatte große politische und soziale Aufgaben vor sich, und sie war überzeugt, daß es ihr gelingen werde, dem Lande wieder Frieden zu geben. Das wollte aber die Regierung nicht! An erster Stelle sollte die Lösung der drückenden Bauernfrage stehen; gerade bei dieser Frage aber stieß die Duma auf den größten Widerstand. Man ließ das Volk wieder ohne Rechtsmittel und da mußten wir einen Weg zeigen, den das Volk gehen kann, wenn man kein Recht mißachtet.“

Lumin, ein 64jähriger Greis aus der Fraktion der „Trudowitsch“, erklärte, er habe seinen Wählern versprochen, ihnen Land und Freiheit zu erkämpfen oder zu sterben. „Ich habe nicht nur den Aufruf unterschrieben, sondern ich wünsche, daß er in die letzte Hütte dringt! Der jetzige Kampf ist ein Kampf der alten und der neuen Welt. Die alte Welt ist der Feind des freien Gedankens. Die alte Welt war es, die, um den freien Gedanken niederzuschlagen, die Hultians auf die Straße ließ und Pogroms veranstaltete. . . .“

Am dritten Tage hatten die Abgeordneten ihre Sitze nach den Fraktionen eingenommen: gerade wie in der Duma! Auf dem linken Flügel saßen die Sozialdemokraten. Einige von ihnen, so auch der Genosse Ramischwili, als Gefangene, unter der Begleitung von Gendarmen. Diese Sitzung gehörte fast ganz unseren Genossen Jsherski und Ramischwili, die wiederholt vom Vorsitzenden unterbrochen wurden. Jsherski begann mit dem Hinweis darauf, daß das russische Gericht gar nicht kompetent sei, da das „Verbrechen“ auf sinnlosem Boden begangen wurde und nach sinnlichen Gesetzen beurteilt werden müßte! Es genüge ja aber, ein Sozialdemokrat zu sein, um außerhalb jedes Gesetzes zu stehen! Als Beweis dafür haben wir den Prozeß gegen unsere Genossen aus der zweiten Duma. Alle Handlungen der verschiedenen Herren Müller-Salomelski, Remmenkampff. . . . Der Vorsitzende fiel dem Redner ins Wort, und Jsherski sprach weiter: „Dieser Prozeß zeigt uns, daß das russische Gericht so gebildet ist, wie es vor zehn und mehr Jahren war! Unsere Ueberzeugung geht dahin, daß das Urteil des Gerichts nicht nur unrecht ist, sondern daß auch. . . .“ Wieder unterbricht der Vorsitzende mit der Zurechtweisung, der Angeklagte möge doch mehr Achtung vor dem Gericht haben! — Jsherski fuhr also fort: „Erst heute können wir vor unseren Wählern Rechenschaft ablegen. Die erste Duma sprach aus dem Herzen des russischen Bürgers, und ihre Reden wurden mit Begeisterung aufgenommen. Der Wyborger Aufruf ist verschiedentlich beurteilt worden. Als wir die Losungen des Aufrufes im Volk aneinanderreihen, geben wir uns keinen trügerischen Hoffnungen über ihre baldige Verwirklichung hin. Wir wissen, daß nur die gemeinsame Bewegung das Jahr 1905 in die Geschichte einzeichnete. Nicht an einem Tage waren die Losungen der Oktobertage geschaffen, Jahre schwerster Arbeit waren dazu nötig. . . . Eine Wiederkehr zur Vergangenheit kann es nicht mehr geben. Die erste Duma war die Frucht der Revolution, sie war aus dem Blut und dem Leben vieler Menschen aufgebaut. — Die uns feindliche Macht griff nun zur Gewalt; denn nur die Gewalt hat uns hierhergeführt. In Ihnen, meine Herren

Richter, sehe ich nur dieselbe Gewalt. Das Urteil über uns kann nur das Land sprechen, nicht aber Sie! In Ihrer sehen wir die Verteidiger der 130 000 Oubschsker-Stolypins. . . .“ („Ich lasse Sie nicht mehr weitersprechen“, schrie der Vorsitzende auf, „ich habe schon gesagt, daß Sie die nötige Achtung vor der Staatsgewalt haben müßten. . . .“), „. . . welche die Feinde des Volkes und der Freiheit sind!“ schloß Genosse Jsherski unbeirrt seine Rede.

Dem nächsten Redner, dem Genossen Ramischwili, sah man die lange Gefängnishaft an: Er ist bleich, und mit schwacher Stimme beginnt er: „Die Anklagebehörde verweigert die Motive, die uns zwingen, den Aufruf zu unterschreiben. Sie tut das, weil sie fürchtet, auf ein anderes großes wirkliches Verbrechen zu stoßen. Dieses Verbrechen ist die Auseinandertreibung der ersten Duma“. Der Vorsitzende will ihn nicht weiter sprechen lassen; dem Redner gelingt es aber doch, seine Rede fortzusetzen. Er geht auf die einzelnen Phasen der Geschehnisse ein und zeigt ihren organischen Zusammenhang: „In einer großen Halle wurde der alte Staatsmechanismus zum Stillstand gebracht. Am 17. (30.) Oktober 1905 ward zwischen dem Lande und der alten Staatsgewalt ein Waffenstillstand abgeschlossen. Das Land atmete auf, es war auf dem neuen Wege. Da kam aber die Reaktion. Das Land hatte zu rasch die Waffen niedergelegt, es hatte der alten Gewalt zu früh Glauben geschenkt. . . .“ Bei diesen Worten hörte der Redner plötzlich auf — er war noch bleicher geworden als zuerst. Nach einigen Sekunden vernahm man seine Stimme: „Ich kann nicht weiter sprechen. . . .“ und er sank demütiglos zusammen. Unter allgemeiner Erregung wurde die Sitzung unterbrochen. Als sie nach einigen Stunden wieder begann, war Ramischwili nicht mehr da. Die Gendarmen hatten ihn ins Gefängnis zurückgeführt. . . .

Tags darauf hatte Ramischwili sich soweit erholt, daß er seine Rede fortsetzen konnte. Abermals war er in der Begleitung von Gendarmen erschienen, die ihn die ganze Zeit unter strenger Aufsicht bielten.

Ramischwilis Rede ging nicht darauf aus, gesuchte Konstruktionen zu finden, sie war geradlinig und offen, viel offener und stolzer als die Reden der kadettischen Angeklagten. Der Vorsitzende unterbrach denn auch Ramischwili etwa 16mal —

„Der 17. (30.) Oktober“, so führte der Angeklagte aus, „war der größte Tag im Leben des russischen Volkes. Das Volk hat da mit eigener Kraft sein Recht erkämpft. . . .“ Hier kam es zum ersten Zusammenstoß mit dem Gerichtsvorsitzenden, Ramischwili ließ sich aber nicht aus der Fassung bringen und fuhr fort: „Das Proletariat war bestrebt, das Volk zum weiteren Kampfe aufzumuntern. Umsonst! Das Bestreben der alten Staatsgewalt ging dahin, sich von dem ihr entrisenen Manifest zu befreien. . . . Wir sind also zu dem gekommen, was wir jetzt sehen: es blieb keine Freiheit mehr übrig, und das Leben versteckte sich abermals unter der Erde wie vor dem Oktober 1905. . . . Die erste Duma stand ganz auf dem Boden des Manifestes, es gelang ihr aber nicht, mit der Regierung zu arbeiten.“ Der Redner redigiertere sodann in längeren Ausführungen den Aufruf und kam schließlich auf den gegenwärtigen Moment zu sprechen: „Jetzt kann die Regierung auch die zweite Duma vertreiben — niemand wird sich darum scheuen. Das Volk weiß jetzt, wo es seine Vertreter zu suchen hat: in den Gefängnissen, in der Verbannung, in den Bergwerken! Das Volk weiß, daß jede Duma, die für sein Recht eintritt, vertrieben werden wird! Jetzt, wo das Volk weiß, daß seine Vertreter in die Bergwerke verschickt sind, wo es der Staatsstreich vom 3. (16.) sah, jetzt, wo es die dritte Duma erlebt hat, zu der die Türen nur den Vertretern der 130 000 Agrarier Stolypins geöffnet sind, jetzt weiß das Volk, wo seine Verteidiger sind. Die sozialdemokratische Fraktion war der Meinung, daß der Aufruf eine zu sanfte Antwort auf den Schlag der Regierung ist. . . .“ „Das Gericht will nicht hören, welche Antwort die sozialdemokratische Fraktion gegeben hätte“, unterbrach der Vorsitzende erregt. „Für die sozialdemokratische Fraktion war der Aufruf eine zu sanfte Antwort“, wiederholte Ramischwili, „wir wollten aber wissen, was das Volk sagt. Gewiß! Sie können uns bestrafen, und wir werden die Strafe tragen. Ueber uns hat aber auch die ganze Kulturwelt geurteilt! In ganz Westeuropa waren die Sympathien auf Seite der ersten Duma. Das ist ein Gericht der Menschheit. Ihr müßt aber wissen: wenn das Land einmal die großen Fragen seines Lebens gestellt hat, kommt ihr niemals mehr an ihnen vorbei! . . . Der Umstand, daß die erste Duma jetzt auf der Anklagebank sitzt, sagt mir, daß die Regierung nicht nachgeben will, und darum hat das Volk das Wort!“

Nach Ramischwili wollte keiner der Angeklagten mehr sprechen. Die Reihe war an dem Prokurator, der in unsicheren Phrasen die Anklage aufrecht erhielt! Das Gefasel des Prokurators zu zerlegen, fiel der Verteidigung nicht schwer. Leslenko beschäftigte sich mit der formalen Seite und wies die Unhaltbarkeit der Anklage auch aus prozessualen Gründen nach. Maskaoff ging weiter und bewies, daß der Prokurator das Gesetz auf höheren Befehl einfach mit Füßen tritt. Aus allen prozessualen Umständen geht nämlich hervor, daß es sich für die Regierung bei dem Prozeß in erster Linie darum handelt, auf lange Zeit den Angeklagten die politischen Rechte zu nehmen! Der dritte Verteidiger, Pergament, analysierte die Anklage von der staatsrechtlichen Seite.



Beim Verlassen des Gerichtssaales wurde den Angeklagten eine Ovation bereitet. Aus der dritten Duma waren die Abgeordneten aller Oppositionsparteien gekommen, und in ihrem Namen verlas der Abgeordnete Roditschew eine Adresse an die Angeklagten.

**Petersburg, 2. Januar.** (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die der Telegraph schon gemeldet hat, sind zwei Angeklagte freigesprochen, die übrigen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die russische Presse erklärt sich die verhältnismäßige Milde des Urteils durch die im Verlauf des Prozesses dargelegte Unhaltbarkeit der Anklage. Uebrigens zieht das Urteil den Verlust des Wahlrechts nach sich, was ja neben der Diskreditierung der ersten Duma der Hauptzweck dieses ganzen Prozesses war.

Die Presse ist einstimmig der Ansicht, daß die Regierung eine schwere moralische Niederlage erlitten hat. Von den Verurteilten wird das Urteil angefochten, worauf der Prozeß wiederholt werden möchte! Gerüchte in der Presse deuten jedoch an, es stände eine baldige Amnestierung aller 167 Verurteilten bevor. Für den Fall, daß Revisionen erforderlich sein sollten, um die sofortige Inhaftierung der Verurteilten zu verhindern, sind allein in Moskau bereits 1 1/2 Millionen Rubel zusammengebracht!

Wie jetzt bekannt wird, hat das Ministerium der Polizei befohlen, strengstens darauf zu achten, daß über den Prozeß gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma keine Berichte in die Öffentlichkeit dringen!!

## Das Memeler Denkmal vor der Justiz.

Einige Tage vor der Einweihung des „Nationaldenkmal“ in Memel, am 23. September vorigen Jahres, brachte beinahe alle Parteiorgan für Ost- und Westpreußen, die „Königsberger Volkszeitung“, einen Artikel, der an der Hand geschichtlicher Tatsachen die Vorgänge jener Zeit schilderte, denen das Denkmal gewidmet sein sollte. Der Artikel wurde bald darauf, nur wenig verändert und gelürzt, in den „Litauischen Landboten“ übernommen.

Wegen dieser Artikel werden sich am Sonnabend, den 4. Januar, der Genosse Wardwald, der für den „Landboten“ verantwortlich zeichnete, und Genosse Marchionini als verantwortlicher Redakteur der „Volkszeitung“ vor der bekannten Schubert-Strafkammer in Königsberg wegen Verleumdung von Mitgliedern des Denkmalkomitees zu verantworten haben.

Das Bezeichnendste in dem Gange dieses Anklageverfahrens ist, daß es ein freisinnig sein wollendes Blatt war, das durch eine wüste Preßhege die Staatsanwaltschaft erst auf angebliche Strafschuld der Artikel aufmerksam machte. Nach Erscheinen des ersten Artikels äußerte sich zunächst weder das nationalliberale noch das sonst sehr aufmerksame konservative Blatt Königsberg. Auch Polizei und Staatsanwalt ließen nichts von sich hören. Nur die sogenannte „freisinnige“ „Königsberger Hartungische Zeitung“ fühlte sich als Organ des wahrhaftesten Volkspatriotismus in seiner überhöpften Besinnung durch den Artikel verletzt. In ganz unerwarteter demagogischer Weise fiel es über den Artikel unseres Parteiorgans, der nur geschichtlich nachweisbare Tatsachen enthielt, her. Alle Register schmutzweiserlicher Geschichtsklitterung zog sie, um die enthielte Junkerfurcht und die im Spiegel zeitgenössischer Urteile gezeigte „edle“ Laune so zu beschönigen und zu verhimmeln, wie das eben nur klüglicher Hyazinthenliberaler Mannesfeindern fertigbringen kann. Die „Volkszeitung“ blieb natürlich die Erwiderung, wiederum unter Hinweis auf die geschichtlichen Tatsachen, nicht schuldig. Erst insofern dieser sich fortspinnenden Preßhege mit dem samosen Freisinnblatt werden das nationalliberale sowie das konservative Lokalblatt und schließlich auch die — Norddeutsche Allgemeine Zeitung — aufmerksam. Als sich nun das Regierungsblatt, übrigens ganz in Sinne des „Hartungischen“, der Sache angenommen hatte und die „Hartungische“ noch weiter hegte, kam das nunmehr Unvermeidliche — Polizei und Staatsanwaltschaft traten in Tätigkeit! Es wurde — ein Tag nach Erscheinen des Artikels — eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Volkszeitung“ und der Wohnung des Redakteurs Wardwald vorgenommen. Die geschlichen Manuskripte wurden natürlich nicht gefunden. Nur einige Notizen, die sich auf einen Vortrag bezogen, den Genosse Wardwald in Memel über die Angelegenheit gehalten hatte, fielen der Polizei in die Hände.

Aber noch immer konnten die dazu aufgeforderten Beamten keinen direkten Grund für die Hausdurchsuchungen angeben, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet gewesen wären! Auch der Paragraph, auf Grund dessen der Verfasser der Artikel strafrechtlich verfolgt werden sollte, konnte nicht angegeben werden, trotzdem der § 107 der Reichstagsprozeßordnung das ausdrücklich vorschreibt. Unsere Genossen waren mit Recht über dieses Vorgehen erköst, doch waren sie umso fester überzeugt, daß selbst der niedrigste Jurist in dem rein geschichtlichen Artikel keine strafbare Handlung finden würde.

Aber sie täuschten sich. Der Staatsanwalt erklärte, wie später bekannt wurde, in dem Artikel eine Majestätsbeleidigung! Dabei war der Kaiser mit keiner Silbe erwähnt, aber auch nur mit den erstirrteten Vorgängen in die entfernteste indirekte Beziehung gebracht worden. Aus dem Artikel ist auch in keiner Weise zu ersehen, daß der Verfasser auch nur an den Kaiser gedacht haben könnte. Ferner war dem Verfasser augenscheinlich nicht einmal bekannt, daß Wilhelm II. an der Einweihung des „Denkmal“ teilnehmen werde. Der Artikel erschien bereits einige Tage vor der Einweihung. Wo da in diesem Artikel eine Majestätsbeleidigung liegen soll, ist wirklich unerkennlich!

Inzwischen hatten auch eine große Anzahl der Mitglieder des Denkmalkomitees, die ebenfalls durch die Preßdenunziationen aufmerksam geworden waren, Strafantrag gestellt. Sie richteten sich durch den Artikel und die der Säule im Stille einer historischen Skulptur symbolisch beigelegte Verzeichnung beleidigt. Bemerkenswert ist dabei, daß einige hervorragende Mitglieder des Denkmalkomitees den Strafantrag nicht mit unterschrieben haben. Ihnen schenken die Sache denn doch wohl zu toll! Zu verwundern ist mir, daß man nicht jeden einzelnen Geldspender hat Strafantrag stellen lassen. Denn daß sich ausgeredet mit die Komitemitglieder beleidigt gefühlt haben, weil man einem toten Steine einen Namen gegeben hat, ist mindestens originell.

Den gestellten Strafanträgen hat die Strafkammer in vollstem Maße stattgegeben. Und so soll denn am 4. Januar der erlaucht anerkennende Welt durch die Schubert-Strafkammer zu Königsberg auseinandergesetzt und bewiesen werden, wie man durch Wiederholung einfacher geschichtlicher Tatsachen ganz unbeteiligte Majestäten und durch Benennung toter Steinmassen Komitemitglieder beleidigen kann. —

## Agrarkonservative und Freisinnige.

Die leitenden Blätter der Agrarkonservativen haben sich — vielleicht in Erinnerung an den vor einem Jahre vom Reichskanzler an den Strategen des Reichsländerverbandes gerichteten Wahl-Silvesterbrief das Vergnügen geleistet, zum Schluß des abgelaufenen Jahres ihre Gefährten vom linken Flügel des Blochs zu frozeln und ihnen ironisch zu verstehen zu geben, daß sie sie nur als Nothelfer in der gegenwärtigen Situation betrachten und bereit sind, sobald sich die erste Gelegenheit dazu bietet, wieder mit dem Zentrum anzubündeln. Nachdem schon vor einigen Tagen die „Kreuz-Zeitung“ der freisinnigen Kontabine deutlich zu machen versucht hat, daß sie des bereits fast ein Jahr dauernden Paarungsverhältnisses mit dem Freisinn überdrüssig ist und nach einer ménage à trois mit dem Zentrum verlangt, hat nun auch Herr Dertel zur Feder gegriffen, um den Liberalen in der „Deutschen Tagesztg.“ von oben herab zu erklären, wie er sich ihre Stellung im Bloch denkt — und zwar etwas deutlicher, als das auf einen gewissen guten Ton haltende Blatt der Epigonen des seligen Hammersteins.

Herr Dertel bestätigt dem Freisinn, daß er bisher an der mit den neuen Handelsverträgen begonnenen Wirtschaftspolitik nicht gerüttelt hat, und meint, es hätte auch nicht den Anschein, „als ob man irgendwo die erste Keimung hege, mit dieser Wirtschaftspolitik zu brechen.“ Aber trotz dieses guten Verhaltens fühlt sich die „Deutsche Tagesztg.“ durchaus nicht „saturiert.“ Wer so etwas behauptet, meint sie, beweise „eine unbegreifliche Blödsinn.“

„Niemand kann lächerlicher, nächster und ruhiger über den Bloch und seine Bedeutung denken als wir. Mit dem Herzen sind wir nie bei der Blochpolitik gewesen, sondern nur mit dem abwägenden kritischen Verstande. Wir wählten auch wahrhaftig nicht wer mit dem Herzen dabei sein könnte, — abgesehen von den Milchmalkpolitikern, die weder Fiktion noch Fleisch, weder kalt noch warm sind, die in jeder Verwässerung eine Verbesserung sehen und deren Weizen zu blühen scheint, wenn die alten scharfen Gegensätze zu Zeiten zurücktreten. Ja, wir können uns auch nicht denken, daß Herr Bälou mit ganzem, vollem Herzen bei der Blochpolitik sei. Dazu ist sie zu sehr Eintagspolitik, zu wenig kraftvolle, gefühlvolle, klare Zukunftspolitik. Er hält sie, wenn wir ihn richtig verstehen und beurteilen, nur für eine vorzeitige Konwendigkeit „in Ermangelung eines Besseren“. Und darin stimmen wir mit ihm überein. Nach dem Wohlergehen des nun vergangenen Jahres war eine andere Politik schlechthin unmöglich. Ob sie geplant war, darauf kommt's jetzt nicht mehr an. Daß sie vorläufig eine unumgängliche Konwendigkeit ist, liegt auf der Hand. Geht sie in nächster Zeit und durch uns in die Brüche, so werden die Verhältnisse keinesfalls besser, wahrnehmlich schlechter. Anders würden die Dinge liegen, wenn der Bloch durch die Geduldigkeit unserer unentwegten Demokraten geprengt würde, und anders werden sie liegen, wenn erst einige Zeit vergangen sein wird.“

Mit anderen Worten: heute ist noch nicht möglich, die Zentrum-agrarier wieder zu einem liberal-konservativen Kartell heranzuziehen, deshalb ist es „vorläufig“ (in der „Deutschen Tagesztg.“ ist dieses Wort fettgedruckt) noch eine Konwendigkeit, sich die Freisinnigen als Blochgefährten gefallen zu lassen; doch die Zeit heilt alle Wunden, auch die politischen, und wenn „erst einige Zeit vergangen sein wird“, dann wird man dem Freisinn ungeniert den Fußtritt auf den Allerwertesten applizieren können.

Man muß es also einstweilen noch mit ansehen, daß die Freisinnigen eine gewisse Rolle spielen, allerdings nur, wenn sie, wie bisher, sich bescheiden verhalten und nicht ernsthafte liberale Forderungen stellen, denn meint das Bündlerblatt, die „Mittigkeiten“ auf die Blochpolitik und den Kanzler haben ihre Grenze — eine Grenze, die wir wenigstens nie überschreiten werden und nicht überschreiten können, weil wir dadurch unser ganzes politisches Prestige einbüßen müßten. Die Blochpolitik ist nur eine vorübergehende tatsächliche Konwendigkeit. Sie darf nicht grundfälsch, nicht programmatisch werden.“

Schließlich erklärt das Blatt, daß die Konservativen zwar, um die „vorläufige Konwendigkeit“ nicht scheitern zu lassen, keine Opfer bringen würden, niemals aber würden sie liberalen Forderungen Zugeständnisse machen, die gegen die „agrarisches Weltanschauung“ verstößen:

„Eines können wir unter keinen Umständen opfern: unsere Ueberzeugung, unsere Weltanschauung, unsere Grundzüge. Wollten wir das tun, so würden wir, um einen kleinen Eintagserfolg zu sichern, die Zukunft gefährden. Die ruht nicht auf dem reat zerbrechlichen und bröckeligen Bloch, sondern auf dem festen Grunde der monarchischen, historischen, staats-erhaltenden, agrarischen Weltanschauung.“

Dieser kann dem Freisinn die Verachtung der Agrarier kaum ausgedrückt werden, als es in dem Artikel des Herrn Dertel geschieht. Trotzdem werden die Freisinnigen am Bloch festhalten und weiter von der „liberalen Kera“ und den Erfolgen der liberalen Blochpolitik phantastieren — bis die Konservativen die Zeit für gekommen erachten, sich wieder mit dem Zentrum zu koalieren, die Freisinnigen hinauszuwerfen und sie verächtlich zu jenen zweifelhaften futuristischen Genüssen aufzufordern, zu denen vor einigen Jahren Herr von Dier-Dader die preussischen Künstler einlud.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. Januar 1908

### Die Wahlrechtsklärung der Regierung.

Die „Kreuz-Zeitung“ setzt ihre Kampagne gegen jede Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts mit großer Energie fort. Es handelt sich offenbar nicht nur um eine Einschränkung des Freisinn, der ja ohnehin verächtlich genug ist, sondern um eine Beeinträchtigung der Regierung, die endlich am 10. Januar eine präzise Erklärung über ihre Stellung zur Reform abgeben soll. Auch die Vermutung der „Frankfurter Zeitung“ dürfte richtig sein, daß die Mahnung des Junkerblattes an eine höhere Stelle gerichtet ist. Dasselbe spricht nach der Meinung des Blattes der Versuch, eine Aenderung des preussischen Wahlrechts als eine Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses hinzustellen.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß die Verschlebung der Regierungserklärung auch mit der Abwesenheit des Kaisers begründet wurde. Jetzt wird von der „Frankf. Ztg.“ neuerdings auf die

Mitwirkung des Kaisers an der Erklärung der preussischen Regierung verwiesen. Es ist ja bei den halb-absolutistischen Regierungsformen Preußens auch ohne weiteres klar, daß die Krone großen Einfluß auf eine so wichtige Stellungnahme der Regierung nehmen wird. Der Jubel der Regierungserklärung wird also auch in der Richtung von großer Bedeutung sein, daß er über die Stellung Klarheit schaffen wird, die die Krone zur Entschätzung des Volkes in Preußen einnimmt. Die Anhänger der Monarchie rühmen ihr immer noch, daß sie unparteiisch über den Klassen stehend einen wichtigen Faktor für den Ausgleich sozialer und politischer Gegensätze bilde. Wir sind neugierig, wie weit diese Auffassung durch die Erklärung zur Reform des preussischen Wahlrechts bestätigt werden wird. In den Wahlrechtskämpfen in Oesterreich und Bayern hat ja die Dynastie ihren ganzen Einfluß zugunsten der Einführung des gleichen Rechts mit anerkannter Energie geltend gemacht. Es wird sehr reich sein, die Stellung der Dynastie in Preußen zu dem gleichen Problem kennen zu lernen. —

### Der Zweck der Uebung.

In der Sitzung des Harden-Gerichtshofes am Donnerstag, die keine Sitzung sein sollte, weil der Angeklagte fehlte, hat der Oberstaatsanwalt Henkel noch deutlicher als bisher erkennen lassen, welches das öffentliche Interesse ist, das die Staatsanwaltschaft nach dem Schöffengerichtsprozeß pflücht an der Verteidigungsfrage des Grafen Nolcke entdeckt. Die Erklärung, die der Vertreter der Anklage für den Zerstreuung abgab, zeigt, wohin das Verfahren zielt. U. daß der Zweck der Uebung bereits erreicht ist, kehrt ein Blick in die bürgerliche Presse. Sie vergiebt sich ohne Ausnahme Tränen der Mühnung über die unschuldig verfolgte Liebenberger, und der Umstand, daß das Zeugnis d. Frau v. Elbe erschüttert ist, ist ihr zum vollgültigen Beweise geworden, daß eine Kammarilla der Liebenberger nie bestanden hat. Was haben die Herren, die die bürgerliche öffentliche Meinung machen, doch für ein kurzes Gedärm!

Wie der Wind in den höheren Regionen weht, das er sieht man aus einer Meldung des „Berl. Tagebl.“, wonach Graf Rudo Nolcke sofort nach der Urteilsfällung im Prozeß Harden reaktiviert werden wird. Der Kaiser beabsichtigt den Grafen Nolcke durch eine ganz besondere Ehre auszuzeichnen und ihn auf einen der höchsten militärischen Posten zu berufen. Es soll sich dabei um eine Stellung in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers handeln.

Graf Rudo wird also volle Genehmigung haben. Ob in solchem Umstande nicht doch noch in letzter Stunde ein Gegenstand zu stande kommt? Man könnte fast vermuten, daß die Frist, die die Verschlimmerung in Hardens Befinden schafft von seinen Freunden für ihn zu nutzen versucht werde.

### Kontraktflaverei.

Während anders, nicht auf der stitischen Höhe der preussischen Monarchie stehende Staaten der Kontraktflaverei mit strengen gesetzlichen Maßnahmen entgegenarbeiten und z. B. die Besetze der nord-amerikanischen Union jede Einführung von Arbeitern auf Kontrakt verbieten, schickt sich bekanntlich die preussische Regierung an, die Kontraktflaverei in ein festes System zu bringen. Nachdem sie im preussischen Abgeordnetenbause für ihren Plan, Grenzkontrollämter zur Verhinderung des sogen. Kontraktbruchs der polnisch-russischen und galizischen Söldenarbeiter einzurichten, die allgemeine Zustimmung gefunden hat, selbst bei den Freisinnigen, hat sie mit auhergewöhnlicher Eiligkeit alle Vorarbeiten getroffen, damit die neue preussisch-galizische Einrichtung, wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, schon am 1. Februar ins Leben treten kann. Ueber den bereits bestehenden Vermittlungsämtern der deutschen Zetdarbeiterzentrale längs der russischen und österröichischen Grenze, die hierbei Verwendung finden, werden verschiedene neue Uebergangsstellen errichtet, so daß die Gesamtzahl der Grenzkontrollämter etwa 30 betragen wird.

Die Einrichtung ist so gedacht, daß die von den Arbeitern beigebrachten Heimatpapiere geprüft und auf Grund derselben Inlandlegitimationskarten ausgestellt werden. Diese werden, nachdem sie durch einen Polizeibeamten beglaubigt worden sind, den Arbeitern, für die sie bestimmt sind, ausgereicht, so daß letztere in Besitz derselben die Reise nach ihrem Bestimmungsort antreten. Die Heimatlegitimationen dagegen werden dem Arbeitgeber, bei dem Arbeiter in Beschäftigung treten, zugeestellt und diesem entweder durch die Post überhandt oder gegebenenfalls durch einen Vertreter d. Arbeiter (Vermittler, Aufsicht) mitgegeben. Bei der Rückkehr der Arbeiter nach Ablauf ihres Vertragsverhältnisses wird eine Kontrolle an der Grenze nicht mehr ausgeübt, sondern der Vertrag wird einfach durch Austausch der im Besitze des Arbeitgebers und des Arbeiters befindlichen Papiere gelöst.

Auf diese Art werden die Arbeiter völlig der Willkür ihrer ländlichen Herren „Arbeitgeber“ ausgeliefert. Sie sehen sich gezwungen, die ausbedungenen Arbeitszeit bei dem Agrarier, der sie gemietet hat, unter allen Umständen abzarbeiten, mögen sie auch schlechter behandelt werden als das Vieh; denn im anderen Fall erhalten sie ihre Legitimationspapiere nicht zurück und werden als Landstreicher betrachtet.

Davon, daß auch alle die Herren Grundbesitzer Legitimationskarten eingeführt werden sollen, auf denen ihnen bescheinigt wird, daß sie bisher ihren Verpflichtungen nachgekommen sind und als zuverlässig gelten können, verstant nichts; und doch wäre eine solche Maßregel durchaus notwendig, denn erst muß in der 22. Jahresversammlung des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg“ sah sich der Gutbesitzer Harber-K-Waldes zu der Eingeständnis genötigt, daß der im vorigen Jahre mehr als früher in Ostpreußen hervorgetretene Kontraktbruch der galizischen Arbeiter noch keinen Informationen nicht allein an den Arbeitern, sondern auch an den Arbeitgebern liege. So seien den Arbeitern von ihrem schwer verdienten Lohn hohe Beträge für Geräte und den gleichen abgezogen und trotz der Vereinbarung das Bahngeld bis Myslowitz nicht bezahlt worden und zwar seien derartige Fälle durchaus nicht vereinzelt bekommen.

Ein Anzeichen der Herren Agrarier, daß sie als anständigen Menschen gelten können, ist demnach dringend erforderlich. —

### Zur Steuerreform.

Die Frage der Reichsfinanzreform erscheint immer unübersichtlicher. Eine „Vereinfachung“ der Auftrahlarbeiträge würde auch ihre Erhöhung bedeuten, und dagegen sehen sich die Einzelstaaten zur Wehr. Auch hat der Finanzminister Sadows protestiert. Ihm haben sich jetzt auch die Finanzminister Bayerns, Württembergs und Badens auf einer Konferenz in Stuttgart angeschlossen. Auch sie verlangen die Deckung des Defizits durch indirekte Steuern. Die Blochpolitik wissen deshalb keinen anderen Ausweg, als die Verschlebung jeder Finanzreform zu fordern, angeblich um Zeit für eine „gründliche“



Reform zu schaffen, in Wirklichkeit, um sich die Galgenfrist zu verlängern. Diefem Plane widerstreben aber sowohl das Reichsfinanzamt als auch die Finanzminister der Einzelstaaten. Die Lage des Geldmarktes, auf dem die Erleichterung wohl diesmal noch viel später eintreten dürfte als 1907, läßt den Ausweg einer großen Anleihe überaus mißlich erscheinen. Andererseits würde die Deckung des Defizits aus Materialbeiträgen die einzelstaatlichen Budgets bedenklich aus dem Gleichgewicht bringen. Die Reichsregierung scheint also den Vorschlag der gewöhnlichen Auffassung kaum bewilligen zu können; wenigstens will sie das Branntweinmonopol und die Zigarrenbanderollensteuer sofort durchziehen. Die Schlußart der Konventionen nach dem Zentrum scheint gerade durch diese Steuerfragen gestillert zu werden. Denn das Zentrum ist noch am ehesten für indirekte Steuern zu haben, wenn es auch vorläufig sich gegen die vorgeschlagenen ausgeprochen hat. Allerdings ist es möglich, daß zuletzt der Freisinn, um den Bankrott seiner Politik nicht zuzugeben, auch die indirekten Steuern schließt. Seinen prinzipiellen Widerstand gegen indirekte Steuern scheint er endgültig aufgegeben zu haben. In einem Artikel von Müller-Meinungen in der „Vossischen Zeitung“, in dem er für die Aufhebung der Erbschaftsteuer eintritt, heißt es zum Schluß: „Nach den einstimmigen Beschlüssen der linksliberalen Parteien sollen pari passu direkte und indirekte Steuern zur Deckung des Defizits herangezogen werden.“

Und was bisher von einem Beschluß, daß der Freisinn auch indirekte Steuern bewilligen will, nichts bekannt. Es ist klar, daß damit der Unfall des Freisinn bereits angedeutet ist. Die indirekten Steuern wird man beizubehalten und die direkten wird man sich versprechen lassen ganz im Geiste der Sozialpolitik, die ja in liberalen Versprechungen und reaktionären Taten besteht. Um so dringender ist es, daß die Agitation gegen neue indirekte Steuern energisch einsetzt.

### Gegen die einjährige Dienstzeit

Die der militärische Sachverständige des ultramontanen „Bayerischen Kurier“ empfohlen hatte, wendet sich heftig die „Deutsche Tageszeitung“. Sie protestiert dagegen, daß „wirkliche Fachleute“ der Ansicht sein könnten, eine Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf ein Jahr sei möglich. Solche Fachleute seien im Gegenteil der Ansicht, daß schon die Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre bedenklich sei. Eine wirkliche, durchbildende Erziehung sei in einem Jahre schlechthin ausgeschlossen.

Die Unmöglichkeit dieser Behauptung ergibt sich schon aus der Tatsache, daß ja das Institut des einjährigen Dienstes für unsere Besitzenden längst besteht. Die Söhne der bestehenden Klasse können derartig durchgebildet werden, trotz der nur einjährigen Dienstzeit, daß sie sogar Reserveoffizier werden, während die zweijährig Dienenden es höchstens bis zum Unteroffizier bringen können. Wenn man zu behaupten wagen wollte, daß eben die höhere Schulbildung die einjährige Dienstzeit ermöglichte, so steht ja einer Verbesserung unserer Volksschulen nicht das geringste im Wege! Die Herren Agrarier wollen freilich möglichst dumme Arbeiter. Auch deshalb ist ihnen die zweijährige Dienstzeit ans Herz gewachsen, weil sie es der Heeresverwaltung ja ermöglicht, den Herren Agrariern die Soldaten als Ernteeurlauber zu billigeren Preisen zur Verfügung zu stellen, als sie freien Arbeitern bezahlen müßten!

### Um Rheinbaden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubte vor einigen Tagen versichern zu müssen, daß die Frage der Nachfolgerschaft für den preussischen Finanzminister wirklich nicht erörtert zu werden brauche, da sich ja v. Rheinbaden nach wie vor des „vollen Vertrauens der maßgebendsten Stelle“ erfreue. Die „National-Zeitung“ bemerkt dazu, daß Herr Rheinbaden selbst wohl diese Rolle inspiriert haben müsse, da sie ja von der „maßgebendsten Stelle“ schwerlich verursacht worden sei. Die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ hinterherum erklären diesen Kommentar der „National-Zeitung“ für einen hässlichen Verdächtigungsversuch.

Die „Post“ fügt noch hinzu, daß der preussische Finanzminister sich schänden müßte gerade von der „National-Zeitung“ am wenigsten verdient haben. Sei es doch dem Eingreifen des Herrn v. Rheinbaden in kritischer Zeit zu danken gewesen, daß die „National-Zeitung“ heute überhaupt noch existiere. Es scheint danach, als ob Herr v. Rheinbaden seinerzeit um die Sanierung der vor dem Zusammenbruch stehenden „National-Bank“ im besonderen Maße verdient gemacht habe. Zu dieser Anspielung der „Post“ bemerkt noch die „Tägl. Rundschau“, daß ihre zwar bekannt sei, daß Herr v. Rheinbaden und Herr Ministerialdirektor Althoff seinerzeit bei der „München. Allgem. Ztg.“ Wetterdienste schickten und ihre Schließung anbahnten; von den Beziehungen Rheinbadens zu dem national-liberalen Blatte habe sie indes durch die „Post“ zum erstenmal.

### Wituba gegen die „Deutsche Zeitung“.

Als im Dezember 1906, kurz vor der Auflösung des Reichstags, der Zentrumskoalition Moeren verschiedene Wituba in den deutschen Kolonien anbedete, beschloß sich die „Deutsche Zeitung“ mit der Person des früheren Reichsbeamten Wituba, den sie als den Gewährsmann Moeren bezeichnete. Wituba schickte der „Deutschen Zeitung“ eine Verzichtserklärung. Die Redaktion mußte daran eine Polemik, welche eine Anzahl scharfe Angriffe in bezug auf Wituba enthält. Wituba hat daraufhin die Redaktionsleiter und Verleger der „Deutschen Zeitung“ wegen Verleumdung verklagt. Am Donnerstag fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Da es sich nur um formale Verleumdung aus 188 handelt, so fand keinerlei Verurteilung statt. Die beiden Verklagten wurden zu je 20 M. verurteilt.

### Angarn.

#### Allgemeines Wahlrecht.

Am 1. Januar hat der Ministerpräsident Dr. Wellerle beim Reichstagspräsidenten die übliche Begrüßungsaussprache mit einer längeren Rede beantwortet, in der er einige Reformen ankündigte, darunter das allgemeine Wahlrecht.

Hoffentlich nimmt Wellerle kein Bedauern endlich etwas ernst als sein — „Duell“ mit Volonji. Sonst könnte es ihm und seinen Sippen im neuen Jahre leicht passieren, daß ihnen das ungarische Proletariat „Weine macht“.

### Schweiz.

#### Wahlverbot.

Genf, 2. Januar. (S. P.) Das am 2. Februar 1907 angenommene Gesetz, bezüglich Verbot des Wahlverkaufs, ist gestern in Kraft getreten. Zur Durchführung des Gesetzes sind strenge Vorkehrungen getroffen worden.

### Belgien.

#### Der Tod des Ministerpräsidenten.

Brüssel, 1. Januar 1906. (S. P.) Mit dem Ministerpräsidenten De Trooz ist seine Persönlichkeit mit der höchsten Eigenart und repräsentativer politischer Bedeutung von der Weltgeschichte verschwunden. Die Ministerkammer dieses herrlichen Landesherrn, die nur etwas über ein halbes Jahr

gedauert hat, war von Anfang an eine Verlegenheitslösung, und sie hätte sich auf die Dauer nicht einmal als eine wirksame erwiesen.

De Trooz hat mit einer gewissen Routine das Ruderamt besorgt, worin sich seit der Herrschaft der liberalen Majorität und besonders seit der Verschärfung des Kongressgesetzes so ziemlich die ganze Regierungsgewalt in Belgien erschöpfte.

Unter dem Ministerium Smet de Ryner Chef der inneren Verwaltung, trat De Trooz an die Spitze der Regierung, als Smet de Ryner durch seine schamlose Intrige gegen das von der Kammer beschlossene Vergeseß die unbefristete Dienstbarkeit der Ministerialen gegen den Großkapitalismus demonstriert hatte. Die Politik des Fortwärtens hätte allerdings auch ohne den Tod ihres Leiters wohl kaum die allernächste Zeit überleben können. Die Kongressfrage steht vor der Entscheidung, und die Unmöglichkeit seit des Königs hat den Konflikt zwischen der Mehrheit des Parlaments und dem Ministerium, das die Pläne des Königs verteidigt, akut gemacht.

Unter diesen Umständen bedeutet der Tod De Trooz' eine Erschwerung der politischen Lage und treibt die Krise der Entscheidung entgegen. Die Wiedereröffnung der Kammer steht unmittelbar bevor, vorläufig ist aber ein Weg der Lösung nicht abzusehen. Man weiß auch nicht, wer die Nachfolge des Verstorbenen übernehmen soll. Die Wiederkehr Smet de Ryner's scheint ausgeschlossen, eine Regierung unter der Führung Hellegut's, des unstrittig fähigsten unter den liberalen Politikern, gleichfalls, da Hellegut einerseits beim konservativen Flügel der Rechten Mißtrauen begegnet, andererseits durch seine prononzierten Anschauungen in der Annexionsfrage moralisch gebunden ist, dem Kongressgeschäft des Königs Widerstand zu leisten

### Spanien.

#### Belagerungszustand.

Die Bombenerplosion, durch die am 31. Dezember in Barcelona ein Schuhmann getötet, ein anderer Schuhmann und ein Händler schwer verwundet wurden, hat den König veranlaßt, ein Dekret zu unterzeichnen, durch das für Barcelona ein Teil der „verfassungsmäßigen Garantien“ zeitweilig aufgehoben wird.

### Rußland.

#### Unruhen!

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Odessa gemeldet: Im Gouvernement Bessarabien herrschen starke Unruhen, die durch das letzte Rundschreiben des Ministers des Innern betr. die sofortige Steuererhebung hervorgerufen wurden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Bauern, bei denen elf Polizisten und Bauern getötet und viele verwundet wurden. Es sind Dragoner nach dem Gebiet der Unruhen kommandiert worden.

## Aus der Partei.

### Gemeinderatswahlen in Württemberg.

Stuttgart, 2. Januar. (S. P.)

Am Dienstag, den 31. Dezember, fanden die Stuttgarter Gemeinderatswahlen nach dem Proporzsystem statt. Die Wahlbeteiligung war so stark wie noch nie. Es wurde um neun Mandate gekämpft, darunter drei sozialdemokratische. Die Sozialdemokratie behauptete ihre drei Sitze. Unsere Stimmzahl stieg von 6898 bei der Gemeinderatswahl im Jahre 1903 auf 8338. Gewählt wurden die drei bisherigen Gemeinderäte Sperla, Dietrich und Würz. Ein viertes Mandat erlangte die Partei mit nur 120 Stimmen Minorität. Die national-liberale Partei erlangte gleichfalls drei Mandate, die Demokraten, Konservativen und das Zentrum erhielten je einen Sitz. Bei den Gemeinderatswahlen im Lande ist zu melden, daß die Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe von Orten Mandate gewonnen hat. In Heidenheim eroberte sie zwei von vier Mandaten, es gaben damit die ersten Sozialdemokraten in den Gemeinderat ein. Ferner erlangte sie in Gmünd zwei Mandate, in Schönbühl zwei, in Niedenberg ein, in Weitingen ein und in Ruit ein, in Göttingen eroberte sie alle drei zur Wahl stehenden Mandate.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Kommunale Praxis“ erweitert ihren Umfang von wöchentlich 12 auf 16 Seiten. Der Kreis der Mitarbeiter, der im letzten Jahre erheblich erweitert wurde, soll weiter ausgedehnt werden, um eine Reihe der wichtigsten Probleme aus der Arbeiterpolitik und der Wirtschaftspflege der Gemeinden von herabragenden Sachkundigen behandeln zu lassen. Der für preussische Gemeinden wichtige und bedeutungsvolle Übergang zu einer Neuordnung der Schulverhältnisse wird Gelegenheit zu einer eingehenden Darstellung dieser Verhältnisse bieten; die Jahrhundertfeier der Einführung der Steinischen Städteordnung wird durch historische-kritische Untersuchungen ihre Würdigung finden. Die erhebliche Erweiterung des Umfangs der Zeitschrift und ihr innerer Ausbau zwingen zu einer geringfügigen Erhöhung des Preises, der fortan für das Vierteljahr 3 M. betragen wird. Um eine unnötige Vermehrung der Postkosten hinauszuhalten, wird der Umschlag abgelehnt.

Im Saarrevier tritt an die Stelle der als Kopfbild der „Frankfurter Volksstimme“ erscheinenden „Saarwacht“ vom 1. Januar ab die „Volkswacht“, die von der Straßburger Volksdruckerei, Filiale St. Johann, gedruckt wird. Das Verbreitungsgebiet soll das industrielle Lothringen, das Saarrevier und das Fürstentum Metzenfeld sein.

Personalien. Genosse Dr. Franz Mehring ist am 31. Dezember aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ geschieden. Unser Leipziger Parteiorgan widmet ihm die folgenden ehrenden Abschiedsworte:

„Schon zu Schönlank's Lebzeiten war Mehring ständiger Mitarbeiter der „Volkszeitung“. Nachdem Schönlank die wesentliche Aufgabe seiner journalistischen Tätigkeit darin erblickt hatte, mit verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln und unter Aufopferung seiner ganzen erhaltenden Arbeitskraft und seines unerwöhnlichen Fleißes in der „Leipziger Volkszeitung“ ein Vorbild für die längst als notwendig erkannte Reform der deutschen Parteipresse zu schaffen, übernahm es später Mehring, das Leipziger Parteiblatt zu weiterer Entwicklung nach innen und außen zu bringen und ihm die streng konsequente Haltung zu geben, die diesen Mann sehr schnell zum beliebtesten deutschen Sozialdemokraten gemacht hat.

Wir sind sicher, daß Mehring selbst es billigt, wenn wir heute darauf verzichten, seine Verdienste um die deutsche Sozialdemokratie, besonders aber um die „Leipziger Volkszeitung“ im einzelnen zu schildern. Andererseits haben wir auch in dieser Stunde des Scheidens keinen Anlaß, all der Anwärter seiner Feinde zu gedenken. Aber am Ende seiner bisherigen Tätigkeit für die „Leipziger Volkszeitung“ sei es gesagt, daß in zahlreichen Fällen Mehring die Zielsetzungen persönlicher Angriffe war, obwohl er, der in Berlin seinen zehnjährigen Aufenthalt hatte, der Veranlassung solcher Angriffe völlig fernstand, ja sie zuweilen nicht einmal billigte. In allen Fällen aber übernahm Mehring in förmlicher Solidarität die volle journalistische Verantwortung; entschädigte ihn doch für die dabei seiner Person widerfahrte Unbill das schöne Bewußtsein, daß das seiner Zeitung unterstellte Kampforgan gerade in den Zeiten der schwersten politischen Bedrängnis sich eines sorgfältigsten Aufschlusses erfreute. Dieser ständige zunehmende Erfolg war in erster Linie Franz Mehring zu danken. Die Geschichtsblätter, die mit der politischen Verfolgung der „Leipziger Volkszeitung“ gefüllt wurden, sind wahrlich nicht die unerschöpflichen — trotz der schweren Opfer an Freiheit und Gut, die diese Verfolgung unserem Blatte auferlegte.

Franz Mehring geht, aber des sind wir sicher, daß auch er mit stolzer Freude sich der Tage und Jahre erinnern wird, die ihn mit der „Leipziger Volkszeitung“ verbunden und die dem großen Kampfe für die Befreiung des arbeitenden Volkes geweiht waren.“

Von der finnischen Sozialdemokratie. Das biobische Organ der schwedischsprachigen Sozialdemokraten „Finland“, „Arbetarna“, machte sein Erscheinen im November des nun verfliehen Jahres einstellen. Der Versuch, es aus einer dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung zu einem Tagesblatt zu erweitern, war mißlungen. Man hatte gehofft, die Abonnentenzahl auf 6000 zu bringen, sie stieg jedoch kaum auf 5000. Unter diesen Umständen konnte das Unternehmen nicht mehr aufrechterhalten werden. Inzwischen ist jedoch in Helsingfors eine neue sozialdemokratische Zeitung schwedischer Sprache begründet worden. Sie führt denselben Titel wie die Parteiorgane in Stockholm, Kristiania und Abo: „Socialdemokraten“ („Der Sozialdemokrat“). Das Blatt soll zweimal wöchentlich erscheinen. Die Probenummer, die am 23. Dezember erschien, ist sehr inhaltreich und vielversprechend.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hier Monate unfreiwillige Staatspension, die er wegen angeblicher Verleumdungen über sich ergehen lassen mußte, hat Genosse Hans Deifel von der „Vergischen Arbeiterstimme“ zu Solingen am Donnerstag verbüßt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Januar 1906, nachmittags 6 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, der ersten im neuen Jahre, steht zunächst die Einführung der wiedergewählten Mitglieder. Bekanntlich sind von den 48 Stadtverordneten, welche im regelmäßigen Turnus im November v. J. von der Dreifachwahl betroffen wurden, 47 wiedergewählt worden. In die Stelle des zurücktretenden Stadtverordneten Kreidler ist Baumeister Lieberer getreten.

Die Versammlung wird von dem Alters-Vorsitzer, Stadtverordneten Braze (N. L.), eröffnet, und zunächst geleitet. Nachdem die Wieder- und Neugewählten unter Führung der Stadtverordneten Fährdrich, Geride, Kuhlmann, Kunge, Hellriegel und Sassenbach in den Saal eingezogen, richtet Oberbürgermeister Kirchner an sie eine längere Ansprache, in der er besonders der Verdienste des bisherigen Vorsitzers Dr. Langemann gedenkt, und vollzieht dann die Verpflichtung der Herren auf die Städteordnung. Auch der Alterspräsident richtet darauf Worte freundlicher Bewillkommung an die Eingeführten.

Nach der Geschäftsführung hat sich die Versammlung am Anfang jedes Kalenderjahres neu zu konstituieren. Es wird daher nunmehr zur Wahl des Vorsitzers und des Vizepräsidenten, Stellvertreters geschritten. Zuvor richtet der Alterspräsident dem bisherigen Vorstand der Versammlung den Dank für seine Geschäftsführung im abgelaufenen Jahre unter allgemeinem Beifall ab; die Mitglieder erheben sich einstimmig von den Plätzen.

Der Wahlakt für den Posten des Vorsitzers geht unter dem Vorsitz des bisherigen Vorsitzers/Stellvertreters Richelet vor sich.

Es werden 131 Stimmzettel abgegeben, von denen 100 auf den Stadtverordneten Richelet (Fr. Fr.) lauten; auf den Stadtverordneten Kämpf (N. L.) entfallen 11, auf Cassel (N. L.) drei Stimmen; acht Zettel sind unbeschrieben.

Herr Richelet ist somit zum Vorsitzern gewählt und erklärt die Annahme der Wahl mit folgenden Worten: Sie sehen mich tief bewegt von dem Ausfall der eben vollzogenen Wahl. Das große Vertrauen, das Sie mir dadurch erwiesen haben, und die hohe Ehre, daß Sie mich an Ihre Spitze stellen wollen, verpflichten mich zu tiefstem Dank. Ich beehre mich nicht die große Schwierigkeit der Aufgabe, die Nachfolge eines Langenhaus anzutreten, des so hochverehrten langjährigen Vorsitzers und Seniors der Versammlung. Aber ich hoffe auch, daß die 14jährige Periode, die ich an seiner Seite hier sitzen und von ihm, meinem Vorgesetzten und lieben Freunde, lernen durfte, auch nicht spurlos an mir vorübergegangen sein wird. Und da ich, der ich schon mehr als 40 Jahre im öffentlichen Leben lebe, stets den Grundsatz befolge, niemals zu versagen, wenn meine Mitbürger mich zur Hilfeleistung aufrufen, so spreche ich auch vor der neuen Aufgabe nicht zurück und nehme mit Dank Ihre Wahl an. (Beifall.) Wir dürfen ja überzeugt sein, daß wir in unseren Arbeiten von dem Vertrauen der Mitbürger getragen sind. Lassen Sie uns fortfahren, in Gemeinschaft mit dem Magistrat in gleicher Weise wie bisher zu arbeiten. In diesem Sinne und Geiste und mit der gewohnten Unparteilichkeit werde ich bestrebt sein, Ihrem Rufe nachzukommen. Wir werden die Städteordnung, das Palladium unserer Selbstverwaltung, zu wahren und zu erhalten suchen, daß sie so, wie sie uns überliefert ist, auch unbeschädigt in die Hände unserer Nachfolger im Amte übergehen kann. Wir wollen danach trachten, daß die Rechte, die sie uns verleiht, genutzt und erhalten werden. Aber lassen Sie uns auch nicht die Pflichten vergessen, die sie uns auferlegt. Und dann lassen Sie uns sorgen, daß Berlin, die Hauptstadt und Residenzstadt, in allen Fragen der Kultur unter Verwertung der von anderen kommunalen Verwaltungen gemachten Fortschritte fortfahren möge, an der Spitze der deutschen Städte zu marschieren. (Beifall.) Ich bitte Sie bei meiner Amtstätigkeit um Ihre Rücksicht und Unterstützung mit dem Wunsche, daß es mir gelingen möge, dem Vertrauen, das Sie in mich setzen, zu entsprechen und den Anforderungen zu genügen, die Sie an Ihren Vorsitzern zu stellen nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet sind. (Beifall.)

Bei der Wahl des Vizepräsidenten/Stellvertreters werden 131 Stimmzettel abgegeben, davon sind 10 unbeschrieben. Von den gültigen 121 entfallen 71 auf Stadtverordneten Cassel (N. L.), 31 auf Stadtverordneten Singer (Soz.), auf Stadtverordneten Kämpf (N. L.) 13, auf Richelet und Vörmann je zwei, auf Dove und Talsdorf je eine Stimme. Stadtverordneter Cassel ist gewählt.

Stadtverordneter Cassel: Ich nehme die auf mich gekommene Wahl mit bestem Dank an. Auch ich gelobe für den Fall, daß ich berufen sein sollte, den Vorsitzern zu vertreten, die Geschäfte nach meinem besten Können und mit strengster Unparteilichkeit zu leisten. Ich bitte um Rücksicht und Unterstützung, auch von denjenigen Herren, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben. (Beifall.)

Der Stadtverordnete Cassel nimmt hierauf den Platz zur Linken des Vorsitzers auf dem Präsidium ein.

Nunmehr wird durch den Oberbürgermeister Kirchner die Einführung und Verpflichtung des zum unbeschriebenen Stadtrat gewählten Geheimen Justizrats Professor Dr. Wasse vollzogen. Namens der Versammlung wird das neue Magistratsmitglied in längerer Ansprache von dem Vorsitzern Richelet begrüßt, der dabei zugleich Anlaß nimmt, dem ausgeschiedenen Stadtrat Häbner und seiner lehrreichen kommunalen Wirksamkeit Worte lebhaftester Anerkennung zu widmen.

Es folgt die Wahl von 3 Beisitzern und 3 Stellvertretern derselben. Die bisherigen 3 Beisitzer waren Stadtverordnete Geride (Fr. Fr.), Fried (N. L.) und Liebenow (N. L.).

Stadtverordnete Singer (Soz.) schlägt für den Posten eines der 3 Beisitzer den Stadtverordneten Vörmann vor.

In dem gemeinsamen Wahlgange werden Geride mit 92, Fried mit 60 und Liebenow mit 84 Stimmen wiedergewählt; Vörmann erhält 39 Stimmen.

Die Gewählten nehmen die Wiederwahl an. Als Leipziger Stellvertreter fungierten bisher die Stadtverordnete Braze (N. L.), Alt und Fährdrich (N. L.). Auch hier wird vom Stadtrat Singer der Kollege Vörmann in Vorschlag gebracht.

Der Wahlgang ergibt auch hier die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, welche 85, 84 und 73 Stimmen erhalten; Vörmann bleibt mit 40 Stimmen in der Minderheit.



Damit ist die Rekonstitution der Versammlung vollzogen. Der Eintritt in die Geschäfte wird mit dem üblichen Kaiserhoch eröffnet.

Die Verlosung der Mitglieder in die 5 Abteilungen soll durch das Bureau besorgt werden.

Auch im Jahre 1908 werden die ordentlichen Sitzungen der Versammlung an den Donnerstagen von 5 Uhr nachmittags abgehalten.

Die Vorbereitung der Beschlussfassung über die Zusammenfassung der ständigen Ausschüsse wird einem besonderen Ausschuss überlassen; demselben Ausschuss soll auch die Vorbereitung für die Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputation und Kuratorien, sowie für die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Ausführung von Nachträgen obliegen.

Die noch in Funktion befindlichen Sonderausschüsse werden auch für 1908 bestätigt.

Nach diesen Formalien geht die Versammlung um 18 Uhr an die Erledigung der eigentlichen Tagesordnung.

Die Beratung der Vorlage betr. die Einrichtung einer Balderholungsstätte in Buch wird abermals zurückgestellt. Bezüglich der Neuordnung der Anstellungen und Beförderungsverhältnisse der Assistentenärzte an den städtischen Krankenhäusern ist es im Ausschuss nicht gelungen, eine größere materielle Sicherstellung der Assistentenärzte mit über 3000 M. Gehalt gegen Anfallgefahren durchzusetzen, vielmehr ist ein begünstigter Antrag mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt worden. Der Ausschuss empfiehlt lediglich, von der Magistratsvorlage Kenntnis zu nehmen. Referent ist Stadtv. Jacobi (A. L.) Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Ausschussantrag.

Die Petition des Schriftsetzers und Schiedsmanns Gustav Hering, Auglerstraße 12, um Gewährung einer Entschädigung für Herabgabe eines Zimmers zum Zwecke der Ausübung des Schiedsmannsamtes oder Beschaffung eines Amisimmers für die Stadtbezirke 248/49 beantragt der Petitionsausschuss dem Magistrat zur Berücksichtigung zwecks Beschaffung eines Amisraumes zu überweisen. Ausschussreferent ist Stadtv. Bruns (Soz.).

Stadtv. Gerde: Meine Freunde können für diesen Ausschussantrag nicht stimmen, halten vielmehr die Statuierung einer solchen Maßnahme für sehr bedenklich, weil sehr bald andere Ehrenamtinhaber mit gleichen Anträgen auf Amiszimmer oder Entschädigung an uns herantreten würden. Die 35 Schiedsmannbezirke sind bisher gut bestellt gewesen, auch ohne Entschädigung oder gelieferte Amtsräume; die betreffenden Herren hatten immer ein Zimmer ihrer Privatwohnung für diese Amisgeschäfte übrig. Das sollte auch für die Folge so sein. Sind doch sogar schon Bezirksvorsteher mit ähnlichen Ansprüchen hervorgetreten, was der Magistrat mit Recht abgelehnt hat. Wo fängt denn schließlich der Begriff des Ehrenamtes an und wo hört er auf? Wir bitten Sie, den Ausschussantrag abzulehnen.

Stadtv. Feuerstein (A. L.): Wir wissen alle die Verdienste unserer Kommunalbeamten draußen zu schätzen. Aber 90 Proz. der jetzigen Schiedsmänner würden, wenn man sie zur Abstimmung veranlasste, gegen diesen Antrag sein. Die Schiedsmänner haben nur die Verpflichtung, die Termine nicht verjähren zu lassen, sie brauchen aber nicht sofort Termin anzuberaumen, sondern lassen verständigerweise die Gemüter erst einige Wochen sich abkühlen. (Bestimmung und lebhafter Widerspruch.) Der Antrag hat nicht notwendig, seiner Schwiegermutter wegen das Schiedsmannsamtes ein Zimmer zu kündigen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Bötz (A. L.): Die große Mehrzahl meiner Freunde stimmt wegen der Konsequenzen gegen den Ausschussantrag.

Stadtv. Leid (Soz.): Die gegen den Ausschussantrag gemachten Einwände sind doch recht dürftig. Herr Feuerstein hat sachlich gar nichts Stichthaltiges vorgebracht (Widerspruch); die anderen Herren haben nur vor den Konsequenzen gewarnt. Das kann aber doch nicht ausschlaggebend sein. Ist der Antrag gerecht und billig, so muß ihm Folge gegeben werden. In dem Ausschuss wurde die Statistik ins Feld geführt; es kommt nur eine kleine Anzahl Sachen, etwa 80, jährlich auf jeden Schiedsmann. Diese Rechnung hat aber ein großes Loch, denn sie zieht nur die Zahl der Anträge, aber nicht die Zahl der Benutzungen des Zimmers in Betracht. Abgesehen davon handelt es sich doch vor allem darum, ob das Verlangen des Schiedsmanns Hering billig ist; es sollte doch maßgebend sein nicht der Besitz allein, sondern auch die Fähigkeit, das Schiedsmannamt auszuüben. Ich empfehle dringend die Ueberweisung der Petition an den Magistrat zur Berücksichtigung.

Stadtv. Ladewig (A. L.): Auch Herr Leid hat seine Gründe für den Antrag vorgebracht. Machen wir eine Ausnahme, so geben wir jedem anderen Kommunalbeamten denselben Anspruch. Nur solchen Bürgern sollen solche kommunalen Ämter übertragen werden, welche auch über die nötigen Räume verfügen; sonst müssen sie eben auf ein derartiges Amt verzichten. Nach der Theorie des Kollegen Leid müßten auch Leuten ohne Wohnung solche Ämter übertragen werden können.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Der Grundgedanke des Kollegen Ladewig scheint mir doch sehr ansehnlich. Zu Schiedsmännern sollen Personen genommen werden, die die nötige Erfahrung und Mäßigkeit haben. Es kommt aber doch hier nicht auf eine grundsätzliche Entscheidung an, sondern darauf, einem Schiedsmann ein Amiszimmer zu bestimmten Zeiten zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich um einen hervorragenden tüchtigen Schiedsmann. Herr Feuerstein exemplifizierte auf die Schwiegermutter; auch die anderen Herren, die gegen den Ausschussantrag gesprochen haben, sind alle verheiratet. Ich bin unparteiisch, denn ich habe keine Schwiegermutter. (Heiterkeit.) Es ist uns mitgeteilt, daß die übermeisten der Fälle, die der betreffende Schiedsmann zu behandeln hatte, zu einem freudigen Ereignis (hürmische Heiterkeit) . . . Ergebnis geführt haben. Die Heirat, die der Mann zu leisten hätte, wenn man ihm ein Schulzimmer überweist ist er zu leisten bereit. Das Ideal des Herrn Feuerstein ist allerdings das Ideal des betreffenden Schiedsmanns nicht, den der Landesrichtspräsident als einen sehr tüchtigen Schiedsmann bezeichnet hat. Es handelt sich ja bloß um diesen Einzelfall, keineswegs um die Durchbrechung eines Prinzips. Machen Sie doch nicht aus der Mücke einen Elefanten!

Stadtv. Sannefeld (A. L.): Im Einzelfalle kann die Norm gewiß zu einer Härte führen; weichen wir aber einmal von der Norm ab, so kommen wir zu einem Willkürsystem, und das können wir nicht mitmachen. Nicht jeder, der zur Ausübung eines Ehrenamts fähig ist, ist auch zur Uebernahme in der Lage. Damit schließt die Beratung. Der Referent weist im Schlußwort noch besonders darauf hin, daß die hier vorgetragenen Gründe auch im Ausschuss sämtlich erörtert worden sind, daß trotzdem aber die Mehrheit zu ihrem Beschluß gekommen ist. Der Ausschussantrag wird abgelehnt.

Für die Verwaltung des städtischen Untersuchungsamts für hygienische und gewerbliche Zwecke soll eine besondere Deputation gebildet werden.

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.) beantragt, daß der Versammlung nur drei Stadtverordnete zustehen sollen und beantragt, den Magistrat zu ersuchen, statt drei deren vier in die Deputation aufzulassen.

Dieser Antrag wird angenommen. Nach langem Harren hat die Versammlung endlich den vom 12. Dezember v. J. datierten Entwurf eines revidierten Statuts der Sparkasse der Stadt Berlin vom Magistrat erhalten. — Die wichtigsten materiellen Neuerungen, die der Magistrat vorschlägt, sind: 1. Erhöhung des Maximums der Einlage von 1000 auf 2000 M., der monatlichen Einzahlungen von 500 auf 500 M.; 2. Erhöhung der ohne Kündigung binnen vier Wochen abzuhaltenden Höchstsumme von 100 auf 200 M. Von einer Erhöhung des Zinsfußes von 3 Proz. ist nicht die Rede; dagegen soll der Betrag von 10 Pf., der bisher bei Abhebung des ganzen Guthabens für das Buch selbst zu zahlen war, auf 20 Pf. erhöht werden.

Stadtv. Rosenow (A. L.) beantragt Ausschussberatung. Die Vorlage und ihre Begründung bezieht die Berechtigung der in der Bürgerschaft und in der Versammlung wiederholt laut gewordenen Beschwerden. Die Vermehrung der Zahl der selbständigen Sparkassen sei erfreulich, auch die Erhöhung der Einlagen auf 2000 M. Der Wunsch, das Maximum auf 5000 M. zu erhöhen, werde im Ausschuss näher zu erwägen sein. Bezüglich für kleine Sparer sei u. a. die Bestimmung, daß das Buch jetzt 20 Pf. kosten solle.

Stadtv. Dove (A. L.) befürwortet ebenfalls Ausschussprüfung, im wesentlichen aus den Gesichtspunkten des Vorredners.

Stadtv. Deutsch (Soz.-fortsch.) hält auch seinerseits nähere Prüfung in einem Ausschuss für notwendig. Ueber die Höhe des Zinsfußes sollte nicht sowohl die Versammlung als das Kuratorium zu befinden haben. Manche Bestimmungen seien entschieden zu rigoros.

Stadtv. Stadthagen: Darüber, daß mehr Sparkassen errichtet werden sollen, kann man sich nur freuen, denn die Beschwerden des Publikums gingen nicht nur dahin, daß es zu schwer war, sein Geld loszuwerden, sondern richteten sich auch dagegen, daß die Art der Abfertigung manchmal sehr wenig freundlich gewesen ist. Nach welchen Grundgedanken der Magistrat bei der Änderung des Reglements verfährt, hat er leider nicht mitgeteilt. Wir müssen uns doch zunächst über das System klar werden, ob die Sparkasse den Bedürfnissen der ärmeren, der arbeitenden Bevölkerung dienen oder mehr eine bankdepositenmäßige Verwaltung haben soll. Ich vermisste auch eine Zusammenstellung der Sparkassenstatuten der Vororte; nach meiner Kenntnis ist weder hier noch in Berlin bisher der Zweck erreicht, jener minderbemittelten Bevölkerung entgegenzukommen. Für ein dem Kammerer neu zugewandenes Einspruchsrecht fehlt es ebenfalls an jeder Begründung. Vielleicht wäre zu erwägen, ob für kleinere Beträge ein höherer, für größere ein niedrigerer Zinsfuß zu normieren ist. (Widerspruch.) Alle erwähnten Materialien sind zur Beschlussfassung über die Vorlage notwendig.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Die Vorkenntnisse zum Erweiterungsbau der V. Pflanzfortbildungsschule, Langestr. 30, und zum Neubau einer Fach- und Fortbildungsschule Linienstr. 182 gehen auf Antrag der Stadtv. Ermer und Glagel (Fr. Fr.) an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Die Vorlage betreffend Begründung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden ebenso wie die Berichterstattung über den Antrag Arons wegen Uebernahme von städtischen Arbeiten in eigene Regie geht die Versammlung von der Tagesordnung ab. Für den Rechnungsausschuss referiert sodann Stadtv. Sassenbach (Soz.) über eine Anzahl von Rechnungen sowie über den Jahresabschluss des Verwaltungsfonds der Sparkasse, der Hauptstiftungssache und der Verwaltung der städtischen Wasserwerke für 1906. Die Rechnungen werden dekretiert, die vorgelassenen Etatsübersichtungen und außer dem Etat geleisteten Ausgaben vorläufig genehmigt.

Am 9 Uhr bricht die Versammlung die Beratungen ab.

## Gewerkchaftliches.

### Die Schiffbauer und die gewerkchaftliche Einigung.

Die 6. Konferenz der „Vereinigung der Schiffbauer und im Betriebe verwandter Arbeiter Deutschlands“ fand am Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Dezember 1907, in dem Lokal des Herrn Halwag, Stralauer Allee 17e, statt.

Es waren 20 Delegierte aus 13 Ortschaften anwesend und vertreten 556 Mitglieder. Der Ausschuss war durch 3 Personen vertreten. Als Vertreter der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften war anwesend der Genosse Fr. Kater, für die Geschäftsleitung der Zimmerer Deutschlands der Genosse W. Schmidt. Der Zentralvorstand des Verbandes der Schiffzimmerer war durch 6 Personen vertreten; ebenso hatten die Jahrestellen des Verbandes: Jürstenberg an der Oder und Breeslau je einen Vertreter entsandt. Die Tagesordnung der Konferenz war folgende:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht von 1907.
2. Bericht über den Stand der Verschmelzungsfrage mit dem Zentralverband der Schiffzimmerer Deutschlands und unsere weitere Stellungnahme hierzu.
3. Der 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.
4. Wahl des Vertrauensmannes und Ausschusses.
5. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann Johann Hinrichsen erstattet seinen Tätigkeitsbericht und beschränkte seine Ausführungen auf einige Ergänzungen des gedruckt vorliegenden Rechenschaftsberichts. Hier von sei erwähnt, daß durch das Vorgehen sämtlicher Vereine, begünstigt durch den kühlen Geschäftsgang im letzten Jahre, die Stundenlöhne im Gewerbe zwischen 5—22 Proz. erhöht wurden. Der Höchstlohn (Bootsbauer Berlin) beträgt 63 und der niedrigste (Alt-Puppin) 35 Pf. pro Stunde. Die vor Jahren vorherrschenden Klassenlöhne sind in allen Vereinen beseitigt, ebenso ist die zehnstündige Arbeitszeit nunmehr überall zur Anerkennung gebracht worden. Zur Durchführung der Lohnbewegungen war die Summe von circa 3000 M. erforderlich. Die Gesamteinnahmen beliefen sich inklusive Bestand 1906 auf 11 221,29 Mark. Ihnen stand eine Ausgabe von 8061,97 M. gegenüber. Zu dem Ueberschuss von 2159,32 M. kommt noch ein Ueberschuss von 155,90 M. aus den Verwaltungsgeldern des Ausschusses. Nach längerer Debatte wurde dem Ausschuss und dem Vertrauensmann einstimmig Decharge erteilt.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referierte ebenfalls der Vertrauensmann Hinrichsen. Referent erklärte, daß die Schiff- und Bootsbauer den vom Parteivorstand angebahnten Einigungsbestrebungen von vornherein sympathisch gegenüber gestanden hätten. Aus dem Grunde seien sie ja auch von den anderen befreundeten Verufen vielfach angerepelt worden. Zwischen beiden Körperschaften (Verband und Vereinigung) seien Uebereinstimmungsbedingungen vereinbart worden. Dieselben lauteten:

1. Die Erwerbslosenunterstützung ist für die Mitglieder der Vereinigung vom Tage des Uebertritts bis zur Generalversammlung des Zentralverbandes im Jahre 1909 fakultativ. Wer auf die Erwerbslosenunterstützung Anspruch erhebt, hat auch erhöhte Beiträge zu zahlen.
2. Die Vertretung im Gewerkschaftsausschuss (Berlin) soll einem Mitgliede der Vereinigung übertragen werden.
3. Das Recht der Entscheidung über Streiks und Sperrten liegt in den Händen des Bezirksleiters.
4. Der Uebertritt erfolgt nach erfolgter Abstimmung der Vereinigung und Zustimmung des Gesamtvorstandes der Schiffzimmerer unter voller Anrechnung der bisherigen Mitgliedschaft. Wer beim Uebertritt auf die Erwerbslosenunterstützung Anspruch erhebt, dem werden die Beitragswochen seit dem 1. Juli 1906 voll angerechnet. Wer später erklärt, an der Unterstützungs-einrichtung teilnehmen zu wollen, hat die statutenmäßigen Verpflichtungen (52 Wochen Karenzzeit) zu erfüllen.
5. Für Berlin und Umgegend wird ein neuer Agitationsbezirk eingerichtet, der seinen Sitz in Berlin hat und dem hauptsächlich die bisherigen Vereine der Vereinigung unterstellt sind.
6. Die Geldangelegenheiten innerhalb der Organisation regelt die Vereinigung bis zum Uebertrittstermine selbst.

Vorstehende „Bedingungen“ gelten jedoch nur bis zu der nächsten Generalversammlung des Verbandes 1909 und das weitere soll der Generalversammlung überlassen bleiben. Dieser Umstand hat die Mitglieder der Vereinigung veranlaßt, in ihrer großen Majorität zu beantragen, die Verschmelzung bis zum Jahre 1909 hinauszuschieben, wenn nicht der Verband zuvor anderweitige Schritte unternimmt.

Darauf fand eine längere Debatte statt. Sämtliche Redner waren überzeugt von der Notwendigkeit einer Verschmel-

zung im allgemeinen Interesse; aber eine bestimmte Erklärung seitens des Verbandsvorstandes, wie er sich auf der nächsten Generalversammlung zu den vereinbarten Bedingungen stellen würde, wurde verlangt.

Auch Genosse Fr. Kater beteiligte sich an der Debatte und schiedte voraus, daß er die Einigungsangelegenheiten durchaus nicht beeinflussen wolle. Nur die vom Referenten angeführten Behauptungen wolle er richtig stellen. Demnach sei die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften seit dem 7. Kongress nicht anarchofisch auch nicht syndikalistisch geworden, sondern ihre Tendenz sei eine sozialdemokratische. Auch Redner selbst lege Wert darauf, zu betonen, daß er (Kater) Sozialdemokrat sei und auch bleibe bis zum letzten Atemzuge. Auch hätte Redner noch niemals verkannt noch bestritten, daß ein einheitliches Vor- und Zusammengehen der Arbeiterschaft bei ihren Aktionen von absoluter Notwendigkeit sei. Es könne aber auch niemand aufstehen und behaupten wollen, die der Geschäftsmission angegliederten Gewerkschaften hätten die „Aktionen“ nicht solidarisch gehandelt. Aber man solle doch einmal bedenken, wela ein Gefühl einem beschleibt, wenn man bald ein Menschenalter für eine Organisationsform gekämpft und sich dieser geopfert hat, und man sehen muß, wie diese Organisationen nunmehr gewaltsam auseinander gerissen werden. Daß hierbei einem auch einmal die Feder austritt, könne man ihm wohl nachfühlen. Nachdem die Vertreter des Verbandes sich ebenfalls geäußert hatten, gelangte als Ergebnis der Debatte folgende Frage zur Abstimmung:

„Sind die Delegierten der 6. Konferenz geneigt, auf Grund der Vereinbarung, die jedoch für die Mitglieder der Vereinigung nur bis zur nächsten Generalversammlung des Verbandes 1909 als zu Recht bestehend zu betrachten sind, den Uebertritt zum 1. April 1908 zu vollziehen?“

Dies wurde mit 6 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Hierauf gelangte mit 14 gegen 9 Stimmen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Delegierten der 6. Konferenz erkläre im Punkt 3 der vereinbarten Bedingungen zu wenig entgegenkommen von seiten des Zentralverbandes. Aus diesem Grunde ist die Verschmelzung bis zur nächsten Generalversammlung des Verbandes zu verlagern. Die 6. Konferenz fordert mit aller Energie das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Ortsvereine und erwartet von der Generalversammlung des Verbandes die Zustimmung.“

Damit ist die Einigung nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

Der 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften wird seitens der Vereinigung der Schiffbauer durch 3 Delegierte besetzt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung lehnte der bisherige Vertrauensmann eine Wiederwahl ab. An dessen Stelle wurde Max Janke gewählt. Der bisherige Kassierer Otto Grafe wurde einstimmig wiedergewählt. In den Ausschuss wurden Hans und Gustav B u l f f wiedergewählt.

Nach Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ erfolgte Schluß der 6. Konferenz.

## Deutsches Reich.

### Auf einen zehnjährigen Bestand

Kam jetzt auch der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen zurückerblicken. Mit dem 1. Januar 1908 trat diese Gewerkschaft ins Leben, nachdem seit dem Jahre 1891 einige lokale Kellnervereinigungen bestanden, die sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen hatten. Dem Zentralverband traten mit dem 1. Januar 1908 nur neun Lokalvereine mit 915 Mitgliedern bei. In den nächsten zwei Jahren brachte es die Organisation nur auf 12 Verwaltungstellen mit 1887 Mitgliedern. Auch in der Folgezeit hat sich diese Gewerkschaft nicht einer so rapiden Entwicklung zu erfreuen gehabt, wie wir sie an einer großen Zahl anderer Zentralverbände beobachten konnten. Wenn wir aber die großen Schwierigkeiten bedenken, die sich der Agitation in den Kreisen der gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten entgegenstellten, dann wird man die erzielten Erfolge immerhin als sehr erfreulich bezeichnen müssen. Langsam aber stetig hat der Verband seine Reihen vergrößert, immer aber ist die Zunahme in größeren Proportionen erfolgt. Der letzte Verbandstag (April 1906) vereinigte erst 3908 Mitglieder, das Jahr 1907 schließt mit etwa 7000 Mitgliedern in 65 Jahrestellen ab. Hierzu kommen 500 Mitglieder, die der Verband der Café-Angestellten durch seinen Anschluß dem Zentralverbande zuzählt. Der Gastwirtsgehilfenverband markiert also mit schnellen Schritten auf das erste zehntausend Mitglieder los. In etwa Jahresfrist soll der Zusammenstoß mit dem Hotelbediener-Verband, der heute etwa 3000 Mitglieder zählt, vollzogen werden. Dann wird allmählich die Zeit kommen, wo auch die vielgeplagten gastwirtschaftlichen Angestellten ihren berechtigten Forderungen mehr Nachdruck verleihen können. Keine Arbeiterkategorie hat es mehr nötig, als gerade diese.

### Achtung, Former und Siebereiarbeiter!

In Chemnitz bei der Firma Chemnitzer Eisengießerei-Gesellschaft befinden sich die Former, Maschinenformer und Artnmacher wegen Reduzierung der Astarpreise im Streik. Deshalb ersuchen wir die Kollegen, etwaige Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen. Chemnitz ist bis auf weiteres für Former und Siebereiarbeiter gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Explosion.

Bremen, 2. Januar. Folgeschwere Explosionen fanden heute abend an 4 verschiedenen Stellen im Telegraphentunnel statt, bei welchen ein Telegraphenarbeiter schwer verletzt wurde. Die eisernen bzw. Steinplatten auf den Einstiegschächten wurden mit großer Gewalt in die Luft geschleudert; durch den Luftdruck wurden mehrere Schaufenster eingedrückt. Die Feuerwehre eilte sofort zur Hilfeleistung herbei und leitete die Aufräumungsarbeiten. Die Ursache ist zurzeit noch unbekannt.

### Auf dem Eise eingebracht.

Krefeld, 2. Januar. (W. B.) In Sterkrade ist gestern eine Anzahl Personen auf dem Eise eingebracht. Zwei Mädchen und ein Knabe wurden bisher als Leichen gelandet.

### Streik der Verkehrsangehörigen.

London, 2. Januar. (W. T. B.) Ungefähr tausend Schaffner und Führer der hiesigen Motoromnibusse sind infolge der Mitteilung, daß ihr Gehalt herabgesetzt werden würde, da die Motoromnibus-Gesellschaften durch den Wettbewerb der neuen Tunnelbahnen Verluste erleiden, in den Ausstand getreten. — Von den Angestellten der elektrischen Straßenbahn streiken nur noch die der Londoner Roadcar-Gesellschaft.

### Streik.

Wak, 2. Januar. (W. T. B.) Heute brach ein Streik in einer großen Anzahl hiesiger Raphthawerke aus.

### Bürger Cholera.

Konstantinopel, 2. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Tel.-Korr.-Bür.) In der Zeit vom 13. bis 31. Dezember sind in Keffa, Kordina, Jambo und Dschedda sowie im Lazarett von Ebusab 565 Cholerafälle vorgekommen, von denen 417 tödlich verliefen. **Gaul Singer & Co., Berlin SW, Pier zu 3 Reigen u. Unterhaltungsblatt**



Gewerkschaftliche und amtliche Streikstatistik.

I.

Ueber die in Deutschland vorkommenden Streiks und Aussperrungen, über deren Umfang, Dauer und Resultat wird von den Gewerkschaften durch deren Zentralstelle, die Generalkommission, seit dem Jahre 1890 eine Statistik geführt.

Während die gewerkschaftliche Streikstatistik aus kleinen Anfängen heraus sich zu einer der verdienstvollsten und wichtigsten Sozialstatistiken entwickelte und besonders in den beiden letzten Jahren erhebliche Erweiterungen und Verbesserungen erfahren hat, ist die amtliche Streikstatistik bis heute geblieben, was sie von Anfang an war: ein zwar umfangreiches, aber inhaltloses Werk, das jeder praktischen Bedeutung entbehrt.

Nach der gewerkschaftlichen Statistik haben in den 16 Jahren von 1890 bis 1906 insgesamt 14 922 Streiks und Aussperrungen in Deutschland stattgefunden. Davon in den letzten drei Jahren 7428 = 49,8 Proz. Im Jahre 1906 fanden 3480 Lohnkämpfe statt, an denen insgesamt 316 042 Personen beteiligt waren.

Die bisher höchste Zahl von Streikenden und Aussperrten wies das Jahr 1905 auf, nämlich 507 964. Im Jahre 1906 kamen durchschnittlich 218 Beteiligte auf jeden Lohnkampf, 1906 dagegen nur 91.

\* Siehe „Correspondenzblatt“ Nr. 50, Jahrg. 1907, Statistische Beilage Nr. 5.

Kämpfe. Es endeten von den Lohnkämpfen mit vollem Erfolg 1838 = 53,8 Proz., mit teilweisem Erfolg 765 = 22,1 Prozent, ohne Erfolg 714 = 20,9 Proz. Von 101 Kämpfen ist der Ausgang nicht bekannt und 62 Kämpfe waren am 1. Januar 1907 nicht beendet.

Wie sich die Streiks und Aussperrungen und deren Erfolge auf die

Industrie- und Gewerbegruppen verteilen, zeigt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Gewerbe, Streiks u. Aussperrungen, Beteiligte Personen, Ausgabe Mark, Mit vollem Erfolg beendete Kämpfe Zahl %, and Mit teilweisem Erfolg beendete Kämpfe Zahl %.

Die meisten Lohnkämpfe fanden demnach im Baugewerbe statt, die besten Erfolge aber hatten prozentual die Organisationen des Transportgewerbes.

81 Proz. aller Lohnkämpfe wurden von den folgenden 13 Organisationen geführt: Holzarbeiter 608, Maurer 590, Metallarbeiter 370, Zimmerer 257, Bauhilfsarbeiter 244, Transportarbeiter 156, Fabrikarbeiter 126, Schuhmacher 78, Textilarbeiter 72, Labararbeiter 70, Lötler 62, Maler 61, Lithographen 54, und 85,5 Proz. aller an den Lohnkämpfen beteiligten Personen entfielen auf die folgenden 13 Verbände:

Angriffstreiks fanden 1906 2045 statt. Von diesen endeten mit vollem Erfolg 1121 = 55,7 Proz., mit teilweisem Erfolg 538 = 26,7 Prozent und ohne Erfolg 321 = 15,9 Proz. Um Verkürzung der Arbeitszeit wurden 53 Streiks geführt, um Lohnerhöhung 919, um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung 832, um die Befreiung mitleidiger Personen 48 und wegen anderer Forderungen fanden 193 Streiks statt.

Abwehrstreiks wurden 1914 mit zusammen 38 930 Beteiligten geführt. Es endeten davon mit vollem Erfolg 575 = 57,7 Proz. und mit teilweisem Erfolg 120 = 12,0 Proz. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 18 147 = 46,7 Proz. und teilweisen Erfolg 5788 = 14,9 Proz. Ursachen des Abwehrstreiks waren bei 16 die Forderung der Unternehmer, aus der Organisation auszutreten, bei 268 Maßregelung, bei 322 Lohnerhöhung, bei 41 Verlängerung der Arbeitszeit. Die Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen führte in 136 Fällen zum Streik, desgleichen die Einführung einer

Fabrikordnung in 29 Fällen. Schlechte Behandlung der Arbeiter gab in 33 Fällen Veranlassung zum Streik und aus anderen Ursachen fanden 169 Abwehrstreiks statt. Die Gesamtzahl der von 1900 bis 1906 stattgefundenen Abwehrstreiks beträgt 4256. Beteiligt waren daran 162 663 Personen. Vollen Erfolg hatten davon 2163 Streiks und 75 796 Personen, teilweisen Erfolg 966 Streiks und 27 331 Personen.

Aussperrungen fanden 421 statt, und zwar wurden ausgesperrt insgesamt 93 356 Arbeiter und Arbeiterinnen. In den Jahren 1900 bis 1906 fanden insgesamt 1005 Aussperrungen statt, wobei 344 449 Personen ausgesperrt worden sind. Von den Aussperrungen des Jahres 1906 endeten 142 = 34,6 Proz. mit vollem Erfolg für die Arbeiter.

Von den sämtlichen 3480 Lohnkämpfen des Jahres 1906 wurden 2626 = 75,4 Proz. durch Vergleich beendet, und zwar 574 durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern, 1247 durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der örtlichen Organisation der Arbeiter. In 520 Fällen wurden die Verhandlungen von Vertretern der Unternehmer und Vertretern des Zentralvorstandes zusammen mit Vertretern der örtlichen Organisation geführt und in 24 Fällen unterhandelten die Vertreter des Zentralvorstandes mit den Vertretern der Unternehmer allein. Vor dem Einigungsamt resp. dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurden 153 und vor dritten Personen 108 Vergleiche abgeschlossen.

Ueber die Organisationszugehörigkeit der Streikenden oder Aussperrten

enthält die Statistik folgende Angaben: Von den 316 042 überhaupt an Streiks und Aussperrungen Beteiligten waren 264 059 in die Streiklisten eingetragen, so daß deren Organisationsverhältnisse festgestellt werden konnten. Es waren gewerkschaftlich organisiert 234 171 = 88,7 Proz. der in den Streiklisten Verzeichneten oder 74,1 Proz. aller an Streiks und Aussperrungen Beteiligten. 6 Monate vor Beginn des Kampfes waren organisiert 156 947 = 59,4 Proz. der in die Streiklisten eingetragenen Personen. Daran zeigt sich die richtige Fluktuation in dem Mitgliederbestande der Gewerkschaften, die denselben die Durchführung ihrer Kämpfe erschwert und die nur durch den weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften nach und nach beseitigt werden kann.

Prozeß Harden.

(Zweiter Tag.)

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landger. Dir. Lehmann erklärt der Verteidiger Justizrat Gerstlein: Der Angeklagte ist gestern abend sehr schwer erkrankt. Ich bitte, den Professor Eisenberg über den Zustand des Angeklagten zu hören.

Prof. Dr. Eisenberg: Ich kann erklären, daß Herr Harden gegenwärtig so krank ist, daß er nicht kommen kann. Er klagt über schwere Kopfschmerzen, der Puls ist viel schwächer geworden, der Kranke ist in Schweiß gebadet und vermag kaum die Augen zu öffnen. Er befindet sich in einem derartigen Zustande der Erschlaffung, daß ich es für unmöglich erklären muß, daß Herr Harden heute hierher kommt. Ich habe angeordnet, daß er den heutigen Tag über im Bette bleibt; wenn das geschieht, so ist es nicht unmöglich, daß er sich soweit im Laufe des Tages erholt, daß er morgen kommen kann. Bisher aber hat jeder Versuch des Herrn Harden, sich emporzurichten, einen Ohnmachtsanfall zur Folge.

Gerst.: Würde vielleicht eine Verhandlung in der Wohnung des Angeklagten möglich sein?

Prof. Dr. Eisenberg: Ich glaube, Herr Harden wird bei seinem jetzigen Zustand nicht in der Lage sein, der Verhandlung zu folgen. Morgen könnte er vielleicht vor Gericht erscheinen.

— Professor Albert Hoffa, einer unserer bekanntesten Orthopäden, ist auf der Reise in Köln gestorben, als er eben von einer Konsultation in Annweiler zurückkehrte. Die Jüdischerkrankheit, die zur Verfallung der Herzgefäße führte, hat seinem Leben ein frühes Ende bereitet. Hoffa war als Sohn eines deutschen Arztes 1860 in der Apokalypse geboren, hatte in Deutschland seine Studien gemacht und in Würzburg das Arbeitsgebiet, auf dem er später eine so fruchtbar Tätigkeit entfaltete, die Orthopädie, gefunden. Der Laie spricht der unglücklichen Menschen dank seiner praktischen Genialität durch die von ihm konstruierten Apparate wieder den Gebrauch ihrer Glieder ermöglicht hat, regte Hoffa an, dieses System der Stützapparate und ähnlichen Glieder in wissenschaftlicher Weise auszubauen. Hoffa entwickelte bereits in Würzburg als Praktiker, als Professor, als Operateur, als Lehrer und Darsteller eine äußerst mannigfache Tätigkeit. Daß diese Heilmethode der Apparate endlich auch die gebührende wissenschaftliche Beachtung und Anwendung gefunden hat, ist zu gutem Teil sein Verdienst. Seine Methode, die angeborene Hüftgelenkverrenkung operativ zu behandeln, ist allgemein anerkannt, sein Gebrauch der orthopädischen Chirurgie maßgebend geworden. Als Hoffa dann nach Berlin berufen wurde, steigerte er seine Leistungen aufs äußerste. Seiner menschenfreundlichen Natur war es der schönste Erfolg, daß das für krüppelhafte Kinder bestimmte Cecilienheim in Hohenzehn geschaffen und seiner Leitung unterstellt wurde.

— Der Jar verbietet. Der russische Bühnenschriftsteller Viktor Petropowitsch hatte ein Tendenzstück geschrieben: „Die schwarzen Raben“, in dem das Sektentum und besonders die Anhänger des Kronstädter Priesters Johann geißelt werden. Das Stück hatte einen starken Erfolg. Am Sonntag erschien aber der Bischof von Saratow bei Stolypin und drang darauf, das Stück zu verbieten. Da Stolypin sich weigerte, forderte der Bischof beim Jar eine Audienz nach, deren Resultat das absolute Verbot der „Schwarzen Raben“ war.

— So lebe die Astrologie! Die deutschen Astrologen wollen nicht länger in ihrer Verkommenheit und Vereinfachung verharren. Sie wollen einen Standverein gründen und verlangen in jeder Weise Verächtlichung. Wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, will der Verein Kosmos — also nennt sich die Organisation der Reichsdeuter — Wanderlehrkurie für Astrologie einrichten und nicht minder will man darauf hinwirken, daß die Bedeutung und der Wert der Astrologie „der gebührenden Würdigung der Astrologie“, im öffentlichen Erziehungsweesen berücksichtigt wird. Sämtlich soll jeder gewerbemäßige Astrologe genießen, der eine Forderung von einer aus Mitgliedern des Vereins zusammengelegten Kommission besteht. „Das Volk der Denker soll doch vorankommen, wenn es gilt, einer unterdrückten Wahrheit zum Siege zu verhelfen.“ Der Verein besitzt auch schon ein Organ, das Zentralblatt für Kosmos, in dem es an kulturpathologisch recht intervenierten Don Luxorien gegen die „Materialisten“ keineswegs fehlt. Der Verein wird auch in Berlin schließlich in der besten Gesellschaft Anhänger und Mitglieder genug finden.

Kleines feuilleton.

Theater.

Schiller-Theater O. „Philister“, Lustspiel in drei Akten von Johannes Wiegand. Das Publikum des Schiller-Theaters nahm das Wiegand'sche Lustspiel in freudiger Silvesterstimmung dankbar auf. Der Verfasser, der mehrmals vor dem Vorhange erscheinen konnte, gehört dem Kreise der politisch und religiös freimütigen Bremer Volksschullehrer an, der sich das preussische, reaktionäre Bevormundungssystem nicht, wie sonst überall im Lande, schickswiegend gefallen lassen will. Es ist bezeichnend, daß ein Piarer und ein Schullehrer in der Spielbürgerstunde des Stückchens am besten als Heuler und als Müßiggänger abscheiden; was indessen den Bremer Senat nicht gestört hat, nach einer erfolgreichen Aufführung dem Autor einen vorläufig einjährigen Urlaub für weitere literarische Arbeit zu bewilligen. Es war kein übler Einfall, Philisterleuten durch die Reflexe, welche die plötzliche Ansicht auf eine Millionenerbacht in ihnen auslöst, zu belehren. Jedoch die Ausführung weicht mit der gegebenen Situation im Komödienthume nicht viel anzufragen. Die bloßen Unwahrscheinlichkeiten überwiegen das lustspielmäßige Ueberrosthende und die Absichten treten, die Tendenz in Ehren, allzu absichtsvoll, zu wenig durchspinnen und verwebt mit Momenten konkreter Charakteristik hervor. Die Eltern Niemann, das Fräulein Lötter, Seel- und Schulforsger, die bei Gelegenheit der angeblichen Niemannschen Erbschaft ihr Herz entdecken, blamieren sich nach Kräften und müssen dann am Schluß erleben, daß der Verlorbene sein Vermögen statt für jene, für eine simple Schullehrerin, die so wenig wie ihr Bräutigam, der freie und feinsinnige Doktor Müller, den Wert des Geldes zu schätzen weiß, bestimmt hat. Der Doktor wird davon ein Altersjahr für solche, die um ihrer Ueberzeugung willen Amt und Brod geopfert haben, gründen! Herr Reichhoner war als Johann Niemann von einer ausgelassenen Possenkomie, die, wenn auch zum sonstigen Stil nicht gerade passend, sehr viel zu dem Erfolge beitrug. Marie Gundon und Gusti Veder gaben der Hausnatur der weiblichen Elms, Herr Werner Kahlle der Vonhonte des Doktors charakteristischen Ausdruck. Den Abschluß des Abends bildete in einer ausgezeichneten Besetzung Hartlebend lustige Komödie vom abgerissenen Knopf.

Humoristische.

1907—1908.

Hauptfide ist jetzt, wie wir wissen, Die böse 7 ist rausgeschmissen, Und kehrt für alle Menschenbrüder In dem Jahreshut gewiß nicht wieder; Daß dieses Jahr es besser macht Als das mit 7 — habet 81

— Sybia 1908. Durch die hohen Milchpreise werden die Kühe größenwahnsinnig und wollen sich nur noch von „Herren im Prod“ melken lassen. — Bernhard Dernburg tritt seine zweite Afrika-reise an: der Vorhut halber nimmt er sich von Gorchard ein Viertelpfund Pottasch mit. — Durch ein besonderes Geleß werden drei alte Adetten von allen anderen Dienstleistungen befreit. — König Leopold schenkt seiner lieben Freundin Vaughan den Kongoplat, in dem sie sich als Frauenkönigin krönen läßt. — Italien erhält ein neues Ministerium: Rafi, Rinaldo Rinaldini, Pro Diavolo.

(Lustige Blätter.)

Notizen.

— Theaterchronik. Der Vorstand der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen und die Vertretung des Schiller-Theaters in Berlin haben beschlossen, das Märkische Wander-Theater bis zum 1. April 1908 fortzuführen. Die künstlerischen Leistungen haben allerseits lebhafteste Anerkennung gefunden, so daß die beteiligten beiden Gesellschaften gern weitere finanzielle Opfer übernehmen haben. Es ist zu hoffen, daß das Unternehmen ein dauerndes wird. Diese Möglichkeit besteht allerdings nur dann, wenn Vereine, Gemeindebehörden und Privatpersonen auch weiterhin ihr Interesse für die Sache betätigen. Im Januar spielt das Theater u. a. in Pflersberg, Seeslow, Storfow, Kauen, Neu-Ruppin, Gransee, Jeddens, Tempin, Strig, Wittenberge, Pritzwalk. Es ist in Aussicht genommen, auch der Mark benachbarte Orte in Pommern, Mecklenburg, der Provinz Sachsen und Niederhessen zu besuchen. Alle Anfragen beantwortet die Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen, Berlin NW., Lüderstr. 6.

— Der Berliner Goethe-Verein will über soll sich nach dem „Berl. Tagebl.“ auflösen. Wenigstens ist das klug und klar beantragt. Als der Goethe-Verein als Folge der Protestbewegung gegen die Leg. Geinge im Jahre 1900 gegründet wurde — gleichzeitig in verschiedenen Städten —, da glaubte manch Christler aus dem Volk der Künstler und Schriftsteller, eine neue Epoche deutschen Geisteslebens stände vor der Tür. Aber die Herren, die die Bewegung führen sollten und im Wortemachen groß genug taten, leisteten sie, als es zu arbeiten und mit den Massen Fühlung zu gewinnen galt, aufs tote Gleich. Niemand ist eine elementar entstandene Bewegung so lässig verpufft wie die Goethebundfrage. Als in München die Vorstandsmittelglieder der dortigen Sektion das Geld verreckt hatten, hörte ihr Interesse am Bunde ab. In anderen Orten (Bremen, Stuttgart) suchte man wenigstens praktisch etwas zu leisten. Der Berliner Bund verlor in einen sehr ausgedehnten Winterurlaub, den nur noch der Auflösungsbeschluss auf einen Moment unterbrechen wird. Es ist nicht schade drum. Das liberale Bürgertum, das sich gern als Hüter der Kultur ausspielt, hat noch einmal mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß es zu diesem Amt weder Kraft noch Fähigkeit besitzt.



**Vors.**: Das Herr Harden trotz seiner Krankheit der Verhandlung folgen kann, davon haben wir uns in den bisherigen Verhandlungen überzeugt.

**Prof. Dr. Eisenberg**: Aber nur mit der größten Anstrengung konnte er der Verhandlung folgen. Ich habe jede Verantwortung von vornherein abgelehnt, für den Fall, daß sich aus der Verhandlung eine Schädigung der Gesundheit des Herrn Harden ergeben könnte.

### Zwischenfall für Eulenburg.

**Oberstaatsanwalt Dr. Hienbiel**: Ich möchte noch eine Erklärung abgeben. Herr Justizrat Bernstein hat es nicht für gut befunden, dem Fürsten Eulenburg Abbitte zu leisten und Genugtuung zu gewähren. Er hat Bezug genommen auf eine Erklärung des Fürsten Eulenburg am 6. November im Grand-Prozess und hat diese Erklärung verglichen mit der des Fürsten Wilow. Das ist Geschwätz, darüber läßt sich nicht rechten. Jedenfalls folgt daraus nicht das mindeste für eine Schuld des Fürsten Eulenburg. Der Herr Fürst Schüpp zu Eulenburg hat den Strafantrag, wie er mir gestern ausdrücklich mitgeteilt hat, gegen Herrn Harden wegen Verleumdung mit Rücksicht auf die Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ deswegen nicht gestellt, weil er sich sagte, auf diesem Wege könne er sich keine Genugtuung verschaffen, insbesondere nicht nachweisen, daß er von jeder sexuellen Verfehlung völlig frei sei. In einem Verleumdungsverfahren gegen Harden würde nur erwiesen werden können, daß die Tatsache, Fürst Eulenburg habe sich legal verlehrt, nicht erweislich wahr sei. Dem Fürsten lag aber daran, daß diese Tatsache nicht bloß als nicht erweislich wahr, sondern als völlig unwahr erwiesen werde. Fürst Eulenburg hat deshalb nicht gegen Herrn Harden, sondern gegen sich selbst Strafantrag gestellt und gegen sich selbst Abbitte erlassen. Dem Antrag ist eine Untersuchung aus § 175 des St. G. B. einzuleiten. Dem Antrag ist stattgegeben worden, die Untersuchung ist eingeleitet und geführt worden und in ihr ist Herr Harden vernommen worden als Zeuge. Herr Harden hat nicht das mindeste gegen den Fürsten Eulenburg zu beklagen, sondern hat sich unter der Angabe, daß er ja sonst selbst wegen Verleumdung verfolgt werden könnte, darauf beschränkt, sein Zeugnis in dieser Beziehung abzulehnen. Der Staatsanwalt in Preußen hat infolgedessen das Verfahren gegen den Fürsten Eulenburg mangels jeden Beweises eingestellt und den Fürsten hierüber verständigt. Trotzdem wird nun dabei geblieben, daß der Fürst Eulenburg sich derartige Verleumdungen habe zuwenden können lassen. Wenn er das getan hätte einem klaren und einwandfreien Zeugnis gegenüber, daß er niemals eine Schmeichelei beantragen habe, so würde er sich des Meineids schuldig gemacht haben. Der Fürst bittet deswegen dringend jeden Meidenden, der noch einen Funken Gerechtigkeitsempfinden verspürt, ihn zu demütigen wegen Verleumdung der Ehre, indem der betreffende irgendeinen Zeugen dafür beibringen könnte, daß der Fürst sich eines Vergehens gegen § 175 oder irgendeines anderen sexuellen Vergehens schuldig gemacht habe. Sofern eine solche Demütigung eingeleitet wird, würde von der Staatsanwaltschaft, wie ich verstehen kann, jeder Zeuge darüber vernommen werden, möge er wohnen, wo er wolle, im Deutschen Reich oder im Auslande. Der Fürst scheint sich vor keinem Zeugen und es würde die Untersuchung gegen ihn unbedingt mit der größten Schroffheit eingeleitet werden, möge sie führen zu welchem Erfolge sie wolle. Fürst Eulenburg hat ferner darauf ausdrücklich hingewiesen, daß, wie festgestellt worden ist, Freiherr von Berger nicht auf seine Intentionen, sondern lediglich aus eigenem Antriebe zu verurteilen versucht hat. Als etwas Gegenteiles in den schöffengerichtlichen Verhandlungen zuwege zu treten schien, hat der Fürst sofort seine Rechtsvertreter nach Hamburg zu Freiherrn v. Berger geschickt und hat denselben befragt lassen, ob er wirklich behaupten wolle, daß er in seinem, des Fürsten, Auftrag oder auf sein Ansuchen irgendwelche Vermittelungen geführt habe. Freiherr v. Berger hat damals erklärt, daß er lediglich aus eigenem Antriebe gehandelt habe und daß alles wahr sei, was Fürst Eulenburg hierüber erklärt habe. Freiherr v. Berger hat ausdrücklich auch erklärt, daß er nichts über die Abreise nach Territet auf Ansuchen des Fürsten...

**Vorsitzender**: Gehört denn das noch zur Sache, Herr Oberstaatsanwalt? Bisher habe ich angenommen, daß Sie mir eine Erklärung des Fürsten Eulenburg vorbringen wollten. Ich bitte, nur diese Erklärung abzugeben und nicht auf die Sache einzugehen, denn das würde sonst schließlich einen Revisionsgrund bilden.

**Oberstaatsanwalt**: Ich sage das alles als Erklärung des Fürsten Eulenburg. — **Vorsitzender**: Herr Harden würde aber sagen können: „Darauf würde ich erwidern, wozu ich jetzt nicht in der Lage bin.“ Bis jetzt habe ich die Erklärung lediglich aufgefaßt als eine Erklärung des Fürsten Eulenburg zu seiner Rechtfertigung, die mit der Sache nichts zu tun hat. Jetzt aber würde ich bedeuten, als Sie auf die Sache eingehen wollten. Genügt es nicht, was Sie bisher gesagt haben? — **Oberstaatsanwalt**: Noch nicht ganz! — **Vors.**: Dann bitte ich, das andere lieber zu sagen, wenn der Angeklagte da sein wird. — **Oberstaatsanwalt**: Wir verhandeln ja jetzt gar nicht, weil der Angeklagte nicht hier ist. Was ich sagte, war eine Erklärung außerhalb der Verhandlung. — **Vors.**: Ich habe doch Bedenken. Ich möchte doch keine Gründe zur Revision schaffen. — **Oberstaatsanwalt**: Ich muß mich fügen, sage mich aber blutdröckig Vergessen und muß mich vorbehalten, sobald Herr Harden da ist, alles zu wiederholen. Ich möchte nur noch eine Erklärung abgeben auf Wunsch des Herrn v. Bernhöfer. Es könnte zu Mißverständnissen führen, daß ich ihn als nach den Behauptungen Hardens zur Gruppe gehörig angegeben hätte und nicht erwähnte, daß Herr Harden dies ausdrücklich zurückgenommen hat.

**Vors.** (einfachend): Das gehört auch wieder zur Sache.

### Die Weiterführung der Verhandlung.

**Oberstaatsanwalt**: Herr Harden liegt gegen kranke Leute sehr mitleidlos zu sein. Als damals Fürst Eulenburg wegen schwerer Erkrankung hier nicht erscheinen konnte ohne Gefährdung seines Lebens, da wurde Herr Harden gefragt, ob es ihm gleichgültig sei, daß, wenn der Fürst erkrankt würde, hier zu erscheinen, er plötzlich tot zusammenbräche. Er beantwortete diese Frage mit einem kalten Ja. Ich glaube, einem solchen Manne gegenüber darf man auch bei einer Erkrankung ziemlich hart sein. Das Ausbleiben des Herrn Harden könnte ja den Erfolg haben, die ganze Verhandlung zumachen. Wir müssen alles versuchen, um heute noch weiterzuverhandeln. Ich beantrage deshalb, die Herren Med. Rat Dr. Hoffmann und Geh. Rat Zwillingberg sofort zu Herrn Harden zu entsenden und schlußfertig, ob eine Verhandlung in der Wohnung des Herrn Harden heute noch möglich ist. Wenn die Sachverständigen diese Möglichkeit bejahen, so beantrage ich, daß sich der genannte Gerichtshof noch heute in die Wohnung des Herrn Harden begibt und unter möglicher Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit die Verhandlung zu Ende führt. Sollten die Verate zu dem Ergebnis kommen, daß heute eine Verhandlung nicht möglich sei, so bitte ich weiter zu prüfen, ob die Verhandlung morgen hier stattfinden kann.

**Justizrat Bernstein**: Ich teile die Ansicht des Vorsitzenden, daß Erklärungen im gegenwärtigen Augenblick prozessual bedenklich sind. Ich begnüge mich deshalb in Bezug auf den Fürsten Eulenburg damit, zu erwidern: Für mich ist Fürst Eulenburg ein Greis wie jeder andere. Er hat etwas ausgegagt und, ein Teil dieser Aussage mußte von der Verteidigung bezweifelt werden. Alles weitere kann die Verteidigung nicht kümmern. Was das vom Herrn Oberstaatsanwalt wiederholte Wort „Abbitte“ betrifft, so betone ich, daß der Oberstaatsanwalt keinesfalls in Bezug auf die Frau v. Elbe gesagt hat: „Der Zeugin glaube ich kein Wort!“ Das ist ein unglückliches Mißverständnis der Verteidigung zuzuschreiben. — Was die angeklagte Äußerung des Herrn Harden betrifft: es sei ihm gleichgültig, ob jemand tot zusammenbricht, so weiß ich von solcher Äußerung nichts und überlasse es Herrn Harden, sich hierzu zu erklären. Aber ich muß bitten, zu Protokoll zu nehmen, daß der Oberstaatsanwalt das Wort ergriffen und diese seine Ausführungen gemacht hat. Ich lege Wert darauf, daß protokolllarlich

festgestellt werde, daß der Oberstaatsanwalt Erklärungen abgegeben hat.

**Vors.** (einfachend): Dr. Lehmann: Ich habe den Herrn Oberstaatsanwalt sofort unterbrochen, als er etwas sagte, was nach meiner Meinung nicht zur Sache gehörte. Als der Oberstaatsanwalt anfang zu reden, habe ich ihn also sofort unterbrochen und der Oberstaatsanwalt hat sofort geschwiegen.

**Justizrat Bernstein**: Ich bestätige, was der Herr Vorsitzende soeben gesagt hat, bitte aber trotzdem zu protokollieren, daß der Herr Oberstaatsanwalt im Namen des Fürsten Eulenburg eine Erklärung abgegeben hat.

**Oberstaatsanwalt Dr. Hienbiel**: Dann bitte ich aber auch zu Protokoll zu nehmen, daß ich sofort geschwiegen habe, als darauf hingewiesen wurde, daß meine Worte nicht zur Sache gehörten.

**Justizrat Bernstein**: Ich weiß, daß Herr Harden alles daran liegt, die Sache zu Ende zu führen. So wäre für ihn nicht anständig und auch nicht vernünftig, die Sache zu verwickeln. Ich habe also nicht das geringste gegen den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, möchte aber doch zu bedenken geben, daß die Vernehmung Hardens in seiner Wohnung unter unglücklicher Verächtlichkeit der Öffentlichkeit mir strafprozessual sehr gefährlich scheint und wenn bei diesem modus procedendi gegen die Strafprozessordnungs-vorschriften gefehlt würde, so würde es Pflicht der Verteidigung sein, dagegen ihre Maßnahmen zu treffen. Vielleicht warten wir lieber ab, ob Herr Harden morgen zur Stelle sein kann.

**Der Gerichtshof beschließt**: Der Gerichtsrat Medizinalrat Dr. Hoffmann soll sich zum Angeklagten hinaus begeben, diesen untersuchen und über seine Termine- und Verhandlungsfähigkeit sich gutachtlich äußern. — Auf die Bitte des Medizinalrats Hoffmann beteiligt sich auch Prof. Eulenburg an der Untersuchung.

Beide Sachverständige begeben sich sofort per Automobil nach dem Grunewald.

Die Verhandlung wird bis 1 Uhr vertagt.

### Der Befund.

**Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 1 Uhr erklärt Geheimrat Prof. Eulenburg**:

Wir fanden Herrn Harden im Bett liegend und in einem Zustande nervöser Erschlaffung, der für uns nach bester Ueberzeugung die Verhandlungsfähigkeit ausschließt. Irgend eine Veränderung örtlicher Natur in dem früheren Befunden konnten wir nicht feststellen. Die rechtsseitige Brustentzündung besteht weiter und Fiebererscheinungen sind nicht aufgetreten. Wir sind daher der festen Ueberzeugung, daß Herr Harden morgen wieder verhandlungsfähig sein wird, möchten aber den Antrag stellen, daß zur größeren Sicherheit dem Angeklagten die Morgenstunden noch etwas mehr zu seiner Ruhe und Erholung auszumengen. Gelegenheit gegeben und deshalb die Verhandlung morgen erst um 11 Uhr begonnen wird.

**Oberstaatsanwalt**: Herr Harden hat selbst in Aussicht gestellt, daß er morgen kommen werde?

**Geheimrat Professor Eulenburg**: Jawohl, in feste Aussicht.

**Medizinalrat Dr. Hoffmann**: Ich kann mich den Ausführungen des Geheimrats Eulenburg nur anschließen.

**Vorsitzender**: Das Gericht hat beschlossen: Die Verhandlung wird bis morgen 11 Uhr vormittags ausgesetzt.

## Konferenz der Drechsler Deutschlands.

Leipzig, 31. Dezember.

Zunächst wird über das Referat Dahlke's und über die zu diesem Punkt gestellten Anträge diskutiert. Die Anträge verlangen teils die Abschaffung, teils die Regelung der Affordarbeit. Die verschiedenartige Auffassung, ob Lohn- oder Affordarbeit für die Arbeiter das vorteilhaftere sei und welche Entlohnungsart zu einem Einheitsstarif führe, kommt in der Debatte sehr drastisch zum Ausdruck. Im allgemeinen ist die Auffassung von der Affordarbeit als der jetzt beizubehaltenden Entlohnungsart in den Kreisen der Drechslergeschäften vorherrschend.

**Leipziger** meint, daß die Konferenz nicht zu entscheiden habe, ob Afford- oder Lohnarbeit, man solle sich auf praktische Beschlüsse beschränken. Zunächst komme ja wohl nur ein Einheitsstarif für Maschinenarten in Betracht.

**Deinhardt** führt aus, daß ein Einheitsstarif nur auf der Grundlage der Affordarbeit aufgestellt werden könne. Die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit sei keine gewerkschaftliche, sondern eine politische (? Red.), indem sie mit der Beseitigung des Kapitalismus zusammenfalle. Die Lohnarbeit sei nichts weiter als verschleierte Affordarbeit. Von der Auffassung müßten sich die Drechsler aber auch befreien, als ob die Maschine in ihrem Gewerbe keinen weiteren Eingang finde und nicht immer mehr verbessert werde. In wenigen Jahren werde auch in der Drechsler der Großbetrieb herrschen und dieser werde die Drechsler zur Einführung eines Einheitsstarifs zwingen. Ein solcher Einheitsstarif beschränke sich aber dann auf bestimmte Grundformen, die den örtlichen Tarifen als Basis zu dienen hätten.

In seinem Schlußwort führte Dahlke aus, daß die Redner, die für die Abschaffung der Affordarbeit getreten haben, die Entlohnung des Gewerbes nicht genügend berücksichtigt hätten. Die schwächeren Gehältern würden durch die Lohnarbeit geschädigt, weil bei dieser die Leistung eines tüchtigen Gehältern als Minimalleistung angesehen werde. Der einzusetzenden Zentralkommission seien die Lohnlisten aller Orte einzuschicken, aus denen dann die Grundlage für einen Einheitsstarif geschaffen werde. Folgende Beschlüsse wurden hierauf gefaßt:

I. Im Hinblick darauf, daß die Holzdrechsler zum sehr großen Teil mit Tischlern in Fabrikbetrieben zusammenarbeiten, wird der Hauptvorstand ersucht, die Zahlstellenverwaltungen anzuhalten, bei eintretenden Forderungen oder Tarifabschlüssen für die Tischler die Geltung derselben auch auf die Holzdrechsler auszuweiten.

II. Angesichts der so unterschiedlichen Arbeitssysteme im Drechslergewerbe wird die Zentralkommission der Drechsler beauftragt, über die Frage der Afford- und Pensumarbeit sowie Mindestlohn Aufklärung in den Kollegenreisen zu schaffen, um ihnen den Vorteil eines geregelten Lohnsystems zum Bewußtsein zu bringen.

III. Die Einführung von Minimallohnlisten unter Zugrundelegung eines Minimallohnes ist anzustreben.

IV. Die Einführung eines angemessenen Mindestlohnes für jeden Ort und dessen Garantie bei Affordarbeiten ist ebenfalls anzustreben.

In der Nachmittagsitzung referierte

**Leipziger** über

### Organisationsfragen.

Er behandelte die Drechslerorganisationen vom Jahre 1888 an. Nachdem im Jahre 1893 der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet worden war, haben die Drechsler auf ihrer Konferenz in Kassel gegen eine harte Minderheit die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband beschlossen. Die über die Mitgliederzahl geführte Statistik weist aus, daß, abgesehen von Einzelgängen, der Beitritt der Drechsler zum Holzarbeiterverband weit stärker war als vordem zur Drechslervereinerung. Die Zahl der organisierten Drechsler im Holzarbeiterverband betrug 8946 gegen 1888 im Jahre 1893 bei der Verschmelzung. 2940 Drechsler standen im Vorjahre mit in der Lohnbewegung.

Aber ebenso erstrebt wie der organisatorische Aufbau sei auch die erreichte Besserstellung. Der Redner behandelte dann die Frage der Einsetzung einer oder mehrerer Zentralkommissionen, deren Lösung und Entscheidung er der Konferenz überläßt. Für die Holz- und die Gummidrechsler bestehen schon Zentralkommissionen. Es frage sich nun, ob diese bestehen bleiben sollten und ob für die anderen Branchen auch solche zu wählen seien, oder ob für das gesamte Drechslergewerbe eine einzige Kommission eingesetzt werden solle. Selbstverständlich könne es sich bei den Kommissionen nicht um Zentralstellen neben dem Verbandsvorstand handeln, sondern um diesem untergeordnete Glieder.

An der nun folgenden Diskussion wurde neben der Frage über die Einsetzung einer oder mehrerer Zentralkommissionen auch die wegen der Sektionsbildung innerhalb der Verwaltungsstellen behandelt.

Mit der Annahme folgender Anträge war dieser Punkt erledigt:

1. Die Zentralkommission der Stoddrechsler wie die der Paragummidrechsler, zu denen auch die Zellulosearbeiter gehören, bleiben bestehen. Der Sitz der ersteren ist Berlin, der der zweiten Kassel.

2. Für die Knapfarbeiter wird eine Zentralkommission eingesetzt, deren Sitz nach einem Beschluß der Knapfarbeiter Schmölln werden soll; doch ist dies noch nicht definitiv, da sich der Vorstand noch darüber auszusprechen hat.

3. Für die übrigen Branchen der Drechsler: Horn, Holz usw., wird eine Zentralkommission mit dem Sitz in Leipzig eingesetzt.

Des Weiteren wurden einige Anträge angenommen, die sich mit der Tätigkeit der Zentralkommissionen beschäftigen.

Von allgemeinem Interesse ist die von der Knapfarbeiterkonferenz angenommene Resolution:

„Die in Leipzig tagende Konferenz der Verleumdeter, Steinmetz- und Hornknapparbeiter Deutschlands muß als Ergebnis der ausführlichen Debatten feststellen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Branchen als äußerst ungünstig zu bezeichnen sind. Die Löhne sind so niedrig, daß eine Aufbesserung dringend nötig ist; durch Verkürzung der Arbeitszeit in den meisten Betrieben muß ein Ausgleich herbeigeführt werden. Als erstrebenswert bezeichnen die Konferenz und fordert die Kollegen auf, für die Durchführung einzutreten: 1. Dort, wo eine längere Arbeitszeit vorhanden, Herabsetzung derselben auf wöchentlich 64 Stunden, und zwar mit Rücksicht auf die technische Entwicklung und die erhebliche Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen. 2. Vermeidung aller Ueberstunden. Wo solche unvermeidlich sind, ist ein Mindestzuschlag von 10 Pf. zu fordern. 3. Die Ruhepausen dürfen zu Nebenarbeiten, wie Aufsuchen und Wiegen von Material in der Steinerei, sowie Spalten der Knöpfe usw. in der Perlmutterbranche, nicht verwendet werden. 4. Dort, wo die Entlohnung noch blutzehntägig geschieht, muß für achtstägige Lohnzahlung eingetreten werden. 5. Werkzeuge, Leie, sowie sonstige Zubehöre zur Arbeit sind vom Unternehmer unentgeltlich zu stellen. 6. Dem einzelnen Arbeiter ist das Material in eingerichteter Zustand zur Verfügung zu stellen. Die Steinmetze müssen gefällig, die Büchsenmacher gefällig geliefert werden. Wo dieses nicht geschieht, ist diese Arbeit besonders zu bezahlen. 7. Das Prämienystem, wo es noch besteht, ist zu beseitigen und seiner Einführung energisch Widerstand entgegenzusetzen. 8. Das Ueberwurfsystem, wie es namentlich in Samolin noch üblich ist, ist abzuschaffen. Gleichwie der Unternehmer seinen Arbeitern zur 144 Stück als zum Groß gehörig liefert, müssen auch die Arbeiter verlangen, daß für sie diese Stückzahl als Groß berechnet wird. Die Bezeichnung „Groß“ an Stelle von „Klein“, die von den Unternehmern beliebt wird, ist, da dieses eine Schädigung der Kollegen bedeutet, zurückzuweisen. 9. An den einzelnen Orten sind einheitliche Preise für die gleiche Arbeit durchzuführen. In den einzelnen Orten und Betrieben sind Lohn- und Affordpreislisen unter Angabe der Art der Verfertigung der einzelnen Artikel, Verwendung der Maschinen usw., anzufertigen. Diese Listen sollen von einer Zentralstelle bearbeitet und zusammengestellt den einzelnen Orten zugeföhrt werden. Die Kollegen haben die niedrigen Lohnsätze in die Höhe zu bringen, um hierdurch einen Ausgleich herbeizuföhren. Für gleiche Arbeit ist auch für Arbeiterinnen der gleiche Lohn zu fordern. 10. Die Heimarbeit ist, wo es möglich ist, zu beseitigen und mit Entschiedenheit zu bekämpfen; dort, wo den Kollegen Gelegenheit hierzu geboten ist, haben sie aus sanitären und organisatorischen Gründen nur in den Betriebsräumen der Unternehmer ihre Arbeiten auszuführen. 11. Zur Aufrechterhaltung der engeren Verbindung unter den Knapfarbeitern innerhalb des Verbandes, zur Unterstützung des Verbandsvorstandes in der Agitation unter den Knapfarbeitern, zur Ausbittlung in beruflichen Fragen und zur Sammlung der bestehenden Preisbezeichnungen und deren Verarbeitung ist eine Zentralkommission eingesetzt. Diese Kommission soll auch Tarife und Affordpreise des Auslandes, insbesondere Oesterreichs und Italiens, sammeln und zusammenstellen und die deutschen Tarife mit den ausländischen Kollegen austauschen. 12. Um die Beschlüsse durchzuführen zu können, wird es sämtlichen Angehörigen der Knapfbranche zur heiligsten Pflicht gemacht, ihrer gemeinschaftlichen Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverbande, anzugehören und unausföhlich für dessen Ausbreitung tätig zu sein.“

Nachdem noch einige rein organisatorische Anträge und Wünsche diskutiert, wurde die Konferenz nach den üblichen Dankreden an die Leipziger Kollegen und an das Vorkenn um 7 Uhr abends mit einem Hoch auf den Verband und auf die internationalen Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

## Soziales.

### Rechtsprechung gegen Arbeiterkass.

Die Rechtsprechung unterhöht in wachsendem Maße die Arbeiterkassvorschriften insbesondere auf zwei Wegen. Einmal werden die gegen Unternehmer, welche Arbeiterkassvorschriften übertreten haben, auszuwendenden Strafen so niedrig gegriffen, daß die Gefährlichkeit der Strafe im Verhältnis zu dem Gewinn, den das geschwidge Verhalten des Arbeitgeberers gebracht hat, wie eine Aufforderung zu neuen Verletzungen der zum Schutze der Gesundheit von Arbeitern gegebenen Gesetze wirkt und mit Recht als Prämie für Gesetzesverletzungen durch Arbeitgeber bezeichnet wird. Dieser Mangel ist so unabweislich, die Darlegungen der Gewerbeinspektoren und der sozialdemokratischen Presse über diese als Hohn auf Sühngesetze empfundene Tatsache so eindringlich und einmündig, daß selbst die Gewerbeordnungs-novelle einen Vorschlag zur Verminderung der Zahl der Fälle gemacht hat, in denen die in der Regel ausfallend niedrige Strafe in einem für den Unternehmer recht günstigen Verhältnis zu dem Geldgewinn steht, den er durch seine strafbare Handlung erzielt hat. Die Novelle schlägt einige Erhöhungen der Minimalstrafen vor, leider ohne die Aburteilung Arbeiterkassern oder aus allen Teilen der Bevölkerung entnommenen, vom Volk gewählten Richtern zu übertragen.

Ein zweiter Weg, auf dem die Rechtsprechung gegen Arbeiterkassvorschriften revoltiert, ist der noch viel gefährlichere Weg der Fort-Interpretation der Sühngesetzungen. Fortbauernd haben wir Fälle zu registrieren, in denen gelebte Gerichte, leider aber auch Gewerbegerichte den Begriffen „Arbeiter“, „Gewerbe“, „Werkstätte“, „Fabrik“ so lange mit Exhaustoren, Infiltrationsapparaten und ähnlichen Fiktionen juristischer Handwerksbetriebe zusehen, bis alles Leben, Saft und Blut den mißhandelten Begriffen genommen ist und sie in ihr Gegenteil umgewandelt sind. Wir erinnern beispielsweise an die Umformung von Heimarbeitern oder von Kolonnenarbeitern, ja von Affordarbeitern zu Unternehmern; ferner an die in vergangenen Jahre vollzogene Degradierung der Werkstättenbetriebe der Eisenbahnen zu Richtergewerbebetrieben, an die Deklassation, eine Gohbetriebsfabrik sei keine Fabrik, — weil ihre Erzeugnisse künstlerischen Wert haben usw. Gelangt die Rechtsprechung durch die großdeutigen Fortwärtmittel erster Ordnung nicht zu dem ihr gemachten Ergebnis, so werden die feineren Apparate aus der Geheimkammer der Quartspalte-Abteilung in Anwendung gebracht. Verlangt auch dann noch alles Hantieren und Experimentieren in der juristischen Fingerei, dann gelingt hier und da ein Meisterstück juristischer Fingerei- und Akrobatentechnik „ohne alle Apparate“. Der Begriff wird seiner irdischen, gemeinen Hülle entkleidet.



jede Beziehung zum werktätigen Leben wird erfüllt und steht da: im Urteilen der juristischen Begriffslehre erhält die Rechtsprechung statt eines inhaltsvollen Begriffs das „Ding an sich“, losgerissen von allen Beschaffenheiten der Wirklichkeit. Dieser Extrakt wird als Wirklichkeit „tatsächlich festgestellt“ und — befreit ist der Unternehmer von der Arbeiterbeschäftigung. Das Ergebnis kann auch kein Staatsanwalt durch „tatsächliche Feststellung“, durch Darlegungen über Verletzungen von „Rechts“-Normen ändern. Eine der beliebtesten „Feststellungen“ geht dahin: Die und die Fabrik ist zwar eine Fabrik, aber der Fabrikbesitzer hat noch ein anderes Unternehmen, das das Hauptunternehmen ist. Die Fabrik ist nur ein Nebenbetrieb des keine Fabrik darstellenden Hauptbetriebes, also — ist die Fabrik keine Fabrik. Sola. Allah weiß es besser!

Unsere Leser wissen, daß wir mit dieser Kritik der gegen Anwendung von Arbeiterbeschäftigung gerichteten Rechtsprechung keineswegs übergen. Sondern gibt es keinen Jahresbericht der Gewerbeinspektoren, keinen Jahrgang einer Arbeiterzeitung, der nicht in Hülle und Fülle Beispiele für den beschriebenen Defekt unserer Gesetzgebung und den lassenden Riß zwischen Rechtsprechung und Rechtsbewußtsein bringt.

Vor kurzer Zeit hat wieder einmal eine Verhandlung vor dem Kammergericht einen Schussfall für solche Art juristische Interpretationskunst geliefert. Der Fall lag folgendermaßen:

Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter (§ 157 ff., § 154) in Verbindung mit der Bundesratsverordnung vom 13. Juli 1900, betreffend die Ausführungsbestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb, sollte Herr Jandorf als Direktor der Aktiengesellschaft Kaiser-Café und Kaiserkeller in Berlin übertragen haben. Er wurde dafür verantwortlich gemacht, daß in der Wäscherei jenes großen Restaurationsbetriebes, die mit elektrischen Motoren arbeitet, Arbeiterinnen Sonnabends nach 6 1/2 Uhr abends tätig waren, ohne daß ein Uebereinstimmungsverzeichnis für die an 40 Tagen zulässige Längerarbeit gemäß Ziffer 7 der Bundesrats-Verordnung geführt wurde.

Das Landgericht I sprach den Angeklagten frei und führte aus: Die angezogenen Bestimmungen fänden hier keine Anwendung, weil es sich bei der Wäscherei um keinen selbständigen Betrieb handle, sondern nur um einen Neben- oder Hilfsbetrieb eines anderen Unternehmens, das als Restaurationsbetrieb nicht unter die Bestimmungen falle. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision wurde vom ersten Strafsenat des Kammergerichts verworfen. Maßgebend wäre, daß die Wäscherei nur ein Anhängel des Gastwirtschaftsbetriebes sei. Sie sei deshalb weder eine Fabrik, noch eine Werkstätte. Es werde darin nichts hergestellt oder bearbeitet, was für andere Geschäfte oder Einzelpersonen bestimmt sei, sondern was im Restaurationsbetriebe verbleibe.

Dieser Ausböhler der winzigen Schutzbestimmungen durch die Rechtsprechung gegenüber ist eine klare einseitige Gestaltung der Rechtsverhältnisse aus dem Arbeitsvertrage, eine Vereinfachung des Gefährdungs von Ausnahmen, das unsere Gewerbeordnung in solcher Fülle liefert, daß die Regel fast verschwindet, vor allem aber die Mitwirkung von Arbeitern bei der Ueberwachung der Arbeiterbeschäftigungsvorschriften und bei der Aburteilung über Verletzungen der Arbeiterbeschäftigungsvorschriften dringend erforderlich. Die Gewerbeordnungsnovelle bedarf eines Ausbaues auch nach dieser Richtung hin.

### Is Krankheit oder Pietät ein Entlassungsgrund?

Die Firma Gebr. Jarozynski sendet uns unserm Bericht über die Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht über die Klage von Hrl. Looser gegen diese Firma in Nummer 304 eine Verurteilung unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes. Obwohl die Einleitung keineswegs den Anforderungen des zitierten Paragraphen entspricht, geben wir ihren wesentlichen Inhalt nachstehend wieder.

Herr J. fährt an:

1. Es ist nicht wahr, daß Hrl. Looser behauptet hatte, am Sonnabend, dem Tage nach der Verurteilung ihrer Schwester, krank gewesen zu sein. Wahr ist vielmehr, daß Hrl. Looser überhaupt nicht um Urlaub gebeten hatte und daß sie nur zu ihren Kolleginnen gelangt hat, sie werde des Trauerfalls wegen drei Tage zu Hause bleiben. Daraufhin ist ihr gesagt worden, sie dürfe nur am Freitag fehlen, am Sonnabend müsse sie im Geschäft sein, worauf sie das Geschäft verließ mit den Worten, ihre Mutter würde ihr das nicht erlauben.

2. Es ist nicht wahr, daß sie uns gegenüber ihr Fehlen am Sonnabend durch ein ärztliches Attest ausfandigt hat.

Wahr ist vielmehr, daß sie ohne weiteres am Sonnabend gefehlt hat; wahr ist weiter, daß wir sie durch Rohrpostbrief am Sonnabend aufgefordert haben, sofort im Geschäft zu kommen, widrigenfalls sie sofort entlassen sei. Auch daraufhin hat sie sich nicht mit Krankheit entschuldigt, sondern uns per Einschreibebrief mitgeteilt, daß sie die Entlassung nicht anerkenne.

Herr J. scheint anzunehmen, daß es nur darauf ankomme, was er vor Gericht behauptet hat, und zu überlegen, daß ein obitiver Bericht die Anführung des Klägers enthalten muß. Hrl. Looser hat vor Gericht behauptet, daß sie am Sonnabend krank gewesen sei, und sie hat dem Gericht ein ärztliches Attest vorgelegt. Das Gericht kam zur Beurteilung des Beklagten, weil kein Grund zur Entlassung vorlag. Auch können wir unseren Bericht nur in vollem Umfange aufrechterhalten.

## Aus Industrie und Handel.

### Der internationale Arbeitsmarkt im Jahre 1907.

Im ersten Halbjahre 1907 war der Beschäftigungsgrad in den wichtigsten Industrieländern so flott oder noch flotter als 1906. Von Juni aber trat eine plötzliche Wendung ein. Es trat namentlich in Amerika eine Stauung des zuzunehmenden Angebotes ein, der durch die stürzartige Rückkehr nach Europa in etwas abgeholfen wurde. In England waren in Prozent arbeitslos:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
1906	4,8	4,4	3,9	3,7	3,6	
1907	4,2	3,9	3,0	3,3	3,4	
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
1906	3,7	3,6	3,8	3,8	4,4	4,5
1907	3,6	3,7	4,0	4,3	4,7	5,0

Die ungünstige Wendung des Arbeitsmarktes ging auch in England von der Eisenindustrie aus. In der Robeisenindustrie war zwar die Beschäftigungsgelegenheit noch bis zum vierten Quartal flott, in den weiterarbeitenden Industriezweigen dagegen, so hauptsächlich im Maschinen- und Schiffbau trat schon frühzeitig ein Nachlassen der Beschäftigung ein und rief eine gestiegene Arbeitslosigkeit hervor. Die Situation am Arbeitsmarkt für Schiffbauarbeiter verwickelte sich so, daß im September die Arbeitslosigkeit 11,7 Proz. betrug gegen 6,5 Proz. im September 1906. Je mehr das ganze Jahr hindurch erhielt sich in der Textilindustrie eine befriedigende Nachfrage nach Arbeitskräften. Wenig befriedigend blieb die Lage des Arbeitsmarktes für Bauarbeiter.

In Frankreich, dessen Konjunkturschwankungen weniger direkt auf die Gestaltung der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes zurückzuführen sind, behielt der Arbeitsmarkt sein günstiges Gepräge

wesentlich länger als in England. Die Prozentziffern der Arbeitslosen waren in den einzelnen Monaten folgende:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
1906	11,8	11,5	9,4	8,5	7,7	
1907	7,8	9,3	7,4	7,1	5,9	
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
1906	8,5	6,3	7,5	5,9	7,5	7,9
1907	8,7	6,0	7,5	6,5	8,0	9,4

Querst wurde in der Automobilindustrie und in der Eisenindustrie der betragsmäßige Rückgang der Beschäftigung des Arbeitsmarktes offenkundig. Von hier breitete sie sich in der Metallindustrie langsam, aber entschieden weiter aus. Als befriedigend war die Lage des Arbeitsmarktes im Textilgewerbe zu bezeichnen, wenn auch in der Seidenindustrie von Lyon die tote Saison länger andauerte als in den Vorjahren. Die Bautätigkeit war lebhaft und sehr umfangreich, so daß immer Nachfrage nach Arbeitskräften bestand.

In Belgien setzte der Abstieg schon im Mai des Berichtsjahres ein, in welchem die Arbeitslosigkeit um 0,1 Proz. höher war als im Jahre zuvor. Eine vorübergehende Besserung von August bis Oktober konnte die ungünstige Wendung nicht mehr ausgleichen. Auch in Belgien ging die Depression vom Eisen- und Metallgewerbe aus, während im Bergbau und in der Textilindustrie die Beschäftigung das ganze Jahr hindurch immer noch befriedigend blieb. Ungünstig stellte sich aber sehr frühzeitig der Arbeitsmarkt in der für Belgien wichtigen Glasindustrie sowie im Handlungsgewerbe.

In Oesterreich wurde der Arbeitsmarkt nur wenig von dem Niedergang der Weltmarktkonjunktur beeinflusst. Die Andrangsziffern des Arbeitsmarktes zeigen sogar in den Monaten des laufenden Jahres noch eine ununterbrochene Abnahme gegenüber 1906, woraus freilich keineswegs schon auf den Beschäftigungsgrad selbst zu schließen ist.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigen die Arbeitslosigkeitssziffern bis zum September keine besonders unruhige Bewegung. Im August erst schenkte die Arbeitslosigkeitssziffer plötzlich und stark hinan. In den einzelnen Monaten betrug die Prozentziffer der Arbeitslosen:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
1906	7,8	4,6	1,9	2,3	0,9
1907	2,3	3,2	1,3	0,5	1,7
	Juni	Juli	August	September	
1906	1,5	1,4	1,8	3,2	
1907	0,2	1,7	5,8	2,2	

Auch in den Vereinigten Staaten ging der Niedergang des Beschäftigungsgrades vom Metallgewerbe aus; er setzte so früh und gleich so stark ein, daß dadurch der gesamte Arbeitsmarkt sofort empfindlich gestört wurde. Bald pflanzte sich der Niedergang auf das Eisen- und Stahlgewerbe fort.

**Diskontherabsetzung.** Ganz unvermutet überraschte die Bank von England am ersten Orienttag im neuen Jahre mit einer Herabsetzung des Diskonts. Und die Ermäßigung beträgt gleich ein volles Prozent; die Rate wurde von 7 auf 6 Proz. herabgesetzt. Die Veranlassung dazu soll das Nachlassen des Goldzuflusses in Amerika gewesen haben. Ob das der Anfang einer Erleichterung auf dem internationalen Geldmarkt ist, muß allerdings noch abgewartet werden.

**Schuldenschwierigkeiten.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Der Seaboard Airline, die viertausend Kilometer Eisenbahnen umfaßt, ist es unmöglich, die fälligen Verbindlichkeiten zu zahlen. Inzwischen läßt sich zwei Gesellschaften das für den Kupen erforderliche Geld für gewisse Unternehmungen vor. Jedoch ist anstehend durch den Konkursverwalter die Reorganisation des ganzen Systems wahrscheinlich. Einen dahin gehenden Antrag hat die Minorität der Aktionäre bereits an den Bundesrichter Brishard in Süd-Karolina gestellt. Die Kontrolle der Seaboard Airline ist in den Händen des Straßensahamagnaten Ryan, der gegen die Konkursverklärung ist. — Demselben Blatt zufolge wird die Bundesregierung demnächst Klage zur Auflösung des Harriman-Bahnen-systems erheben.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die proletarische Frauenbewegung im Jahre 1907.

Das verfloßene Jahr bedeutet einen Eckstein in der Frauenbewegung. Gleichzeitige Agitation hat überall im Reiche der Partei neue Kämpferinnen zugeführt. Nicht nur in den Großstädten und Industriezentren, die von jeher unsere festen Burgen waren, ist die Bewegung gewachsen, auch in Schaleis, Bayern usw. hat sich eine Schar von Genossinnen zusammengefunden, die nun für eifrige Weiterbreitung unserer Ideen sorgen. Erfreuliche Resultate sind auch in verschiedenen kleineren Orten zu verzeichnen. Die neu gegründeten Vereine haben in kurzer Zeit eine verhältnismäßig große Anzahl von Mitgliedern aufgenommen. Ueberall regt es sich.

In Württemberg konnte bis vor kurzem von einer Frauenbewegung fast gar keine Rede sein, jetzt sind auch dort die Frauen aus ihrem Schlafwandel aufgeweckt. Die „Gleichheit“, die dort bis dahin so gut wie gar nicht bekannt war, hat nun in vielen Orten Abonnenten gewonnen.

Die agitatorisch tätigen Genossinnen haben es sich aber auch allerorts angelegen sein lassen, tüchtig zu arbeiten. Wo die Genossinnen keine eigenen Versammlungen veranstalten konnten, traten sie in den allgemeinen Versammlungen mit anfeuernden Worten für die Frauenbewegung ein, ermunterten zur Anteilnahme an der Wahlarbeit und vor allem zum Beitritt in die Organisationen und förderten die Verbreitung unserer Presse.

Ein Flugblatt, eigens für die Frauen geschrieben, gelangte in 100000 Exemplaren zur Verteilung.

Bei den Wahlen haben die Genossinnen wertvolle Dienste geleistet. Sie hielten beim Flugblatt- und Stimmzettelauslegen, schrieben Listen und Adressen, sammelten Geld auf Listen usw. Am Tage der Wahl waren Genossinnen in den Wahlbüreaux beschäftigt. Sie teilten Stimmzettel aus und hielten säumige Wähler an die Urne. Das Resultat der Reichstagswahl entmutigte nur für eine kurze Zeit, mit frischem Mut gingen die Genossinnen erneut an die Arbeit. Und der Erfolg blieb nicht aus.

An polizeilichen Schikanen hat es auch im letzten Jahre nicht gefehlt. Verschiedentlich sind in Preußen Frauenbildungsvereine aufgelöst, weil den vereinsgesetzlichen Bestimmungen zuwider gehandelt sein sollte. Dabei ist es allerdings auch vorgekommen, daß sich die Polizei geirrt hat und diesen Artum eingesehen mußte. So ist z. B. in Dichtenberg bei Berlin die polizeiliche Schließung nach Monaten wieder aufgehoben worden. Solche Mißstände schaden der Frauenbewegung absolut nicht, sie stärken nur den Kampfesmut der Genossinnen. Die Genossinnen dürfen sich überhaupt rühmen, eine ziemlich Fertigkeit in der Vermeidung der gefährlichen Klippen des Vereinsgesetzes erlangt zu haben. Die Genossinnen in Hamburg, Bremen, in ganz Sachsen, sowie in einigen anderen deutschen Bundesstaaten, die sich heute schon politisch organisieren dürfen, können unter viel streitigeren Verhältnissen die Agitation betreiben als in Preußen. Die Erfolge sind auch dementsprechend bessere. Die Zahl der politisch mit den Männern gemeinsam organisierten Genossinnen beträgt gegen 11000, zuzü 4500 mehr als im vorigen Jahre.

Trotz, was nach dem Gesetz nur unpolitische Bildungsbereine bestehen dürfen, für diese aber die Grundbedingungen fehlen, sind Dutzendstufen für freiwillige Parteibeiträge eingeführt worden. Im Jahre 1906 war diese Einrichtung noch wenig verbreitet, im letzten Jahre ist jedoch ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Es sind reichlich 1000 Genossinnen, die solche Beiträge leisten.

Die Frauenbildungsvereine haben jetzt einen Bestand von nahezu 2000 Mitgliedern. Regelmäßige Schulung, theoretisches

Wissen erhalten die Genossinnen in den Vork- und Diskussionsabenden. In Berlin von 25 bis 30 Personen kommen die Genossinnen gewöhnlich alle 14 Tage einmal zusammen, um sich über die Grundsätze und Forderungen, später über die Entwicklung des Sozialismus und über das Wesen und Wirken unserer Partei unterrichten zu lassen. Diese Lesesabende sind mit der Zeit sehr beliebt geworden, ein Zeichen dafür, daß auch bei den Frauen ein großer Bildungshunger zu befriedigen ist.

Zu der Ausbildung der Genossinnen hat in hervorragender Weise die „Gleichheit“ beigetragen, und ihre wachsende Auflage ist ein Beweis dafür, wie sehr sie den Genossinnen Lektüre und Führerin geworden ist. Bisher sind die „Gleichheit“ in 84000 Exemplaren gedruckt; die Zahl der Leserinnen dürfte erheblich größer sein.

Neben der allgemeinen Agitation widmen sich viele Genossinnen der Organisierung und Aufführung der Dienstboten. In der hiesigen größeren Städten Deutschlands entstanden Dienstbotenorganisationen. Die kurz vor dem preussischen Parteitag abgehaltene außerordentliche Frauenkonferenz beschäftigte sich ausschließlich mit der Dienstbotenbewegung. Die Ausdrücke der Delegierten ist der jungen Bewegung überaus dienlich gewesen und hat der Weiterentwicklung und dem Ausbau der Organisationen weitere Bahnen gewiesen.

Von Groß-Berlin speziell ist sehr erfreulich zu berichten. Die Organisationen sind bedeutend ausgebaut worden. Vor allem ist die Zahl der freiwilligen Beiträger zahlenden Genossinnen gewachsen. Im Zeltow-Berliner Kreis, wo die Parteien bisher nicht eingeführt waren, sollen diese jetzt zur Ausgabe gelangen. Was oben von dem Erfolg der Lesesabende gesagt wurde, trifft für Berlin und deren Vororte ganz besonders zu. In manchen Orten der Provinz ist leider Mangel an tüchtigen Leiterinnen. In Berlin sind erfreulicherweise genügend Kräfte vorhanden. Dadurch, daß hier nur kleinere Gruppen von Genossinnen die Lesesabende bilden, lernt die Vertrauensperson jede einzelne genau kennen, und sie kann daher bei irgendwelchen Aktionen günstig über die Kräfte disponieren.

Durch ihr Eingreifen bei gewerkschaftlichen Kämpfen haben die Genossinnen sehr wertvolle und erfolgreiche Arbeit geleistet. Als die Läder im Frühjahr streikten, veranstalteten die Genossinnen in Berlin und einigen Vororten öffentliche Versammlungen, die alle massenhaften Besuch aufwiesen. Durch die Aufklärung der indifferenten Massen und dem solidarischen Verhalten der Genossinnen ist den Lädern ein nicht zu unterschätzender Hilfe geleistet worden. Die Opferfreudigkeit und der Kampfesmut der Genossinnen haben beim Jandorf-Vorfalle eine treffliche Probe bestanden.

Die Frauen haben es satt, länger dem öffentlichen Leben fernzustehen. Der Drang zum tätigen Mitarbeiten ist längst erwacht und wird sich bei passenden Gelegenheiten auch weiterhin in die Breite umziehen.

Das Zusammenarbeiten mit den Genossen gestaltet sich immer erfreulicher. Wohlgerüstet mit Erkenntnis und gutem Willen für den Freiheitskampf des Proletariats, treten die Anhängerinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung ins neue Jahr hinein. Wann und wo die Pflicht ruft, sie werden auf dem Posten sein. F. W.

**Lichtenberg.** Da die durch den Amtsdirektor in Lichtenberg angeordnete Schließung des Vereins für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse durch gerichtliche Verfügung wieder aufgehoben worden ist, findet am Montag, den 6. Januar, wiederum eine Versammlungsabteilung statt und zwar bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5-6. Die Versammlung, zu der Gäste Zutritt haben, beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 6. Januar, 8 1/2 Uhr, im „Neuen Abhänge“, Kommandantenstr. 72. Erster Vortrag des Vortragszyklus „Zur Geschichte der Frauenentwicklung“. Referent: Frau Wally Zepher.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, von 7 bis 9 Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Unkosten und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Verbriefliche Antwort wird nicht erzeit. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**N. 2. 100.** Der von Ihnen angeführte Umstand berechtigt Sie nach dem Gesetz nicht, von Ihrem Verkäufer Rücknahme des Geschäfte zu verlangen. Es wäre nur Einigung in Güte möglich. — **N. 2. 1. 100.** Die Beschlüsse der Wohnung erhebt sich grundsätzlich, so in der Mieter verdrängt, ohne Einbindung einer Kündigungsschuld Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz zu verlangen. In solchem Falle ist es ratsam, mit der Klage auf Aufhebung des Mietvertrages und auf Schadenersatz ein Urteil des Bezirkes über die Grundbuchsgebühren zu überreichen um um Aushandlung eines neuen Termins zu erwirken. **N. 2. 100.** Die Anzeige wegen Diebstahls ist noch keineswegs verjährt. Sie kann innerhalb fünf Jahren erfolgen. In dem von Ihnen erwähnten Fall würde aber die Anzeige schwerlich Erfolg haben. Eine Verjährung auf Erlass des von Ihnen vorausgesetzten Annahmegerichtes hat der Betroffene nicht. — **N. 2. 100. 100.** Rein. — **N. 2. 100.** Grundbuchslehre lehnt die Empfehlung bestimmter Aktien, Bezugs, Rechtsanwalte usw. ab. — **Nachfrage.** 4. Treiber ja. — **N. 2. 100.** Die Klage auf Schadenersatz wäre nicht auszuheben. Sie müßten aber die Unabänderlichkeit beweisen. Das Ergebnis wird von der Ansicht des Gerichts über den Wert der oft weit auseinandergehenden sachverständigen Gutachten abhängen. — **N. 2. 100.** Da kein bestimmter Preis vereinbart ist, so würde der angemessene Preis zu zahlen sein. Bei der Preisbestimmung, welche Höhe von Sachverständiger Seite als angemessen erachtet wird, raten wir zur Zahlung. — **N. 2. 100. 1.** Wenn die Verweisung der Ware zwecks Weiterverkauf erfolgt war und seit 1903 ein Anerkenntnis nicht erfolgt ist, so ist die Forderung seit Ablauf des Jahres 1907 verjährt. Handelte es sich um eine Verurteilung für das Haus zum eigenen Gebrauch, so ist unter derselben Voraussetzung die Verjährung schon mit dem Schluß des Jahres 1906 eingetreten. **N. 2. 100.** Sie müssen aber beweisen, daß die Zahlung erfolgt ist. Zum Beweis der Zahlung können Zeugen angeführt, auch der Eid angelehnt werden, auch ein Postenlieferungschein würde beweisen sein, sofern der Gegner nicht beweist, daß das Geld für andere Forderungen gezahlt ist. **N. 2. 100. 1.** Der im Jahre 1907 aus der Landesliste ausgeschieden, hat vom 31. Dezember 1906 ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. **N. 2. 100.** Eine solche Vereinbarung wäre gültig. — **N. 2. 100.** Sie leben auch ohne Vertrag außer Ehelichenschaft. Jedemfalls ist es aber, vor der Heirat ein Vertrag zu schließen, in dem der Bräutigam das Eigentum der zukünftigen Ehefrau anerkennt, auf Nießbrauch und Verwaltungsvertrag verzichtet und Bestimmungen wegen des gemeinsamen Erbes trifft. Der Vertrag muß gerichtlich oder notariell geschlossen sein. Ein Verzicht für einen solchen Vertrag finden Sie S. 22 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beizulegenden Hefters. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Nachfrage.** 36. Teilen Sie uns Ihre Adresse mit, wir werden Ihnen ein Verzeichnis derartiger Schriften senden. — **Amoske.** Keinwegs werden die Anzeigen von der Postverwaltung geprüft und dergl. Offensivität in die Ansicht, daß Anzeigen eine Haut über eine Wunde ziehen. Der Angriff eines größeren Hauses kann außerordentlich gefährlich werden.

### Witterungsübersicht vom 2. Januar 1908.

Stationen	Barometer			Wind			Temperatur		
	Barometer	Wind	Temperatur	Barometer	Wind	Temperatur	Barometer	Wind	Temperatur
Berlin	776,5	SW	2	776,5	SW	2	776,5	SW	2
Hamburg	777,0	SW	2	777,0	SW	2	777,0	SW	2
München	779,0	SW	2	779,0	SW	2	779,0	SW	2
Wien	779,0	SW	2	779,0	SW	2	779,0	SW	2

### Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Januar 1908.

Trocken und vorwiegend hell bei ziemlich strengem Frost und schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau



Eine gehaltvolle, aromatische, vollkommen harmonische Mischung feinsten reifer Türkischer Tabake, sorgfältigst gewählt, das ist die Mischung für

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Keine anderen Cigaretten zu gleichen Preisen werden aus so sorgfältig zusammengestellten Mischungen hergestellt.



10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Nachruf!**  
Am 20. Dezember verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Otto Peetz**  
Oberbergerstr. 42  
Die Beerdigung fand am Donnerstagmorgen um 11 Uhr, von der Reichshalle des Friedrichs-feldes statt.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen  
**Börst**  
Lina geb. Kosanska, Seidenstr. 26  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Januar 1908, nachmittags 3 Uhr, von der Reichshalle des Sankt Thomas Kirchhofes, Kirchdorf, Hermannstr. 40 statt.  
Una rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, der Kürschmacher  
**Karl Völz**  
plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Januar 1908, nachmittags 3 Uhr, von der Reichshalle des Sankt Thomas Kirchhofes, Kirchdorf, Hermannstr. 40 statt.  
Frau Bertha Völz,  
Rannens-  
straße 29.

**Danksagung.**  
Für die große Beteiligung und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unteres guten Vaters, Bruders und Onkels, des Schiffsgelehrten  
**Adolf Niecke**  
fagen wir allen Teilnehmern, insbesondere den Sängern der „Lupo-graphia“ und „Eintracht“ innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Stukkateure.**  
Am 2. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege  
**Karl Dannehl,**  
Dandertstraße 9,  
im 61. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Januar, mittags 12 Uhr, von der Reichshalle des Friedhofes der Bethanien-Gemeinde in Nordend-Schönhaufen statt.  
Zahlreiche Beteiligung, besonders der Zahlstelle Norden, erwünscht.  
Die Ortsverwaltung d. Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
**Nachruf!**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege  
**Wilhelm Wolf**  
am 20. Dezember verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin  
**Martha Krause**  
am 20. Dezember verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Freunden und Bekannten, den Genossen vom Wohlvereine des 6. Kreises sowie den Kollegen vom Zentralverband der Maler, meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Schröter**  
nebst Kindern.

**Danksagung.**  
Allen denen, die meinem lieben Väterchen die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Erbarme der Trauerer, sowie für die reichen Kranzspenden sagen wir unseren besten Dank.  
Frau Langt nebst Kindern.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuester Katalog  
m. Empfehlung vieler Aerzte u. Prof. gratis u. fr.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedenstraße 41/42

**Salamander**  
SCHUH-GES. m. b. H.

Salamander-Stiefel werden nach den neusten Errungenschaften der Technik von geschulten Arbeitern aus besten Rohstoffen hergestellt und sind als das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie anerkannt.

Einheitspreis für Damen u. Herren M. 12<sup>50</sup>  
Luzusausführung M. 16<sup>50</sup>

Centrale: W. Friedrichstr. 182  
C. Königsstr. 47  
SW. Friedrichstr. 221

Fordern Sie unseren Musterbuch!

**Gesundheit ist Reichtum!**  
Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
Große Frankfurterstr. 136.

Medizinische Bäder aller Art  
in wirklich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (10 Minuten Badzeit.)  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullekal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.  
**Lehrplan für das 1. Quartal 1908.**

**Montag: Naturerkenntnis.**  
Die chemischen Elemente. Atom- und Elektronen-Theorie. Die Radioaktivität. Die Formen und die Erhaltung der Energie. Die Gravitationsgesetze. Das Weltall. Die Nebular-Hypothese. Sonne, Planeten und Fixsterne. Die Erde im Weltraum. Der Mond. Die Entwicklung der Erdoberfläche. Die Erdzeitalter. Das Lebensproblem und die Entwicklung der Lebewesen. Der Darwinismus. Die Abstammung des Menschen. Die Urzeit des Menschen.  
Vortragender: Emanuel Wurm.

**Montag: Nationalökonomie** (Einführung in die Nationalökonomie. II.)  
Das geschichtliche Eingreifen des Kapitals in die Produktionsbedingungen. Der Charakter der Wirtschaftsgeschichte seit dem Ausgang des Mittelalters. Die Entwicklung der mittelalterlichen Produktionsweise über Kooperation und Manufaktur hinweg bis zur großen Industrie der Gegenwart. Der Einfluß dieser geschichtlichen Umwälzungen auf die Lage der Arbeiterklasse.  
Vortragender: Julian Borchardt. Dieser Kursus findet in Tempelhof bei Mokuly, Berlinerstr. 9, statt.

**Montag: Geschichte.** (Die neueste deutsche Geschichte, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.)  
Die fünfziger Jahre. Marx und Engels. Lassalle. Der preussische Verfassungstreit. Krieg und Wahlrecht. Die Gründung des Deutschen Reiches. Milliardenkrieg. Lassalleaner und Eisenacher. Das Sozialistengesetz. Nach dem Sozialistengesetz.  
Vortragender: Heinrich Schulz. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt.)

**Dienstag: Rednerschule.**  
1. Wiederholung: Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlagelibrary. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.  
Vortragender: Max Grunwald.  
Die Teilnehmer dieses Kursus, die den wegen Krankheit des Lehrers unterbrochenen Kursus des letzten Quartals belegt hatten, zahlen nur 50 Pf. nach. Für Neueintretende, wie üblich, 1 M.

**Mittwoch: Gesetzeskunde.** (Die Entwicklung des deutschen Rechts.)  
I. Bis zur Schwelle der Neuzeit. 1. Wesen und Entstehung des Rechts. Privatrecht und öffentliches Recht. Triebkräfte der Entwicklung: Soziale Organisation und Gewalt. Wirtschaft und Recht. 2. Die Rechtsverhältnisse der alten Germanen. a) Sippe und Volk, b) Gemeingut und Privateigentum, c) die Stände, Staat und Monarchie, d) das Strafrecht. 3. Die germanischen Reiche. Grundherrschaft und Hörigkeit. Das Volksgericht. Die Stellung der Kirche im Frankenreich. 4. Die Ausbildung des Feudalsystems. Das deutsche Königtum. Die Rechtsbücher. 5. Der Bauernstand. Freie Bauern und Hörige. Herrenrecht und Volksrecht. 6. Das Städtewesen. Wirtschaftliche Grundlagen. Schutz und Rechtsbildung. Die Leistungen der genossenschaftlichen Organisation. Die Städtebünde. Städtische Verfassungskämpfe. Gilden und Zünfte. 7. Die Gesellenverbände. Die unehrlichen Leute. Die Rechtsstellung des Proletariats. 8. Die Kirche und das Kirchenrecht. Das Zinsverbot. Die Juden. 9. Das Strafrecht. Von der Buße zur Folter. Die Ketzerverfolgung. Das Femgericht. 10. Kaisertum und Landesfürsten. Die Kurfürsten. Der Reichstag. Der Landfriede. Die Kreiseinteilung. Die Landstände. 11. Der Niedergang des Bauernstandes und der Volksfreiheit. Der Sieg des Fürstentums. Das römische Recht. 12. Kirchenrevolution und Bauernkriege. Die Niederlage des deutschen Volkes.  
Vortragender: Simon Katzenstein.

**Donnerstag: Nationalökonomie.** (Einführung in die theoretische Nationalökonomie. Zweiter Teil.)  
1. Wiederholung: Kapitalistische Wirtschaftsordnung, Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Geld, Preis. 2. Die Verwandlung von Gold in Kapital. 3. Die Erscheinungsformen des Kapitals. 4. Mehrwert. 5. Arbeitskraft, Arbeitslohn. 6. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft.  
Vortragender: Max Grunwald.  
Auch hier gelten dieselben Bedingungen wie für den Dienstag-Kursus in Rededebung.

**Freitag: Literaturgeschichte.** (Von der Revolutionsdichtung bis zur neuesten Zeit.)  
Berthold Auerbach. Friedrich Bodenstedt. Christian Grabbe. Friedrich Hebbel. Otto Ludwig. Viktor v. Scheffel. Annette v. Droste-Hülshoff. Emanuel Geibel. Julius Wolf. Gottfried Keller. Konrad Ferdinand Meyer. Wilhelm Raabe.  
Vortragende: Frau Regina Ruben.

**Sonabend: Geschichte.** (Moderne Kolonialgeschichte.)  
1. Die Spanier in der neuen Welt. 2. Ostindien und die Portugiesen. 3. Niederländische Kolonialpolitik. 4. Die Anfänge der englischen Kolonialpolitik. 5. England und Amerika. 6. Die Engländer in Ostindien. 7. Französische Kolonialgeschichte. 8. Englische Kolonialgeschichte im 19. Jahrhundert. 9. China und die Großmächte. 10. Anfänge der deutschen Kolonialgeschichte.  
Vortragender: Dr. A. Conrady.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Naturerkenntnis**: Montag, den 20. Januar; **Rednerschule**: Dienstag, den 21. Januar; **Gesetzeskunde**: Mittwoch, den 22. Januar; **Nationalökonomie**: Donnerstag, den 23. Januar; **Literaturgeschichte**: Freitag, den 24. Januar; **Geschichte**: Sonnabend, den 25. Januar; **Geschichte** in Steglitz: Montag, den 20. Januar; **Nationalökonomie** in Tempelhof: Montag, den 20. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Fahrow, Ravenstr. 6; Horsch, Engel-Ufer 13; Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts; Goldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 50, Hasenheide 58, zu senden.  
Der Vorstand.

Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 127L<sup>2</sup>  
Am 4. 3014.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Verband der Portiers und Berufsgenossen Berlins und Umgegend, Bureau: Besselstr. 20 (Vorstand: J. A. C. Kurgas, Prinzenstr. 97) teilt in seiner Einladung zur nächsten Generalversammlung gleichzeitig mit, daß genannter Verein am 18. Januar 1908 in den Räumen der „Odd-Fellow-Loge“, Alte Jakobstraße 123, sein „20-jähriges Stiftungsfest“ feiert. Wir weisen darauf hin, daß das betreffende Vokal der organisierten Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wedhorn (Altes Schützenhaus) stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins hingewiesen. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Parteigenossen ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend nötig. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Großbeeren. Am Sonntag, den 5. Januar cr., findet im Lokale des Herrn Heintze Punkt 6 Uhr eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Stellungnahme zu der bevorstehenden Gemeindevertreterwahl und Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die erste Sitzung im neuen Jahre begann mit einer langen Reihe von Formalitäten. Die im Herbst gewählten Stadtverordneten wurden in ihr Amt eingeführt und vom Oberbürgermeister Kirchner mit einer Rede begrüßt, die in warmen Worten besonders des alten Langerhans gedachte. Die Neuwahl des Vorstandes, die dann folgte, brachte keine Ueberraschungen. Zum Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter wurden Herr Nischelet und Herr Gassel gewählt, Nischelet mit sehr großer Mehrheit, Gassel mit einer nur mäßigen Stimmenzahl, die ihm wenig Freude bereitet haben dürfte. Bei der Wahl des Stellvertreters hatte die sozialdemokratische Fraktion den ihr zukommenden Anbruch auf diesen Posten geltend gemacht und für Genossen Singer gestimmt. Es verstand sich von selber, daß hier auf Unterstützung aus den Reihen der freisinnigen Mehrheit nicht zu rechnen war. Aber auch bei der Wahl der Vorsitzenden bzw. ihrer Stellvertreter blieb die sozialdemokratische Fraktion, die hier beide Male für Genossen Borgmann stimmte, mit ihrem Anspruch ziemlich ohne Unterstützung aus freisinnigem Lager. Es ist erst wenige Wochen her, daß die Mehrheit mit lautem Geschrei für das „Recht der Minderheiten“ eintrat, indem sie für die Generalsekretärwahl Berlins das Proportionalwahlrecht als wünschenswert bezeichnete. Bei der gestrigen Neuwahl des Vorstandes der Versammlung schloß dieselbe Mehrheit nach altem Brauch wiederum die sozialdemokratische Minderheit vollständig von der Besetzung der acht Ämter aus und brandmarkte hierdurch jene Schwärmerie für das „Recht der Minderheiten“ als heuchlerische Komödie.

In derselben Sitzung fand die Mehrheit noch ein zweites Mal Gelegenheit, ihre echt-freisinnigen Grundzüge zu betätigen. Das war bei den Verhandlungen über die Petition eines Schiedsmannes, die die Beschaffung eines Amtszimmers oder eine Entschädigung für das von ihm selber herangezogene Zimmer forderte. Der Petitionsauschuß hatte sich für Berücksichtigung ausgesprochen, aber im Plenum wurde dieser Vorschlag von dem gesamten Freisinn heftig bekämpft. Fünf Freisinnsmänner, darunter der urförmliche Herr Feuerstein, traten auf den Plan und eiferten gegen den begehrlichen Schiedsmann. Ihrer Reden Sinn war der, daß ein Mensch, der nicht mal ein Zimmer drüber hat, eben nicht Schiedsmann sein könne. Unser Genosse Reid hielt dem Freisinn die Konsequenz vor, die sich aus solchem Standpunkt ergibt. Sie läuft darauf hinaus, daß nach der Meinung und dem Wunsch der freisinnigen Mehrheit nicht die Fähigkeit, sondern der Besitz darüber entscheiden soll, ob ein Bürger Schiedsmann sein darf oder nicht. Genosse Stadthagen hob hervor, daß amtlich anerkannt worden sei, mit wie autem Erfolge gerade dieser Schiedsmann — dieser Mensch ohne überflüssigem Zimmer — bisher sein Amt ausgeübt habe. Aber alles hielt die Mehrheit nicht ab, den Antrag des Ausschusses niederzustimmen. Man sieht, wie ängstlich der Berliner Stadtfreisinn darüber wacht, daß möglichst keines der Hindernisse wegeräumt wird, die es den Unbemittelten erschweren, ein kommunales Ehrenamt zu übernehmen und auszuüben.

Wohltätigkeit auf Kosten des Arbeiters.

Vor dem Gewerbegericht Berlin wurde am Donnerstag eine Klage verhandelt, die in eigenartiger Weise eine gewisse Sorte von Wohltätigkeit beleuchtete. Als Kläger erschien ein Arbeiter B., Beklagter war ein Herr Schepmann, sein früherer Arbeitgeber. Schepmann ist Inhaber einer Pumpenfabrik. Da er als strenggläubiger Katholik gilt, so hat man ihm die Verwaltung der sogenannten Brodensammlung des katholischen Charitasverbandes übertragen. Von ihm war B. nicht nur in der Fabrik beschäftigt worden, sondern auch in der Brodensammlung, die auf dem Fabrikgelände Chausseestr. 88 untergebracht ist. B. arbeitete dort anderthalb Jahre, dann wurde er eines Tages ohne Kündigung entlassen. Er forderte nun Zahlung des Lohnes für 14 Tage mit 30 Mark und außerdem Rückzahlung von 19.50 Mark, die Sch. ihm früher mal vom Lohn abgezogen hatte. Sch. ließ vor Gericht sich vertreten durch einen Herrn Woltschek, der im Betrieb „Inspektor“ tituliert wird, aber den Eindruck eines nicht fertiggewordenen Theologen macht. Dieser Herr W. erklärte dem Richter föhrl, er könne keinen der beiden Ansprüche als berechtigt anerkennen, und auf den Vorschlag eines Vergleiches gehe er nicht ein. Er erzählte, B. sei dem Herrn Sch. zugewiesen worden durch die „Jugendfürsorge“ des Charitasverbandes, die sich der Inassen von Herbergen, Asylen usw. annahme und sie zu bessern suche. Zunächst habe man B. in der bei der „Jugendfürsorge“ üblichen Weise entlohnt, d. h. nur mit Speisemarken für die Volksspeiseanstalten und mit Schlafmarken für die Herberge zur Heimat. Da er sich gut geführt habe, sei er später gegen festen Lohn in das als regelrechter Arbeiter eingestelltes worden. Sch. habe damals keine Kündigung mit ihm vereinbart, Kündigung sei direkt ausgesprochen worden durch die Arbeitsbedingungen, die B. unterschrieben habe. W. legte ein bezügliches Schriftstück mit 20. Unterschrift vor. W. erklärte aber, die Unterschrift rühre nicht von ihm her. B. mußte vor Gericht seine Unterschrift wiederholen, um eine Vergleichung zu ermöglichen. Auch wurde noch ein Lehngittel vorgelegt, der zugewiesenermaßen von ihm unterschrieben war. Vorsitzender und Richter machten ihn auf die starke Neh-

lichkeit aller Unterschriften aufmerksam, aber B. versicherte immer wieder, die Arbeitsbedingungen habe er nicht unterschrieben, jene Unterschrift müsse gefälscht sein. Er blieb auch hierbei, als der als Zeuge benommene Werführer, ein Schwager Schepmanns, ausfragte, B. selber habe unterschrieben. Weniger günstig für Schepmann und die Seinen gestaltete sich die Verhandlung über den zweiten Streitpunkt. 19.50 Mark hatte er seinem Arbeiter B. als „Kostgeld“ abgezogen, weil dieser in dem katholischen Kinderheim zu Setaersdorf, an das er für einige Wochen ausgeborgt worden war, Verpflegung erhalten hatte. B. brauchte dort für Verpflegung nichts zu zahlen, die Oberin sagte ihm das ausdrücklich. Als Sch. ihm hinterher „Kostgeld“ vom Lohn abzog, erkundigte sich B. bei der Oberin, ob das Heim sich etwa von Sch. habe bezahlen lassen. Die Oberin verneinte das. Vor Gericht erklärte nun der Herr „Inspektor“ W., dem B. sei von vornherein gesagt worden, daß er Verpflegung draußen erhalte, sich aber dafür einen Lohnabzug gefallen lassen müsse. Sch. habe, das hob B. hervor, seinen Arbeiter dem Heim umsonst zur Verfügung gestellt. Auf des Vorsitzenden Frage, ob denn Sch. noch Kostgeld an die Anstalt gezahlt habe, antwortete W. zunächst ausweichend. Erst nach eindringlicher Mahnung gab er zu, daß das Heim sich nichts habe zahlen lassen. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, denn habe wohl die dem Heime erwiesene Wohlthat durch den dem Arbeiter auferlegten Lohnabzug zum Teil ausgeglichen werden sollen. Das Gericht kam schließlich zu dem Urteil, Sch. habe die 19.50 Mark zurückzugeben, Abzug wäre nur zulässig gewesen, wenn Sch. selber dem Heim ein Kostgeld gezahlt hätte. Andererseits müsse B. Forderung eines Lohnes für noch 14 Tage zurückgewiesen werden, weil durch seine Unterschrift die Kündigungsausführung bewiesen sei. Da das Gericht die Unterschrift als echt und somit die Kündigungsausführung als bewiesen ansah, so war Herr Schepmanns Vertreter der Notwendigkeit überhoben, sich über die besonderen Gründe zu äußern, die zu B. plötzlicher Entlassung geführt hatten. Das war recht schade; das Gericht hätte dann vielleicht über den Betrieb der Brodensammlung allerlei Merkwürdiges zu hören gekriegt.

„Für Kinder.“

Weihnachten ist wieder einmal vorüber und wir Großen sind von neuem in die erste Reihe gerückt, die wir eine kurze, märchen-schöne Zeit ihnen überlassen mußten, den Kleinen und Allerleinsten: unjeten Kindern.

Was aber ist in jener kurzen Zeit nicht alles angepriesen, gemacht, gespielt und gedichtet worden unter der Marke „Für Kinder“. Da mochte eine gewinnfällige Uebersetzung all die Hunderte von Uebersetzungen, nachdem sie sie den Großen als notwendig angesehen, auch noch in die Kinderstube schmuggeln. Da sind Kinderbälle, auf denen die Kleinen zu Affen der Erwachsenen dressiert werden. Kindervorstellungen — wie überflüssig! Das Kind erlebt in einer Stubenode buntere Komödien, als aller Flitterkram sie ihm je vorführen kann: auf einem Sonnenstimmer, der in das Dämmerlicht seiner Stube fällt, tanzen ihm Lichtgeister herrliche Weigen, als alle Tänzlerinnen curer Juchse.

Das Kind, soweit es noch unverfälscht und unberührt von den Händen der Natur, ist Künstler, schaffender Künstler. Es malt seine ureigensten Bilder auf jeden Bretterzaun, auf jede Hauswand, bis — der Schupmann kommt und es ihm verbietet; singt seiner eigenen Seele Melodie, spricht die eigene Sprache, bis — der Schulmeister ihm die seine beibringt.

Der Schupmann, der Schulmeister und der Unteroffizier, das sind so recht die Knechtgeister, den Menschen aus seinem Kindheitsparadies zu verjagen. Wie wenig Verständnis aber auch von denen, die ihm am nächsten stehen, von Eltern und Künstlern, der Kindesnatur entgegengebracht wird, kann man in der Weihnachtszeit täglich mit Entsetzen sehen.

Wringen da Dichter ganz drohliche Beschuldigungen auf den Nackt, an denen allerdings die Erwachsenen sich über Kinder amüsieren können; liefern Maler recht gelungene Karikaturen von Kindern, die wohl in den Bildblättern der Großen sehr ergötzlich wirken; aber nie und nimmer vermöchten, ein herzliches Kinderwundern in erwartungsvollem Staunen zu öffnen, ein einziges Kinderwundern auszulassen.

Das Kind hat ja noch gar nicht jene närrische Eitelkeit der Erwachsenen, die ihr eigenes, oft so inhalt- und bedeutungsloses Alltagsleben immer und immer wieder von den Künstlern vorge-schmeichelt sehen wollen. All diese Szenen, wie das Kind sich nicht waschen und kämmen läßt, wie es faul oder fleißig, brav oder ungezogen ist, haben in der Darstellung für das kindliche Gemüt nur dann einen Wert, wenn sie vergoldet sind von einem echten, sonnigen Humor. Statt seiner aber findet man meist nur eine ölige, moralisierende Pädagogik.

All die Voraussetzungen, die dem Erwachsenen eine Dichtung, ein Bild interessant oder langweilig machen, sind ja für das Kind noch gar nicht vorhanden. Das Kind ist heide, völlig heide. Oft noch lange, nachdem kirchlich gesinnte Eltern angefangen haben, es mit irgend einer dogmatischen Religion zu pöppeln. Es sieht noch mit Staunungen in eine wunderbar belebte Welt. Wäme und Steine sind ihm besetzte Wesen, bei denen seine eigenen Wünsche und Hoffnungen ein Echo finden. Und sie, diese armen Großstadt-kinder, denen die Natur draußen ein verschlossenes Jauerreich bleibt, auch sie sehen doch noch in dem Stiefelnacht des Vaters einen verumwundenen Prinzen, im Fuchselmel der Mutter eine böse Hexe. Irgend ein Wunder wäre ihnen das selbstverständliche Ding von der Welt. Sie wissen ja noch nichts von physischen oder anderen Gesetzen. Auch nicht von moralischen Gesetzen, sofern Eltern und Erzieher sie ihnen nicht am eigenen Leibe fühlbar machen. Darum sind auch alle unsere herrlichen alten, echten und rechten Kindermärchen so köstlich heidnisch und unmoralisch.

Von diesem Standpunkte aus sollte man auch die Kriminalität der Jugendlichen betrachten lernen und nicht gleich bei jeder Handlung von Kindern, die unsere Kultur begriffen ins Gesicht zu schlagen scheinen, in bloßem Entsetzen über die sündige Verderbtheit der heranwachsenden Jugend nach dem Strafrichter schreien. Mindestens die Hälfte aller kindlichen Verbrechen entspringen einer noch zu überschwänglichen Phantasie, die an der Sonne wahrer Elternliebe, im feinfühligsten Verständnis von Lehrern, Brüdern weifen könnte, die einst der Gesamtheit zum Segen würden; während sie heute in Besserungsanstalten und Gefängnissen, sich mit Gift und Spaz vollsaugend, zu Feinden der Menschheit heran-wachsen.

Für Kinder malen, für Kinder dichten — nur wenigen begnadeten Künstlernaturen ist es gegeben, die noch den Weg zurück-zufinden wissen ins lange verschüttete Jauerreich. Und ihr anderen, die ihr selbst den Weg nicht mehr findet, jagt wenigstens eure Kinder nicht allzu früh hinein in unsere mittellose Staatsord-nung, in der Vernunft und Gold auf dem eisernen Räderstühle sitzen.

Was wären alle Reiche der Verheißung gegen das eine köstliche, das wir alle einst besitzen: das Reich der Kindertäume!

Der Müggelsee ist zu. Eine alle Anhänger des Eisports erfreuende Kunde kommt aus Friedrichshagen. Der Müggelsee, welcher die beliebteste Eisfläche für die Berliner Schlittschuhläufer und Gesellschaftsfahrer bietet, ist mit einer Eisfläche überzogen, die stellenweise bereits die Stärke von zwei Zoll hat. Falls die Kälte anhält, wird das Eis bis Ende dieser oder Anfang nächster Woche die für die polizeiliche Abnahme erforderliche Stärke von fünf Zoll besitzen und dementsprechend die Wahn freigegeben werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß das Betreten des Müggelsees vor der polizeilichen Freigabe streng verboten ist. Gendarme und Polizeidiener der entsprechenden Ortsposten haben die Anweisung,

für die Innehaltung der Polizeiverordnung Sorge zu tragen und Uebertreter der Bestimmungen zur Anzeige zu bringen. Das Betreten der polizeilich nicht freigegebenen Eisfläche wird mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

In Berlin ist der Landwehr- und Luisenstädtische Kanal zugefroren und die Lokalschiffahrt auf diesen beiden Verbindungs-ländeln unterbrochen. Die Obersee ist mit ungeheuren Treibmassen bedeckt, die sich zwar stellenweise berlegen, doch konnte die Zägerinne bisher durch Schlepddampfer offen gehalten werden.

Im Eise eingebrochen und ertrunken ist der Musiker Strecker aus dem Dorfe Window an der Dahme, der am Silvesterabend in einem Vergnügungslokal bei Schmöwitz gefiel hatte. Er wollte gegen 2 Uhr morgens sich nach Hause begeben und ist allem Anscheine nach in der Dunkelheit vom Wege abgekommen und auf das Eis der Dahme geraten. Ob St., der vollständig nüstern war, verstand hat, den Weg über das Eis abzufürzen, ist nicht festgestellt. Er brach ein und fand seinen Tod in den Fluten. — Ein zweiter Unglücksfall auf dem Eise ereignete sich am 31. Dezember in Köpenick. Dort tummeln sich mehrere Knaben auf der Eisfläche der Spirecausbung, dem sogenannten Bräntentag, obwohl das Betreten des Eises noch verboten ist. Hierbei brach der 13jährige Schüler K. ein, konnte jedoch, bevor er ernstlichen Schaden genommen hatte, gerettet werden.

Die Neujahrnächte ist diesmal im allgemeinen etwas ruhiger und „harmloser“ verlaufen als in den vergangenen Jahren. So kam allerdings zu recht zahlreichen Ausschreitungen, doch trugen sie leimwegs einen so schweren Charakter als dies in den letzten Neujahrnächten der Fall war. Die Polizei hatte außerordentlich umfangreiche Maßnahmen getroffen, um größere Ausschreitungen im Reine zu verhindern. Ihr Hauptaugenmerk hatte sie natürlich wieder auf die Friedrichstraße, in der sich ja bekanntlich in der Neujahrnacht Zehntausende einzufinden pflegen, gerichtet. Schon um 11 Uhr zog ein größeres Polizeiaufgebot auf. Der Empfang zwischen der Behrenstraße und den Linden wurde für jeden Verkehr vollständig abgepaßt und unter den Linden an der Kreuzung der Friedrichstraße gab es gleichfalls Absperrungen. Kurz vor 12 Uhr wurden die Schupmann-posten noch bedeutend verstärkt und auch die berittenen Polizeibeamten rüsteten jetzt gruppenweise an. Ebenso waren zahlreiche Kriminalbeamte auf dem Posten. Inzwischen hatten sich ganz gewaltige Menschenmassen angeammelt und besonders zwischen der Französischenstraße und der Behrenstraße wogten die Mengen auf und ab. „Rechts gehen!“ hieß es fortwährend bei den Schutzleuten und auf diese Weise gelang es auch, größere Ansammlungen und Störungen zu vermeiden. Auch zwischen den Linden und dem Bahnhof Friedrichstraße hatten sich enorme Menschenmassen angeammelt, und auch für diesen Teil der Friedrichstraße hatte die Polizei die weitgehendsten Maßnahmen getroffen. Als um 12 Uhr der erste Glockenschlag ertönte, erkrankte ein vieltausendstimmiges „Prosit Neujahr!“, und nun spielte sich der übliche Neujahrsummel ab. Man konnte jedoch diesmal die Beobachtung machen, daß sich das Publikum weit ruhiger und „harmloser“ benahm als in den letzten Neujahrnächten. Die Polizei brauchte nicht so oft einzuschreiten, als dies früher der Fall war. Ein Umstand kam ihr dabei allerdings zu Hilfe: es zeigten sich so gut wie gar keine „Wichstöpfe“. Nur in ganz vereinzelten Fällen wurde einer sichtbar und gleich begam natürlich die Jagd nach dem Opfer. Auf dem Promenadenwege unter den Linden war eine „liegende“ Polizeiwache eingerichtet worden und alle Stützposten wurden dort eingeleiert. Nach Feststellung der Personalien wurden sie bis auf einige wieder auf freien Fuß gesetzt. In der Chausseestraße, am Weddingplatz, auf dem Seindrummen und in der Frankfurter Allee kam es zu größeren Auftritten.

Im ganzen dürften in der Neujahrnächte etwa 2000 Personen zu Schaden gekommen sein. Einige Rettungs-wachen, Unfallstationen und Sanitätswachen waren die ganze Nacht hindurch in Anspruch genommen. In der unmittelbaren an der Friedrichstraße belegenen Unfallstation 13 wurden allein 18 Verlegte verbunden. Drei von ihnen hatten sich beim Abweichen von Revolvern schwer verletzt. Auch einige Verunglückte waren darunter. Auf der Sanitätswache in der Lindowstraße wurden 14 Verwundete eingeliefert, von denen die meisten überfallen und recht übel zugerichtet worden waren. Einige der Verlegten mußten nach Krankenhäusern gebracht werden.

Ein nichtwürdiger Substanzbruch ist in der Silbesternacht in der Gneisenaustraße verübt worden. Als gegen 1 Uhr morgens der Straßenbahnwagen Nr. 1041 der Linie 86 (Kreuzberg-Schönholz) den Strahenzug zwischen Salicriemacher- und Parzialstraße durch-fuhr, wurde plötzlich, vermutlich von dem linksseitigen Bürgersteige, ein Schuß abgegeben. Die Angel zerplitterte an der Seitenleiste des Straßenbahnwagens, doch blieben die in diesem befindlichen Fahrgäste glücklicherweise unverletzt. Leider konnte der Urheber des Substanzbruches nicht ermittelt werden.

Vor den Zug geworfen. Ein entsetzlicher Vorgang hat sich am Neujahrstag auf der Schlesischen Zweigbahn Berlin-Kaustdorf ab-gespielt. Der 21 Jahre alte Mechaniker Friedrich Hermann aus der Friedenstr. 112, der sich schon seit Jahren in der städtischen Unfallst in Puhlgarten befand, hatte 14 Tage Weihnachtserlaub erhalten und gestern sollte er wieder durch zwei Wärter nach der Anstalt zurück-gebracht werden. Auf der Station Wiesdorf gelang es ihm, seinen Wärtern zu entkommen. Er eilte den beiden gelang, ihren Wegfall wieder zu ergreifen, hatte sich dieser vor die Maschine eines heran-brauchenden Zuges geworfen. Durch Zufall von Bahnbeamten brachte der Zugführer den Zug zum Stehen. In bewußtlosem Zu-stand wurde H. hervorgezogen. Der Bedauernswerte hatte einen schweren Schädelbruch erlitten und die rechte Hand war ihm zermalmt worden. In fast hoffnungslosem Zustand wurde er in das Kranken-haus am Friedrichshagen eingeliefert.

Ueber den Mißbrauch mit Arbeiterwochenkarten weiß eine Korrespondenz zu berichten:

Der Mißbrauch mit Arbeiterwochenkarten hat derart an Umfang zugenommen, daß sich die Eisenbahnbehörde genötigt gesehen hat, energisch gegen die Verstoffe vorzugehen. Die Ver-leichterung, die bei den Wochenkarten im Preise besteht, sollen der arbeitenden Bevölkerung zu gute kommen; bekanntlich ist ja auch für Lösung einer solchen Karte eine Beschäftigung des Arbeitgebers maßgebend. Diese letzte Bestimmung ist nun in der letzten Zeit scheinbar nicht durchweg streng beobachtet worden, denn in den letzten Wochen wurden verschiedent-lich Sessierungen von Inhabern solcher Karten vorgenommen, die ergaben, daß der Verleger nichts weniger als ein Arbeiter ist. Unter den Betroffenen haben sich sogar zwei Hausbesitzer und Arbeitgeber einer nicht unbeträchtlichen Zahl Angestellter ergeben. Durch derartige betrügerische Manöver wird das Wesen der Arbeiterkarten änderlich, so daß sich die Behörde veranlaßt sah, den Beamten der Schalter erneut Weisung zu geben, bei der Ausfertigung dieser Karten genau nach den bestehenden Vorschriften zu handeln und im Zweifel die eruchte Karte so lange zu ver-weigern, bis ein vollgültiger Beweis der Zugehörigkeit zur Arbeiter-kraft erbracht sei.

Ob das hier mitgeteilte über den Mißbrauch mit Arbeiterwochen-karten richtig ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Sollten in ein-zelnen Fällen Bestände sich diese für Arbeiter getroffenen Ver-günstigungen zuzunehmen gemacht haben, so tadeln auch wir das; solche Einzelfälle sollten aber die Eisenbahndirektion nicht veranlassen, den Arbeitern bei Lösung der Wochenkarten noch mehr Schereien zu machen, als das ohnehin jetzt schon der Fall ist. Schon jetzt be-trachten die Fahrkartenverkäuferinnen Personen, deren Verkauf es mit sich bringt, im Kragen und Schlupf zur Arbeit zu kommen, sehr mißtrauisch und machen erhebliche Schwierigkeiten. Diese noch zu



Verwehren, liegt sicherlich kein Anlaß vor, auch einige Fälle etwaigen Mißbrauchs begründen eine Verschärfung nicht.

In den Warenhäusern sind während der Weihnachtswoche von den Patrouillen der Kriminalpolizei 98 Personen beim Laden- und Taschendiebstahl festgenommen worden. Es befinden sich unter ihnen nur wenige gewerbetätige Diebe, die meisten sind unbescholtene Personen, welche der Gelegenheit, zu billigen Weihnachtsgeschäften zu kommen, nicht widerstehen konnten.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern Abend gegen 5<sup>1/2</sup> Uhr auf dem neu erbauten Bahnhof Jungfernheide. Ein Fahrgast stieg, als bereits der Zug im Gange war, auf der verkehrten Seite, dem Bahnsteig des neuen Bahnhofes aus und geriet zwischen Trittbrett und Bahnsteig. Dem Verunglückten war, obwohl der Fahrgast den Zug sofort halten ließ, der Wagen über die Höhe gegangen. Da der Bedauernswerte vollständig eingeklemmt war, so mußte erst das Trittbrett abgerissen werden, bevor er aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden konnte. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte von der Unfallstelle getragen.

In der Urania Saubenstr. 48/49 werden von Januar bis März folgende Vortragsreihen stattfinden: Professor Dr. V. Donath: Die physikalischen Grundlagen der Musik und der Malerei, Sonnabends 8 Uhr, gemeinverständlich mit Experimenten. Beginn 11. Januar 1908; Professor Dr. F. Rothgen: Einführung in die anorganische Experimentalchemie, Donnerstags 8 Uhr, gemeinverständlich, Beginn 16. Januar 1908; Dr. C. Tsching: Abstammungslehre und moderne Entwicklungslehre, Dienstags 8 Uhr, gemeinverständlich, mit Lichtbildern, Beginn 14. Januar 1908; Konstruktionsingenieur A. Reßner: Moderne moderne Stahl- und Eisenindustrie, Freitags 8 Uhr, gemeinverständlich mit Versuchen und Lichtbildern, Beginn 10. Januar 1908; Direktor O. Krell: Motorbau und Flugmaschinen, Mittwochs 8 Uhr, gemeinverständlich mit Lichtbildern und Versuchen, Beginn 16. Januar 1908; Privatdozent Dr. F. Ristenpart: Die Sonne und ihr Reich, Freitags 8 Uhr, gemeinverständlich mit Lichtbildern im großen Auditorium der Urania-Sternwarte, Invalidenstraße 67/68, Beginn 10. Januar 1908; Professor Dr. V. Donath: Elektricitätslehre, Dienstags 6—8 Uhr, Hertaal Saubenstr. 48/49, Voraussetzung: Kenntnis der elem. Mathematik. Karten zu sämtlichen Vortragsreihen täglich an der Kasse des Instituts Saubenstr. 48/49 von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends erhältlich.

Verstirbt wird seit Freitag vormittag, den 28. Dezember 1907, Frau Emma Reichelt, Berlin N., Swinemünderstraße 79; 48 Jahre, gut mittelgroße kräftige Figur, graumeliertes Haar, trug schwarzen Haltpaletot, schwarzen Hut mit schwarzer Feder, schwarze Lederhandschuhe, rotseidenes Tuch unter dem Mantel, Brosche und Ohrringe mit Perlen und Brillanten, Trauring gez. C. R. 1879. Im Mantel die Firma D. Weis, in der Taille der Name Polse. Für den Nachweis des Verleibs der Vermögter sind 100 M. Belohnung ausgesetzt. Nachrichten an Karl Reichelt, Berlin N., Swinemünderstr. 79, oder Polizei.

Feuernachrichten. „Feuer im königlichen Schloß Bellevue“ alarmierte gestern vormittag um 10 Uhr die Berliner Feuerwehr. Da jede Meldung von einem Brande in einem königlichen Gebäude an sämtliche Wachen als „Mittelfeuer“ weiter gegeben wird, riefen sofort ein Duzend Löschzüge unter der Leitung des Branddirektors Reichel nach dem Schloße aus. Dort war durch Ueberheizung eines Ofens Feuer ausgebrochen, das bald gelöscht werden konnte.

Ein bedauerliches Brandunglück hat sich in der vergangenen Nacht in der Dredenerstr. 92 zugetragen. Dort war aus nicht ermittelter Ursache, vermutlich durch Unvorsichtigkeit, in einem Mädchenzimmer im Erdgeschoß des Seitenflügels Feuer ausgebrochen. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand das Zimmer mit den Möbeln, Betten, Fußböden, Schränken schon vollständig in Flammen. Die alarmierte Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen in dem Zimmer einen tot verbrannten menschlichen Körper und zwar den des Lehramtsassistenten Herrndt Schürrod. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und fortgeschafft. Das Mädchen war bei dem Schlämerwitzer C. Heimann in Stellung und soll in später Nachtstunde zu Bett gegangen sein.

Wegen eines nicht allfälligen Unfalls wurde die Feuerwehr nach der Landwehrstr. 21 gerufen. Dort war gestern vormittag um 9 Uhr eine Automobildrohke der Bedog-Gesellschaft in die Baugrube der Untergrundbahn gestürzt. Der Chauffeur war mit leichten Verletzungen davon gekommen. Die Feuerwehr beseitigte weitere Gefahren durch Abkiesung einer beschädigten freilegenden Stütze. Die Bedogdrohke wurde von der Gesellschaft mittels eines Kranes aus der Baugrube wieder heraufgeholt. Der Wagen war stark beschädigt und mußte fortgeschafft werden.

Wegen eines Taubstuhlfalles erfolgte ein Alarm nach der Rantensir. 7. Die Feuerwehr mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr für das Haus zu beseitigen. In der Reuen Jakobstr. 16 brannten Regale u. a. in einem Wohnraum. Der 5. Zug löschte den Brand mit einer Dampfmaschine. Unter den Linden 16 mußte gestern früh 7 Uhr ein Kellerbrand gelöscht werden. In der Tunderstr. 19 brannten Möbel usw. Arbeiterbrände wurden aus der Gartenstr. 67, Chausseest. 4, Goldenburgerstr. 20, Landsbergerstr. 19 und verschiedenen anderen Stellen gemeldet. Mit der Löschung des Brandes in der Goldenbergerstraße hatte die Wehr längere Zeit zu tun. Am Holsteiner Ufer 2 brannte eine Tischlerei und gleichzeitig in der Kesselftr. 24 Vollen, Fußböden usw. Weihnachtsbäume, Gardinen und Möbel gingen Rauch in der Kreuzbergstr. 7, Hammersteinstraße 2, Oberwalldeckerstr. 24, Mohlenstr. 71 und anderen Orten in Flammen auf. Wohnungsbrände mahlten in der Volkst. 5, Wendischstr. 18, Tüftlerstr. 11, Kremmerstr. 8, am Reichthagen 8, in der Marienburgerstr. 88, Friedländerstr. 17 usw. gelöscht werden. In der Heinersdorferstr. 16 brannte Holzwaße u. a., in der Nothstr. 18 ein Laden, in der Wühlstr. 7 das Zwischengebälde in der Paragrafenstraße — Baugrube der Untergrundbahn — ein Kollisions usw.

## Vorort-Nachrichten.

### Wismersdorf.

Die Abschaffung der Listenwahl und Abänderung der Wahlzeiten bezwecken zwei Petitionen, welche der liberale Verein an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung gefaßt hat. In der ersten Petition, die sich mit der Abschaffung der Listenwahl beschäftigt, wird u. a. folgendes betont:

Die bisherigen Wahlen haben gezeigt, daß die Listenwahlen den Willen weder der Gemeinbewohner noch der einzelnen Stadtteile gehörig zum Ausdruck bringen.

Die Listenwahl ermöglicht es, die Minorität im ganzen Orte, selbst wenn sie in einzelnen Stadtteilen die Majorität bildet, von der Vertretung ganz auszuschließen.

Ferner ist es denjenigen Stadtteilen, welche die größere Zahl Wähler stellen, möglich, ohne Rücksicht auf die weniger bevölkerten oder weniger feuerkräftigen Stadtteile sämtliche Stadtverordnete nach eigenem Willen zu wählen. Es ist daher ein dringendes Bedürfnis, die Anzahl der Vertreter der einzelnen Stadtbezirke gesetzlich festzulegen und jeden Bezirk seinen Vertreter selbst wählen zu lassen. Bei dieser Festlegung ist u. a. im Sinne der Städteordnung neben der Wählerzahl die Zahl der Einwohner und die Erwerbsfähigkeit der einzelnen Bezirke wesentlich mit zu berücksichtigen. Die Listenwahl erweist sich auch aus dem praktischen Grunde als unzulässig, daß für jeden Stadtverordneten, der aus irgend einem Grunde sein Amt niederlegt (Wegzug, Krankheit usw.) die ganze Stadt zur Neuwahl berufen werden muß.

Bereits bei den Stadtverordnetenwahlen haben wir darauf hingewiesen, daß durch die Listenwahlen ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung von der städtischen Verwaltung ausgeschlossen wird. Wir haben auch nicht veräußert, der Vermutung Ausdruck zu geben, daß

die Anwendung des Listenwahlsystems nur den Zweck haben sollte, die Sozialdemokratie aus der Stadtverordnetenversammlung fernzuhalten. Wir können deshalb nur wünschen, daß die Petition in der Stadtverordnetenversammlung die nötige Unterstützung findet.

In der Petition, die sich mit der Abänderung der Wahlzeit beschäftigt, wird darauf hingewiesen, daß es unter den bisherigen Verhältnissen einem großen Teil der Wähler nicht möglich war, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Petition verlangt für die erste Abteilung eine Wahlzeit an einem Tage ununterbrochen von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, für die zweite und dritte Abteilung eine solche an je einem Tage ununterbrochen von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. In bezug auf die dritte Abteilung wird es als erforderlich gehalten, daß die Wahlen an einem gesetzlichen Sonn- oder Feiertage vorzunehmen seien.

Diese Petition befaßt nichts anderes, als was die Sozialdemokratie seit vielen Jahren programmatisch fordert. Es entspricht nur dem Gebot der Gerechtigkeit, wenn den um ihre Existenz ringenden Arbeitern die Möglichkeit geboten wird, ihr Wahlrecht zu auszuüben, daß sie keine materielle Schädigung erleiden. Insofern begreifen wir es, daß der liberale Verein sich zu dieser Anschauung emporgeschlagen hat. Ob seinen Forderungen jedoch der Wilmersdorfer Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zustimmen würden, ist eine andere Frage.

### Rixdorf.

Ein recht unheimlicher Selbstmordskandal ist der 61 Jahre alte Mechaniker Max L. aus der Berlinerstr. 41. Vorgestern Abend wurde L. von seinen Angehörigen plötzlich vermißt und da er sich infolge längerer Arbeitslosigkeit und Familienzwänge in einer recht verschlagenen Stimmung befand, ahnte man nichts Gutes und suchte nach dem Verschwundenen. Man entdeckte ihn schließlich im Keller. L. hatte sich dort eingeschlossen, um sich ungetört das Leben nehmen zu können. Er drohte jeden zu erschlagen, der es wagen würde, ihn zu stören. An seiner Drohung auch den nötigen Nachdruck zu geben, feuerte er einen blinden Schuß aus einem Revolver ab. Als man aber trotzdem die Tür geöffnet hatte, sah man gerade, wie L. leblos zu Boden stürzte. Er hatte sich mit Zyanalkali vergiftet und wurde in hoffnungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht.

### Schöneberg.

Mit Blumen geschmückt in den Tod gegangen ist gestern Abend um 10 Uhr die 21jährige Telephonistin Luise Großmann, die in der Koberger Straße 9 ein Zimmer in der ersten Etage des Hauses bewohnte. Infolge des Anlasses mehrerer Schüsse liegen die Hausbewohner und ein vom nahen Polizeipräsidium zu Hilfe gerufener Schupmann die Stubentür durch einen Schloßer gewaltsam öffnen. Den Eintretenden bot sich ein eigenartig feierlicher und zugleich tief erschütternder Anblick dar: das ganze Zimmer war mit einer großen Anzahl Väter festlich erleuchtet und mit einer Menge frischer Blumen geschmückt, während auf dem Sofa, völlig entleert, das junge Mädchen mit roten Haaren lag. Der Unterleib wies mehrere Schnittwunden auf, die sich die G. mit dem noch von ihrer Rechten unklammernden Revolver beigebracht hatte. Der Tod auch unmittelbar nach dem Abfeuern des Revolvers eingetreten sein und wurde durch den herbeigerufenen Arzt festgestellt. Ein in Friedenau in der Eberstraße wohnender Bruder wurde sofort benachrichtigt. Nach den Auswägen von Bekannten liegt das Motiv zum Selbstmord in unglücklicher Liebe.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. In der letzten Sitzung des alten Jahres wurde die Gesundheitskommission, aus acht Mitgliedern bestehend, bis auf den vorzogenen Maurermeister Schöm, an dessen Stelle Maurermeister Pöner getreten ist, wiedergewählt. Desgleichen die bisherigen Führer der Pflichtfeuerwehr. Als Nachwächter und städtischer Arbeiter wurde nach dem Beschluß des Magistrats der Arbeiter Spielde mit dreimonatiger Kündigung angestellt. Hierzu hatte schon früher der in dieser Sitzung leider nicht anwesende Genosse Trebbin Protest eingelegt. Mit Recht hatte er darauf hingewiesen, daß man einem Menschen, der des Rechts seine Pflicht getan habe, nicht zumuten könne, das Tagewerk eines städtischen Arbeiters zu verrichten. Zur Erfüllung der Jahresrechnung wurden die Stadtvv. Schottmüller, Rathnow, Kenger, Vinge, Köppen und Wülfert gewählt. Sodann wurde zur Beschlußfassung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl gemäß § 10 des Jahrsangelegengesetzes geschritten. Nachdem der Stadtverordneten-Vorsteher bekanntgegeben hatte, daß die Wahl richtig ausgefallen und bekanntgegeben worden war, teilte er auch mit, daß selbst von der Anzahl herab beim Hauptgottesdienst auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen worden ist. Die Kirche bei allem. Gegen den Wahlakt ist Einspruch erhoben worden. Sodann wurde die Wahl unleserlicher Genossen Morgenroth angefochten, weil er nicht preussischer Staatsangehöriger sei. Es wurde jedoch folgende festgestellt, daß derselbe schon lange naturalisiert ist. Die Abrechnung ergab eine Ungültigkeitserklärung mit 9 gegen 2 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Die Anklage an den Wahlenmeister Raab wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. Mit 18 Stimmen wurde die Regelung der Feldstraße an den Magistrat zurückverwiesen.

### Pantow.

Ueber den vorläufigen Abschluß des Rechnungsjahres 1906 wurde feierlich in einem Bericht mit großer Empfindung erklärt, daß der vorläufige Ueberschuß für 1906 zirka 190 000 M. betragen würde. Die mancher festsetzt, beträgt der Ueberschuß gegen den Voranschlag nur 48 161 69 M. Die unglückliche Prophezeiung der Gemeindeverwaltung wird darauf zurückgeführt, daß unter anderem 60 000 M. Umsatzsteuer weniger eingegangen sind als im ersten halben Jahre, in welchem Zeitraum die Umsatzsteuer 180 000 M. einbrachte. Desgleichen erforderte das Krankenhaus, über dessen Einnahmen und Ausgaben keine Erfahrungen vorlagen, einen Zuschuß von 80 847,59 M., während nur ein Zuschuß von 6000 M. angenommen war. Am Schlusse des Rechnungsjahres standen noch über 42 000 M. Einnahmereste zu Buch, welche auf das nächste Rechnungsjahr übertrahen werden. An Mehreinnahmen sind zu verzeichnen an direkten Steuern 578 800 M., 656 545 29 M., also ein Mehr von 70 745 29 M., desgleichen an direkten Steuern hat 296 400 M., 842 885,05 M., das ist ein Mehr von 106 485,05 M. Auch die Kanalisations- und Wasserwerkverwaltung haben ein Mehr von 367,08 M. gebracht. Erhebliche Zuschüsse erforderten wiederum die Schulen. So beläuft die Realiaute bei einer durchschnittlichen Schülerzahl von 763 die Gemeinde mit 65 470,40 M. Auf einen Realiaute entfällt also ein jährlicher Zuschuß von 78,05 M. Diese Summe erhöht sich auf 99,94 M. bei Berücksichtigung der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals. Im nächsten Jahre dürfte sich der Zuschuß noch ganz bedeutend steigern, wenn man die Uebernahme der höheren Mädchenschule durch die Gemeinde und die Erbauung und Inbetriebnahme des Realgymnasiums in Betracht zieht. Auch die Gemeindesteuererfordern 219 412,14 M. Zuschuß; dazu kommen für Verzinsung und Tilgung der für Gemeindefiskalantanten ausgenommenen Anleihen noch 59 659,47 M. Es entfällt bei einer durchschnittlichen Schülerzahl von 4220 (Bestand im Oktober 1906) auf einen Gemeindefiskalanten ein jährlicher Zuschuß von 52 M. Diese Summe erhöht sich mit der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals auf 66,14 M. Da die Durchschnittsbevölkerungszahl im Jahre 1906 33 900 Einwohner betrug, so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung an Einnahmen 8,40 M. jährlich. Der preussische Staat, welcher sich alle Rechte in Bezug auf die Volksschule vorbehält, zahlt bei einer Belastung der Gemeinde in der Höhe von 279 101,80 M. ganze 7000 M. als Beitrag zum Dienstlohn der Lehrer und Gehilfen. Bei den kommenden Landtagswahlen haben unsere Wählerinnen alle Veranlassung, in ihrer Agitation auf diesen unerhörten Mißstand hinzuweisen.

### Potsdam.

Von einem Soldaten des 2. Garde-Artillerieregiments elend zu-gerichtet wurde am ersten Neujahrstage abends ein vom Tanz heimkehrendes Mädchen. Daselbe wurde in der Kaiser-Wilhelm-Straße von dem Soldaten verfolgt und mit dem Messer bearbeitet. Ein dem Knosch entgegenretender Sämann wurde ebenfalls mit dem Messer verletzt; einem Passanten gelang es endlich, dem Verurtheilten das Messer zu entreißen. Das Mädchen mußte, nachdem ein herbeigerufener Arzt einen Notverband angelegt hatte, nach dem städtischen Krankenhaus transportiert werden, während der Messerheld nach der nächsten Militärwache gebracht wurde.

## Gerichts-Zeitung.

### Verhinderte Prozeßverschleppung.

Am letzten Tage des verfloffenen Jahres vor dem Berliner Kaufmannsgericht verhandelter Prozeß dauert bereits fast ein Jahr. Die Entscheidung des Rechtsstreits hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob die Verkäuferin Anna S. von dem Kaufmann Herrn. Steinberg, Inhaber des Kunstinstituts „Germania“, mit 75 oder mit 100 M. Monatsgehalt engagiert worden war. Während St. behauptete, das erstere vereinbart zu haben, erklärte die Angeklagte, behaupten zu können, daß 100 M. Gehalt festgesetzt wurden. Nachdem in mehreren Terminen die Beweishebung noch keine Klarheit geschaffen hatte, trat der Beklagte im letzten Termin plötzlich mit der Vorber niemals aufgestellten Behauptung hervor, die Klägerin sei für einen erheblichen Teil der Zeit, für die sie Bezahlung verlange, überhaupt nicht tätig gewesen und mache außerdem den Einwand, daß ein Zeuge, der in einem früheren Termin vernommen wurde, nicht verurteilt worden sei.

Das Gericht lehnte alle Beweisangebote des Beklagten ab. Der Einwand, daß Klägerin während der angegebenen Zeit nicht tätig war, sei abzulehnen, weil Beklagter diesen Einwand erst jetzt mache, obwohl der Prozeß schon ein Jahr schwebt. Das Gericht erblicke in diesem erst jetzt vorgebrachten Verteidigungsmittel die Absicht des Beklagten, den Prozeß zu verschleppen. Der Beweisanspruch sei nach § 270 der Zivilprozeßordnung in Verbindung mit § 18 des Kaufmannsgerichtsgesetzes als verurteilt anzusehen. Im Sinne dieses Gesetzes liege es, die Prozesse schnell zu erledigen. Beklagter könne auch nach so langer Zeit nicht den Einwand der Nichtverurteilung des Zeugen erheben. Auf Grund der Zeugenaussage und des schlechten Eindrucks, den die Auslassungen des Beklagten im Verlaufe des Prozesses auf das Gericht gemacht haben, habe das Gericht beschlossen, der Klägerin den richterlichen Eid über die vereinbarte Gehaltszahlung von 100 Mark aufzuerlegen. — Nachdem Klägerin den Eid geleistet hatte, wurde der Beklagte zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt.

### Die die Schmiedeinnung das Verzeß mißachtet.

Die Kontrolle des Arbeitsnachweises der Schmiedeinnung glaubte der Obermeister dadurch unterbinden zu können, daß er dem zur Ausübung der Kontrolle berechtigten Gewerkschaftsmitglied Gerlach den Aufenthalt im Arbeitsnachweislokal untersagte und ihn, als er auf seinem Recht bestand, hinauswies und wegen Hausfriedensbruch anzeigen ließ. Gerlach hatte sich infolgedessen am Donnerstag vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach den Angaben des Angeklagten und dem Ergebnis der Beweisaufnahme liegt der Angelegenheit folgender Tatbestand zu Grunde: Der Innungsvorstand änderte eigenmächtig und ohne den Gewerkschaftsmitglied Gerlach die Kommission für Arbeitsvermittlung und Herbergwesen, zu hören, die Arbeitsnachweisordnung in Bezug auf die Vermittlung von Ausschleppern. Gerlach, als Vertreter der Gewerkschaften in der Kommission für Arbeitsvermittlung und Herbergwesen, beabsichtigte den Arbeitsnachweis und machte den Herbergwirt, der als Arbeitsvermittler fungiert, darauf aufmerksam, daß die ohne Mitwirkung des Gewerkschaftsmitgliedes verfaßte Rennerung ungültig ist und deshalb die Vermittlung nach den Bestimmungen der alten Arbeitsnachweisordnung vorzunehmen ist. — Später hat die Gewerbe-Deputation des Magistrats diese von Gerlach, bezw. dem Gewerkschaftsmitglied vertretene Ansicht für richtig erklärt. — Aus Anlaß dieser Meinungsverschiedenheit zwischen dem Innungsvorstand und dem Gewerkschaftsmitglied hat der Obermeister dem Ausschleppern Gerlach schriftlich mitgeteilt, der Innungsvorstand habe Gerlach seines Amtes als Mitglied der Kommission für Arbeitsvermittlung und Herbergwesen entzogen, der Aufenthalt im Arbeitsnachweislokal werde ihm verboten. — Gerlach protestierte gegen diese ungesetzliche Verfügung des Innungsvorstandes und berief sich darauf, daß der Innungsvorstand kein Recht habe, ihn seines Amtes zu entheben. Ein solches Recht stehe nur der Gewerbe-Deputation des Magistrats zu. Als Gerlach hierauf wieder den Arbeitsnachweis besuchte, wies ihn der Herbergwirt, einer Anweisung des Obermeisters folgend, hinaus. Gerlach bestand auf seinem Rechte. Ein Schupmann wurde geholt und Gerlach wurde wegen Hausfriedensbruch angezeigt.

Das Gericht legte besonderen Nachdruck auf die Prüfung der Frage, ob Gerlach berechtigt war, aus eigenem Antrieb den Arbeitsnachweis zu kontrollieren, oder ob es dazu eines besonderen Auftrages des Obermeisters oder der Kommission für Arbeitsvermittlung und Herbergwesen bedürfe.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine machte dagegen geltend: Es komme gar nicht darauf an, festzustellen, ob Gerlach zur Ausübung der Kontrolle eines Auftrages bedürfe, auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Innungsvorstand und dem Gewerkschaftsmitglied habe ja das Gericht nicht zu entscheiden. Hier handele es sich um die Frage, ob der Angeklagte subjektiv überzeugt war, er befände sich im Recht. Daß er diese Überzeugung hatte, könne nicht bezweifelt werden und deshalb könne auch von einem Hausfriedensbruch keine Rede sein, der Angeklagte müsse also freigesprochen werden.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte geäußert habe, er sei berechtigt, auf dem Arbeitsnachweis zu verweilen, ihm also das Bewußtsein, sich rechtswidrig daselbst aufzuhalten, gefehlt habe.

Der verhandelte Fall beweist von neuem, wie dringend notwendig ein Schuß gegen ungesetzliche Anordnungen von Innungsvorständen und die zivil- und strafrechtliche Haftung der Innungsvorstandsmitglieder für ihre Anordnungen und Verschleppung ist. Dem nicht durch den Grundlag des Vordereins und der ihm gefälligen liberalen und konfessionellen Truppen „Nacht geht vor Recht“ verhängten Nachtbewachung widerspricht die ungewöhnliche Tatsache, daß der Arbeiter, der für Wahrung von Recht und Recht eintritt, und nicht der Obermeister und die Innungsvorstandsmitglieder angeklagt wurden, die die auch von der Aufsichtsbehörde mißbilligte Verweigerung sich zuzuschreiben konnten liegen.

### Ihr Armenhaus ist ein Saufhaus.

Ein bezeichnendes Licht auf die gemeingefährliche Wirkung mancher Armenhäuser und Zwangsverwahranstalten warf eine Verhandlung, die dieser Tage vor der Strafkammer in Kaiserlautern stattfand.

Vor den Schranken des Gerichts stand ein Halbstoppel, der mit seiner zurzeit als total blödsinnig in der Dell- und Vliegenschalt zu präsentabel untergebrachten Schwester Wilschande verurteilt hatte. Der Angeklagte war früher einmal wegen Mißhandlung der Zwangsverwahranstalt in Speyer überwiesen und wegen des sehr zur Verurteilung führenden Falles der Zrenanstalt Klingensmünster zur Verurteilung überwiesen worden. Einer der dortigen Ärzte erklärte nun in der gestrigen Sitzung als Gutachter u. a.: Der Angeklagte sei ein angeborenen Schwachsin und sei ein Opfer der sozialen Zustände, in denen er großgezogen wurde. Für ein derartiges Produkt empfehle sich die Anstalt in Speyer nicht. Er sei der



festen Ueberzeugung, daß doch noch etwas aus dem An-  
geschlagten, der ein harmloser und gutmütiger Mensch sei, hätte  
werden können, wenn er eine bessere Erziehung gehabt hätte. Der  
Zachverhandigte erklärte den Angeklagten für beschränkt zurechnungs-  
fähig. Nach Schluß der Verhandlung erging es in der Verhandlung der Ver-  
urteilung des Delinquenten des Angeklagten, Sitters bei Alsenz. Es  
wurde festgestellt, daß die Familie des Angeklagten, Mann,  
Frau, Sohn und Tochter im dortigen Armenhause, das  
nur ein einziges Zimmer enthält, untergebracht  
ist und daß die vier Personen in einem Bett  
schlafen. Der Untersuchungsrichter bezeugte den Zu-  
stand dieses Armenhauses als geradezu grauenvoll und der ärztliche  
Zachverhandigte erklärte dem als Zeugen geladenen Adjunkten  
des Sitters im Privatgespräch: „Ihr Armenhaus ist, kurz ge-  
sagt, ein Sanktall!“ Das Gericht verurteilte den An-  
geschlagten zu einem Monat Gefängnis und erklärte diese Strafe als  
durch die Untersuchungshaft verbüßt.

### Vermischtes.

#### Die Alsenheimer Tragödie

hat, nachdem der Hauptmann v. Goeben eingestanden hat, den  
Major v. Schönebeck erschossen zu haben, ihre vorläufige Klärung  
gefunden. Wir halten es deshalb auch nicht für angebracht, uns  
gleich bürgerlichen Sensationsorganen in spaltenlangen Berichten  
mit diesem Vorkommnis zu beschäftigen, sondern werden, wenn nicht  
außerordentliche Dinge herzutreten, die wert sind, mitgeteilt zu  
werden, unsere Leser später von den Verhandlungen vor dem Ge-  
richt unterrichten. Die „Alsenheimer Zeitung“ bringt folgende, ihr  
von amtlicher Seite zugegangene Mitteilung: Ueber das Geschehniß  
des Hauptmanns v. Goeben können nähere Angaben noch nicht ge-  
macht werden, da die Verhandlungen über die Missethat der Frau  
v. Schönebeck noch schweben. Hauptmann v. Goeben will nach seinem  
Geschehniß die an sich vordedachte Tat in einem an Wahnsinn  
grenzenden Zustand von Liebesdrall begangen haben. Nach-  
forschungen nach der angeblich in die Affäre geworfenen Schußwaffe  
sind im Gange.

Der Frost. Infolge der strengen Kälte in der letzten Nacht  
(— 10 Grad Celsius) ist, wie aus Wesen berichtet wird, die Warthe  
vollständig zugefroren und die Schifffahrt ganz eingestellt.

#### Ein Raubmord.

Nach einer Meldung aus Hannover wurde gestern morgen im  
Hause Rohnstraße Nr. 1 die dort wohnhafte 58 Jahre alte Näherin  
Schulte mit durchschüttelter Kehle aufgefunden. Die Leiche lag in  
der Kammer vor dem Bett. Schrank und Kommode standen offen,  
so daß man auf einen Raubmord schließen kann. Näheres muß erst  
die sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben. Der Mord  
ist anscheinend in den frühen Morgenstunden ausgeführt. Gegen  
4 Uhr wurde von Hausbewohnern ein Mann bemerkt, der um diese  
Zeit das Haus verließ. Bestimmte Anhaltspunkte über die Person  
des Mörders sind nicht vorhanden.

Auch eine Silberfeier. In Kasse I wurden bei einer Schlägerei  
in der Silberstraße fünf Personen durch Messerstiche schwer ver-  
letzt, zwei davon tödlich.

#### Dreißig Vergleute verschüttet.

Wie wir berichteten, hat auf der Karthagostraße bei San Antonio  
(Mexiko) eine Explosion stattgefunden. Ein weiteres Telegramm  
aus San Antonio besagt, daß durch die Explosion dreißig Vergleute  
verschüttet wurden. Man befürchtet, daß alle tot sind.

Waffenersplosion. Einer Meldung aus London zufolge erfolgte  
vorgestern in einer Waffenhändlerhandlung nahe der Guildhall eine Explosion.  
Ein Angestellter der Waffenhändlerhandlung wurde getötet, mehrere sind  
verletzt, zwei Personen werden vermisst. Der Materialschaden ist  
bedeutend.

Die Rattensänger von San Francisco. Die Bekämpfung der  
Ratten in San Francisco ist, wie aus London berichtet wird, durch  
die Behörden mit großem Erfolg durchgeführt worden. Es wurden  
180 000 Ratten eingefangen. 114 000 Stück wurden einer  
bakteriologischen Untersuchung unterzogen, von denen sich 108 als  
pestifant erwiesen. Die Ausgaben betragen 200 000 Dollar.

Auf dem Kriegsschiffe. Nach Nachrichten aus Mexiko  
(Amerika) haben sich die Indianer an der Mosquitofläche gegen die  
Regierung belahen, den sie für den Tod ihres Häuptlings ver-  
antwortlich machen, erhoben. Der Kommandant der englischen  
Kriegsschiffe hat zum Schutze der fremden Interessen Truppen ge-  
landet, da er die Lage für ernst ansieht.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen  
Deutschlands. Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 3. Januar, abends 9 Uhr,  
im Reichenderger Hof, Reichendergerstr. 147: Wesentliche Ver-  
sammlung. Jeder ersehnt!

#### Eingegangene Druckschriften.

Schulweisung armer Kinder. Von Dr. med. J. Rany. 25 Seiten.  
Verlag: E. Hennmann, Berlin W. 8.  
Zeitchriften-Abreißbuch 1909. Herausgegeben von G. D. Sperling.  
Selbstverlag in Stuttgart.  
Ein weltgeschichtliches Ereignis von Robert Käte. 1,50 M. Ver-  
lag: G. Reimer, Berlin W. 30.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 1.	seit 1. 1.
Remise, Mühl	2789	0
Wegeler, Jüterburg	87	- 3
Wegeler, Born	94	+ 50
Ober, Rathenow	142	0
Arnsdorf	-	-
Frankfurt	227	- 8
Saarlouis, Siedlung	-	-
Saarlouis, Landberg	639	+ 44
Rehe, Bornheim	65	+ 12
Elde, Zeitzeitz	4	- 10
Bredben	- 93	- 5
Sarbo	186	- 30
Ragdeburg	170	- 28

1) + bedeutet Waß, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Stillstand.  
4) Grundbeil. 5) Zweibeil.

Für den Januar der Januar  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 3. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Wallen-  
stein Lager. Die Piccolomini.  
Deutsches. Was ihr wollt.  
Kammerspiele. Frühling's Er-  
wachen. (Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Salome.  
Vorabend. Die Entführung aus dem  
Serail.  
Berliner. Blaubart.  
Neues Schauspielhaus. Zwischen  
Ja und Nein.  
Leipzig. Der Sibirier.  
Neues. Baccarat.  
Kleines. Mandragola.  
Sänger. Die Kaiserin (Theater).  
Der Räuber. Die Lore.  
Schiller Charlottenburg. Der  
Nichter von Salamea.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schau-  
spielhaus. In Vertretung.  
Werken. Ein Walzertraum.  
Theater an der Spree. Gold-  
pokus.  
Komische Ober. Tiefland.  
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.  
Neuberg. Wang der Papa.  
Luisen. Juchuleute.  
Zentral-Theater. Ganx der Papa.  
Schwan in 3 Akten von Nord und  
Desand. Deutsch v. H. Schönan.  
Vorabend des Audra: Die Verlobung  
im Zeit. Die oberen Juchuleute.  
Prater. Onkel Bräutigam.  
Carl-Spandauer-Theater. Spe-  
zialitäten.  
Metropol. Das muß man sein.  
Oswald. Hamad. La bella Alexia.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Folies Cabrier. Mal was anders.  
Dunkle Punkte. Eine anständige  
Frau.  
Thalia. Die gelbe Gefahr.  
Bernhard Hofe. Die Verlobung  
im Zeit. Die oberen Juchuleute.  
Prater. Onkel Bräutigam.  
Carl-Spandauer-Theater. Spe-  
zialitäten.  
Metropol. Das muß man sein.  
Oswald. Hamad. La bella Alexia.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Folies Cabrier. Mal was anders.  
Dunkle Punkte. Eine anständige  
Frau.  
Thalia. Die gelbe Gefahr.  
Bernhard Hofe. Die Verlobung  
im Zeit. Die oberen Juchuleute.

### Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Operette von Oscar Strauß.  
Sonnabend, 4. Jan., nachm. 4 Uhr,  
zu kleinen Preisen: Hänsel und  
Gretel.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Madams Sans Gêne.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Kathan  
der Weise. Abends: Madams Sans  
Gêne.

### Lortzing-Theater

Abends 8 Uhr:  
Die Entführung aus dem Serail.  
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: Mann-  
heitsfährten. Abends 8 Uhr: Der  
Trompeter von Säckingen.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Der Trou-  
badour. Abends 7 1/2 Uhr: Die  
Häuberflotte.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Sinfarienfieber.  
Residenz-Theater.  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
Ganz der Papa.  
Schwan in 3 Akten von Nord und  
Desand. Deutsch v. H. Schönan.  
Vorabend des Audra: Die Verlobung  
im Zeit. Die oberen Juchuleute.  
Prater. Onkel Bräutigam.  
Carl-Spandauer-Theater. Spe-  
zialitäten.  
Metropol. Das muß man sein.  
Oswald. Hamad. La bella Alexia.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Folies Cabrier. Mal was anders.  
Dunkle Punkte. Eine anständige  
Frau.  
Thalia. Die gelbe Gefahr.  
Bernhard Hofe. Die Verlobung  
im Zeit. Die oberen Juchuleute.

### Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.  
Operetten-Schauspiel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Frau  
Holle. Abends 8 Uhr: Juchuleute.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Romeo  
und Julia. Abends: Juchuleute.  
Montag: Juchuleute.

### Zentral-Theater.

Schauspiel des Hebbel-Theaters.  
Abends 8 Uhr:  
Frau Warrens Gewerbe.  
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

### Bernhard Hofe Theater

St. Anhaltstraße 182  
Die Verlobung im Zeit.  
Die ober. Juchuleute.  
Anfang 8 Uhr. — Wochenlagpreis.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-  
partie. Scherzweilen. Abends:  
Die Verlobung im Zeit. Die oberen  
Juchuleute.

### Theater an der Spree

Königsplatz 25, dicht am  
Bahnhof Jannowbrücke  
Täglich 8 Uhr:  
Juchuleute.

### Neues Theater.

Sonnabend: Baccarat.  
Sonntag und Montag: Baccarat.  
Nachspiel der Tänzerin Mit Wand  
Anfang: Salome Wilson.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.  
Mandragola.  
Sonnabend: Mandragola.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel.  
Abends 8 Uhr: Mandragola.  
Montag: Mandragola.

### Neues Theater.

Abends 8 Uhr:  
Sonnabend: Baccarat.  
Sonntag und Montag: Baccarat.  
Nachspiel der Tänzerin Mit Wand  
Anfang: Salome Wilson.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.  
Mandragola.  
Sonnabend: Mandragola.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel.  
Abends 8 Uhr: Mandragola.  
Montag: Mandragola.

### Mandragola.

Sonnabend: Mandragola.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel.  
Abends 8 Uhr: Mandragola.  
Montag: Mandragola.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Phyllis.  
Schauspiel in 3 Akten v. Joh. Wolfgang.  
Herauf: Die Lore.  
Komödie in 1 Akt v. G. Hartleben.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Revisor.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Das Glück im Winkel.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Schmuggler.

### Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Richter von Zalamea.  
Schauspiel in 3 Akten v. Calderon  
de la Barca.  
Deutsch von Adolf Wildbrandt.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Kollege Crampton.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Helmat.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Kollege Crampton.

### Haben Sie schon

### Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

### Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 3. Januar,  
abends 8 Uhr, 7 1/2 Uhr:  
Brillante Vorstellung.  
Unter. f. d. neuemag. Künstler u. a.  
Klein-Familie, 6 Personen, hervor-  
ragend in ihren  
künstlerischen Leistungen. Um 7 1/2 Uhr:  
Amerika  
zur Zeit der Sklaverei 1863.  
Original-Monographien des  
Herrn Albert Schumann  
in 4 Akten u. eigens dazu eingeleitet  
120 schwarzen Tanten.

### Zirkus Busch

Freitag, den 3. Januar 1909:  
abends 7 1/2 Uhr:  
Kom. Gala-Abend! Zum 100. Male!  
Was der Fall! Die! Lust-  
Vant d. Juchuleute in 4 Akten.  
Das Phänomen der tauchenden  
Sirenen. Vortier: Kultur d. Arn.  
Quat. Stensbeck. Dir. d. Berliner  
Laternen u. Jgl. Juchuleute.  
Was als Galt. Ferner: Bros.  
Clarkson, aus Amerika. The  
Herrn Familie. Dr. Othele. Personal.  
Schnit. Herr Ernst Schumann m.  
d. neu. Prof. Claus Françoise,  
Tana. Gottel. Magini usw.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.

### Metropol-Theater

Das Programm der Attraktionen:  
Hymack  
der Mann mit den Handschuhen.  
La belle Alexia — Walzerwahn  
von Mary u. Alfred Harquard  
Die 3 goldenen Jungfrauen.  
Votolater: Siegwart Gentes.  
Nächste Familienvorstellung Sonn-  
tag, den 3. Januar, nachm. 8 1/2 Uhr.  
Kleine Preise.

### Geb. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstr. 57.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
Die von der gesamten Presse als  
erfolgreichster Schläger bezeichnete  
Komödie:  
Papa und Genossen  
Komödie in 3 Akten m. d. Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld.  
Vortier:  
Madame Wig-Wag.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Die Meyerhains.

### Papa und Genossen

Komödie in 3 Akten m. d. Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld.  
Vortier:  
Madame Wig-Wag.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Die Meyerhains.

### Metropol-Theaterball

Sonntag, den 5. Januar,  
nachmittags 3 Uhr:  
Die Herrn von Maxim.  
Orig. Volksstück mit Orchest. u. Tanz  
in 3 Akten v. H. Anstett u. G. Jacobson.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf vormittags 10—2 Uhr.

### Brunnen-Theater

Orig. Volksstück mit Orchest. u. Tanz  
in 3 Akten v. H. Anstett u. G. Jacobson.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf vormittags 10—2 Uhr.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Am Golf von Neapel.  
Abends 8 Uhr:  
Kairo und die Pyramiden.



Maud Rocher, Aphontheater. Robert  
Steld, Humorist. Marthe Gernday,  
Pariser Soubrette. Melot Herrmann,  
Zauberkünstler. Ruth Vincent, Eng-  
lische Operetten-Sängerin. Ge-  
brüder Schwarz, Komiker. Die 8  
Tiller Girls, Englische Gesangs-  
und Tanz-Truppe. Die 2 Avelos,  
Gymnastische Produktion. Kauf-  
mann-Truppe, Weltliche Radfahrer.  
La Berst, Fantasietänzerin. Greg-  
ory-Truppe, Reifenroller und Jong-  
leure. Die Quiseros, Spanische  
Akrobaten. Alexander, Vogel-  
stimmen-Imitator. Der Biograph  
etc.

### Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
Cavaliere Giroto  
Bavirtuose.  
Der Größte aller Zeiten.

### Thieb Idols.

Rudolf Mälzer.  
Die singenden  
Engelsköpfe.  
(Prolongiert)

### Palast-Theater

Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.

### Januar-Spielplan.

Les 4 Orans.  
Paul Richard.  
Manöverliebe.  
Burdelle.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Dronowstr. 10.  
In der Irre.  
Schauspiel n. d. letzten „Morgenpost“.  
Roman.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend und Vortage gratis!  
Sonnabend einm. Kauf: Deberab,  
oder: Christ u. Jidin. Volksstück.

### Kajino-Theater.

Erdbeerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Ueber 2 Monat total ausverkauft.  
Nur noch kurze Zeit!  
Biederleute.  
Sonntag 4 Uhr: Mit Carter.

### Parodie-Theater.

Dreddenstr. 97. Anfang 8 Uhr.  
Zum 56. Male:  
Zapfenstreich.  
Tannhäuser.  
Monna Vanna.  
Sonntag 3/4, Uhr halbe Preise:  
Das Ingeheuer. Monna Vanna.

### Saal

für 500 Personen mit großer  
Bühne zum 15. Februar  
(Sonnabend) noch zu ver-  
geben. (Nicht am Rosenfelder Tor.)  
Frits Wilke, Brunnstr. 158.

### Folies Caprice

Lindenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Berlins Tagesgespräch!  
Mal was Anderes.  
Revue in 3 Bildern.  
Dunkle Punkte.  
Eine anständige Frau.  
Anfang 8 Uhr.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Anfang: Sonntag  
8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

### Sanssouci

Kottbuser-  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Dienstag:  
Hoffmanns Nordi. Sänger  
Tanz-Abend.  
Stets neues Programm.  
Beginn: Sonntag 5 Uhr,  
Montag 8 Uhr,  
Dienstag 7 Uhr.  
1. Große Spezialitäten-Vor-  
stellung. Nur erlöbliche Künstler.

### Rossia

Variété-Theater  
und Festsäle  
Inh.: J. Leschkowski.  
Ackerstraße 6-7.  
Täglich:  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialisten.

### F. Happoldts

Neuer Konzertsaal  
Jeden Sonntag, Dienstag  
und Donnerstag:  
Großes Konzert  
hervorragender Künstler.  
Am 3. Januar: I. Kunstabend.

### Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzel-  
verkauf zu Großpreisen.  
Stolas,  
Kloster,  
Muffen, sehr schön  
garn., Damenhüte,  
Baretts, Herren-  
Kragen- und Mä-  
chen-  
Garnituren,  
Fußsöcke, Jagd-  
taschen, Pelztopf,  
Sämtl. gangbaren  
Pelzarten a. Lager.  
Große Auswahl.  
Bestes Material.  
Keine Wasserware,  
keine Reklamier-  
oder sogenannte  
Wegengebilde,  
trotzdem billiger.  
Kürschner-  
meister,  
jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1,  
gegenüber Deutsch. beim Dönhofsplatz.  
Verkauft bis 9 Uhr abends. Sonntags  
geschlossen. Telefon I 3917.

### F. Kalman,

jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1,  
gegenüber Deutsch. beim Dönhofsplatz.  
Verkauft bis 9 Uhr abends. Sonntags  
geschlossen. Telefon I 3917.



